blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w

FRAUEN IN DER DRITTEN WELT

Informationszentrum Dritte Welt
Postfach 5328, D-7800 Freiburg
Tel. 0761/74003

November 1976
Nr. 57 DM 2,50

blätter des iz3w

blätter des informationszentrums dritte welt

herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, D-7800 Freiburg i.Br., Tel. 0761/7 40 03.

Zusammengestellt von: S. Bartels, R. Beckert, Y. Broyles, G. Cremer, M. Glatthaar, E. Gohl, K. Höweling, C. Jürgenmeyer, L. Klering, M. Mack, H. Maur, B. Merk, H. Pöttker, P. Riedesser, J. Rösel, R. Salmela-Gohl, B. Schulze-Mittendorf, A. Sommerfeld, S. Stankowski, B. Stein, B. Thill, H. Wenzler, J. Wilhelm, E. Wittmann, W. Witzel, E. Zeller.

Satz: Composer-satz-Service, Bootsweg 16, 5205 St. Augustin 1
Druck: Druckladen GmbH, Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90

Konten (Aktion Dritte Welt e.V.): Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39 – 755; Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047; Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Jahresabonnement (acht Ausgaben) im In- und Ausland: DM 28,– (Für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende sowie andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: DM 20,–).
Schweiz: Fr. 28,80 bzw. 20,40
Österreich: S 200,– bzw. 140,–
Einzelpreis: DM/Fr. 2,50/S. 17,–

blätter des iz3w – Geschenkidee *

Bestellschein für Geschenkabonnement

Ich bestelle für

....
Name des Beschenkten

....
Postleitzahl und Ort

....
Straße und Hausnummer

ein Jahresabonnement der blätter des iz3w zum

☐ Normalpreis DM 28,00

☐ ermäßigten Preis DM 20,00

Bitte senden Sie mir die Rechnung, das Jahresabonnement wird von mir bezahlt.
Der Beschenkte erhält rechtzeitig ein Exemplar der „blätter" und eine Benachrichtigung.

....
Name des Schenkers

....
Postleitzahl und Ort

....
Straße und Hausnummer

....
Unterschrift des Schenkers

blätter des iz3w

Abonnierzettel

Ich abonniere die „blätter des iz3w"

☐ rückwirkend von Anfang dieses Jahres

☐ ab der letzten erschienenen Nummer

☐ ab Nr. ....

zum Normalpreis von DM 28,– / öS 200,00 / SFr 28,80 pro Jahrgang (8 Hefte)

☐ Ich bin . . . .
und abonniere zum ermäßigten Preis für Schüler, Lehrlinge, Studenten, Soldaten, Rentner usw. von DM 20,– / öS 140,– / SFr 20,40 pro Jahr.

Ich bitte um Nachlieferung – soweit lieferbar – des Jahrgangs

☐ 1972 (Nr. 15 – 20 DM 11,25)

☐ 1973 (Nr. 21/22 – 30 DM 18,00)

☐ 1974 (Nr. 31 – 40 DM 18,00)

☐ 1975 (Nr. 41/42 – 50 DM 25,– / Schüler etc. DM 18,–)

Absender

Die folgenden Angaben benötigen wir nur für statistische Zwecke; die Bestellung wird auch ohne sie ausgeführt.

Beruf: . . . .

Geburtsjahrgang: . . . .

NUESTRA AMERICA
ist eine neue Zeitschrift über lateinamerikanische Kultur und Politik.
Sie wendet sich an alle, die sich für die Situation in Lateinamerika interessieren.

Wir veröffentlichen Beiträge, die eine tiefere Analyse der Wirklichkeit Lateinamerikas ermöglichen.
Für uns schreiben kompetente Wissenschaftler über die verschiedenen Themen.
Wir versuchen, die Literatur und Kultur dieses Kontinents zugänglicher zu machen.
Wir verstehen uns als ein Forum, das auf eine Diskussion der veröffentlichten Artikel Wert legt.



In Heft Nr. 1 vom Oktober 1976 sind u.a. folgende Beiträge veröffentlicht:
Prof. James Petras: US-Außenpolitik und Lateinamerika
Interview mit James Petras
Gespräch mit G. Lorenz über lateinamerikanische Literatur in Deutschland

Im Mittelpunkt von Heft 1/77, erhältlich ab Mitte Januar, stehen Beiträge zum Thema „Probleme der Agrarreform in Lateinamerika".
NUESTRA AMERICA erscheint 4mal im Jahr.
Einzelpreis DM 3,50
Vorzugspreis im Abonnement für einen Jahrgang (4 Hefte) DM 12,– + DM 2,80 Porto. Die Abonnements können bestellt werden bei
NUESTRA AMERICA Talstr. 44 D- 7800 Freiburg Tel. 0761/75809

Theo-Logie.

Die Lehre vom glücklosen Kampf des „Zeit"-Chefredakteurs Theo Sommer ist eine der stärksten Schwächen von KONKRET. Leser, denen es gelang, von diesem Kampf nicht gefesselt zu sein, konnten im Jahr 1976 von KONKRET deshalb (ersatzweise) auch erfahren:

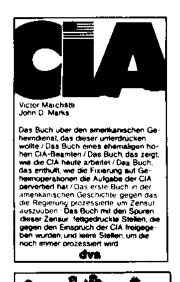


Warum HEINRICH BÖLL das verbotene Buch des Ex-Anarchisten Bommi Baumann empfiehlt. Wie GÜNTER WALLRAFF den Putschisten Spinola auf den Leim lockte. Was BERNT ENGELMANN in Filbingers schwarzbraunem Sumpf entdeckte. Welche Ratschläge RUDI DUTSCHKE seinem Freund Biermann gibt. Wie WOLFGANG ABENDROTH den Eurokommunismus sieht. Was AXEL EGGEBRECHT wählte. Warum WOLFGANG HARICH den rechten Umweltschützern keine Chance gibt. Was ALICE SCHWARZER an der Geschlechterfront widerfuhr. Wie WILHELM DRÖSCHER der SPD-Presse eine Chance geben will. Warum HORST EHMKE die Praxis des Radikalenerlasses mißbilligt. Welche Literatur zur politischen Theorie JÖRG HUFFSCHMID für wichtig hält. Warum ERNEST MANDEL Maos Revolution bürokratisch nennt. Was WOLF BIERMANN seinen westlichen Genossen rät. Wo GÜNTER AMENDT den Verlauf der päpstlichen Sexfront sieht. Wie ELMAR ALTVATER den Krisenlenker Keynes beerdigt. Warum KARL-HEINZ HANSEN vorm Verfassungsschutz warnt. Wie PETER PAUL ZAHL Kultur im Knast erlebte. Was GERHARD ZWERENZ zum Frankfurter Theater-Skandal zu sagen hat. Warum HENNING VENSKE die Funkhäuser in die Luft sprengen will. Was ERICH FRIED zum linken Antisemitismus zu sagen hat. Wie WALTER JENS den Matthias Walden ins Freie stellt. Warum MARTIN WALSER Charles Manson für einen Mediensohn hält. Wie HERBERT MARCUSE in den USA einen neuen Faschismus dämmern sieht. Warum HERMANN P. PIWITT nicht für die FAZ schreibt. Was HUBERT FICHTE in Brasilien erlebte. Warum WALTER BOEHLICH die offene Zensur dem Paragraphen 88 a vorzieht.

Eine Auswahl. Sie enthält knapp zehn Prozent des redaktionellen Angebots eines KONKRET-Jahrgangs, in dem auch das seltsame Ende einer Dienstfahrt des Nato-Generals Rall nach Südafrika, die Zusammenarbeit italienischer Faschisten mit süddeutschen Christdemokraten und Indizien zum Vorwurf Mord an Ulrike Meinhof enthüllt wurden. Plus Analysen, Essays, Streitgespräche, Dokumente, Interviews. Plus KONKRET-Magazin mit den Serien „Chile nach dem Putsch" und „The Berufsverbot".

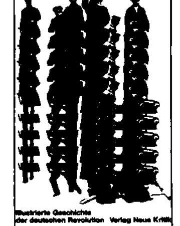
Jetzt ist wieder Schlips- und Socken-Zeit. Lassen Sie andere für Hälse und Füße sorgen. Denken Sie an die Köpfe. Verschenken Sie ein KONKRET-Abonnement.

Sie sollen dabei nicht leer ausgehen: Als Dankeschön für diesen neuen Abonnenten schenkt Ihnen KONKRET eins der hier abgebildeten Bücher oder eine „pläne"-LP nach Wunsch (Lassen Sie sich von „pläne" den Katalog schicken!):









oder eine LP nach Wunsch von



konkret

Die Monatszeitschrift für Politik und Kult[ur]

Ausschneiden und einsenden an:
KONKRET, Weihnachtsabo, Große Reichenstraße 25/27, 2000 Hamburg 11

Ein Jahresabonnement KONKRET möchte ich

Herrn/Frau/Frl. ____________________

Straße ____________________

PLZ/Wohnort ____________________

ab ____________________ (Monat/Jahr)

zu Weihnachten schenken.

Die Rechnung über DM 42,– erhalte ich in Kürze von Ihrem Vertrieb.
(Wichtig: **kein** Geld o. ä. an uns schicken, erst die Rechnung abwarten!)

Als Prämie wünsche ich mir:

☐ CIA-Report
☐ Halbritter
☐ Klassischer Journalismus
☐ Illustr. Geschichte der deutschen Revolution
☐ Die LP Nr. __________ von „pläne"
(Bitte einen Wunsch ankreuzen!)

Meine Anschrift:

Name: ____________________

Straße: ____________________

PLZ/Wohnort: ____________________

(Dieses Angebot gilt nur für die BRD und West-Berlin)

Rechtshinweis: Diese Bestellung kann innerhalb einer Woche schriftlich widerrufen werden. Es genügt während dieser Frist eine Mitteilung an KONKRET, Große Reichenstr. 25/27, 2000 Hamburg 11.

Datum Unterschrift

Nachrichten und Kurzberichte

Asien

INDIEN

Mirage-Produktion in Indien?

Frankreich hat der indischen Regierung angeboten, ein Montagewerk für das Kampfflugzeug Mirage F-1 in Indien zu errichten, das später zu einer selbständigen, auf der Basis von Lizenzabkommen arbeitenden Produktionsstätte unter indischer Regie mit einer Gesamtkapazität von 250 Flugzeugen ausgeweitet werden soll. Der ursprüngliche Plan, Pakistan als Standort für ein solches Projekt auszuwählen, ist laut französischen Aussagen hinfällig geworden (Le Monde, 30.9.76; vgl. auch Heft 50)

Die Chancen einer Realisierung dieses Vorhabens gelten als nicht schlecht. Schon im letzten Jahr gab die indische Regierung ihre Absicht bekannt, 50 Mirage F-1 kaufen zu wollen. Der Kauf scheiterte bislang jedoch an finanziellen Schwierigkeiten. Das Gleiche gilt auch für das schwedische bzw. englische Flugzeug Viggen und Jaguar. Das neueste französische Angebot kommt dem indischen Wunsch entgegen, eine einheimische Rüstungsproduktion aufzubauen.

Indien hat schon früher Lizenzabkommen mit Frankreich geschlossen, die sich auf die Produktion des Hubschraubers Alouette und der Boden-Boden-Rakete SS-11 durch die Hindustan Aeronautics Limited (HAL) erstrecken (NZZ; 1.10.76).

"Neue" Pressepolitik

Die indische Regierung hat die Zensurbestimmungen für alle Auslandskorrespondenten aufgehoben, während sie gleichzeitig ihre Kontrolle über die einheimische Presse verstärkt hat (Le Monde, 21.9.76). Diese Maßnahme deutet auf eine wachsende Konsolidierung der Gandhi-Diktatur hin. Die neue unternehmerfreundliche Wirtschaftsstrategie der Regierung und die relativ hohen Wachstumsraten der indischen Wirtschaft (vgl. Heft 55, S. 50), haben die anfängliche Kritik der Industrienationen verstummen lassen. Im allgemeinen wird die innenpolitische Situation Indiens nunmehr positiver beurteilt als zuvor (die NZZ spricht von „Anzeichen einer Liberalisierung", 2.10.76). Die Aufhebung der Zensur kann auch deshalb der indischen Regierung nicht schaden, da zum einen ein großer Teil der ausländischen Journalisten wegen ihrer kritischen Berichterstattung das Land bereits verlassen mußten, zum anderen die Berichte der Auslandskorrespondenten in Indien selbst nicht verbreitet werden dürfen. Die indischen Zeitungen sind allein auf die staatliche Presseagentur Samachar angewiesen. Vorsichtshalber hat sich die Regierung ausdrücklich das Recht vorbehalten, die Zensur in bestimmten Fällen wiedereinzuführen (NZZ, 21.9.76).

Daß dies alles nur ein taktisches Manöver zur Pflege des internationalen Ansehens ist, erhellt aus der Tatsache, daß alle inländischen Journalisten und jegliche Publikation nach wie vor strengsten Zensurbestimmungen unterworfen sind und bei Zuwiderhandlungen schwere Repressalien erdulden müssen. Bezeichnend hierfür sind die Auseinandersetzungen um die größte indische Tageszeitung „Indian Express", die trotz der rigorosen Zensurbestimmungen bislang stets eine regierungskritische, aber durchaus konservative Linie verfolgt hat. Nachdem schon in der Vergangenheit regierungstreue Leute in leitende Positionen des Verlags unter massiven Drohungen eingeschleust wurden und Mitte August eine totale Vorzensur für die Zeitung verfügt wurde, ist man jetzt dazu übergegangen, mit direkteren Mitteln das Blatt mundtod zu machen. Anfang Oktober wurde die Druckerei kurzerhand von der städtischen Stromversorgung abgeschnitten. Einige Tage später erschienen bewaffnete Polizisten und versiegelten alle Druckmaschinen mit der Begründung, das Unternehmen sei bei der Bezahlung von fälligen Steuern in Rückstand geraten. In beiden Fällen gelang es dem Verleger Goenka, per Gerichtsbeschluß die Herstellung der Zeitung wieder aufzunehmen. Diese Schikanen der Regierung zielen darauf ab, der Zeitung einen neuen Chefredakteur aufzuzwingen, der in engem Kontakt mit der Regierung steht (NZZ, 5.10./ 7.10.76). Ebenso sieht sich eine andere sehr bekannte indische Tageszeitung „The Statesman" in letzter Zeit verstärkten Repressionen der Regierung ausgesetzt (Le Monde, 21.9.76).

PAROLEN IN INDIEN, MIT DENEN DIE REGIERUNG DIE UNTERSTÜTZUNG DER MASSEN SUCHT

Rede weniger, arbeite mehr!
Wir gehen einer besseren Zukunft entgegen.
Helft mit, die 100 neuen Errungenschaften des Ausnahmezustands zu festigen.
Helft mit, Indira Gandhis revolutionäre Wirtschaftsprogramme durchzuführen.
Es geht bergauf mit der Nation.
Produziert mehr für den Aufschwung!
Es gibt keinen Ersatz für harte Arbeit.

Sanchay Gandhi

Der Sohn der indischen Ministerpräsidentin und einflußreiche Politiker äußerte sich in einem Interview mit der Zeitschrift „The Illustrated Weekly of India" (Nr. 33, 15.8.76) zu allgemeinen politischen Fragen. Daraus eine kleine Kostprobe:

„Lesen Sie die ‚Weekly?' "
„Nur die Witze und die Comics."
„Ist denn der Rest nicht lesenswert?"
Sanchay Gandhi lachte.
„Haben Sie immer nur gerade das in der Zeitschrift gelesen?"
„Nun, normalerweise lese ich die ‚Illustrated Weekly' nur beim Friseur. Manchmal lese ich hie und da einen Artikel."
„Warum lesen sie nicht?"
„Weil sie nicht diese Sachen bringt, die mich interessieren."
„Wofür interessieren Sie sich? Für Politik?"
„Ich halte die Politik für sehr langweilig. Die meisten Zeitschriften, die über Politik schreiben, sind uninteressant und blöde."

Man stelle sich vor, daß dieser Mann eines Tages Ministerpräsident von Indien werden könnte . . .

INDONESIEN

Die schon länger andauernden Proteste katholischer und protestantischer Persönlichkeiten, sowie des katholischen Studentenverbandes, gegen Korruption und Misswirtschaft des Regimes, beantwortete Suharto am 25.9.76 mit der Enthüllung, ein Putschversuch sei niedergeschlagen worden, in den die Führer aller Religionsgemeinschaften, insbesondere Kardinal *Darmojuwono*, verwickelt seien; es wurde eine Reihe von Verhaftungen angeordnet.

(Le Monde, 25.9.76)

IRAN

Anfang August wurde zwischen Iran und den USA ein Vertrag abgeschlossen, der umfangreiche Waffenlieferungen und die Bereitstellung von acht bis zehn Kernkraftwerken aus den USA für Iran vorsieht. Als Gegenleistung soll Iran Erdöl in die USA liefern. (FR 9.8.76).

Schon im Zeitraum 1970-76 hat Iran in den USA Rüstungsgüter in Wert von 10,4 Mrd. Dollar gekauft und ist somit der größte Waffenkäufer der USA außerhalb der NATO. (Guardian 18.8.76).

Der neue für fünf Jahre befristete Vertrag sieht ebenfalls Waffenkäufe für 10 Mrd. Dollar vor. Nach diesem Vertrag soll Iran alle Waffenarten außer Nuklearwaffen erhalten. Unter anderem gehören hierzu: 290 Phantom-Jagdbomber, 350 Abfangjäger Typ F-5, 80 Tomcat F-14, 300 Kampfflugzeuge des Typs F-16 und F-18. Die Luftwaffe Irans wird danach die drittgrößte der Welt nach der der UdSSR und der USA sein (Le Monde 6.10.76).

Für die Kernreaktoren wurde von den USA die Bedingung gestellt, daß das Plutonium, das beim Betrieb der Reaktoren produziert wird, unter Aufsicht der Amerikaner oder multinationaler Behörden weiterverarbeitet wird. Damit soll verhindert werden, daß Iran selbst nukleare Sprengstoffe herstellt. Neben den USA soll auch Frankreich acht Kernkraftwerke an Iran liefern (FR 8.10.76).

Durch diese ambitiösen Waffenkäufer will der Schah (der alleine diese Entscheidungen fällt) Iran nicht nur zur fünftgrößten Militärmacht der Erde in fünf oder sechs Jahren machen (Le Monde 6.10.76), sondern er hat auch andere Ziele im Hintergrund. Neben der Tatsache, daß er das internationale Ansehen Irans erhöhen will, glaubt er nur durch riesige Waffenkäufe die Loyalität der Armee gewährleisten zu können. Wichtigere Gründe dürften jedoch sein, daß er alle revolutionären und oppositionellen Bewegungen sowohl in Iran selbst als auch in den benachbarten Ländern bekämpfen will.

Er unterdrückt die inneren Feinde, die angeblich alle Kommunisten sind, und die Befreiungsbewegung in Oman. Er mischt sich in die inneren Angelegenheiten Saudi-Arabiens und der Vereinigten Emirate.

Diese Bestrebungen des Schah werden von den USA unterstützt; so kommentiert der amerikanische Außenminister Kissinger daß die Außenpolitik Irans völlig konform mit den nationalen Interessen der USA sei (Le Monde 6.10.76).

Daß die USA seit der Nixon-Doktrin (die massive militärische Unterstützung jenen Ländern verspricht, die aus eigener Kraft ihre Verteidigung übernehmen wollen) ein großes Interesse an der Aufrüstung Irans haben, liegt auf der Hand.

Erstens hat Iran eine 1.600 km lange Grenze mit der UdSSR, und dafür haben die Amerikaner in Iran ein perfektes Nachrichtensystem eingerichtet. Zweitens können die Amerikaner durch die riesigen Waffenkäufe Irans ihre Zahlungsbilanz verbessern und sich gleichzeitig gut in der Konkurrenz mit den anderen großen Waffenlieferanten (Frankreich, Großbritannien, BRD, Italien) behaupten.

Von nicht geringerer Bedeutung dürfte das Interesse der Amerikaner an der Erdölproduktion in dieser Region sein. Iran selbst ist der drittgrößte, Saudi-Arabien der viertgrößte Erdölproduzent der Welt. Durch die guten Beziehungen zwischen den USA und Iran hat der Schah die Ölpreise konstant gehalten. Außerdem bietet der Iran günstige Investitionsmöglichkeiten für ausländische Investoren: billige Rohstoffe, billige Arbeitskraft und eine zentrale geographische Lage.

Bei seiner unmäßigen Rüstungspolitik kümmert es den Schah nicht, daß er völlig vom technischen Wissen der Amerikaner abhängig ist. In Iran fehlt es in der Armee an technisch qualifiziertem Personal, so daß sogar die einfachsten Wartungs- und sonstigen Arbeiten von den Amerikanern übernommen werden müssen. So gibt es in Iran 15.000 bis 20.000 Amerikaner, die direkt im militärischen Bereich tätig sind. Diese Zahl soll in den nächsten Monaten noch auf 24.000 erhöht werden. (Die amerikanische Kolonie umfaßt insgesamt 50.000 Personen – ohne Familienangehörige –, die in Iran in verschiedenen Bereichen beschäftigt sind (FR 7.9.76).

Die Armee hat für Iraner mit etwas Schulbildung wenig Anziehungskraft, da die Verdienstmöglichkeiten in Verwaltung und Industrie besser sind. So rekrutiert die Armee ungebildete und arme Wehrpflichtige, die sonst anderswo wenig Chancen haben, und hat deshalb einen sehr niedrigen Ausbildungsstand.

Unter den jetzigen Bedingungen bleiben 40 % der Waffen ungenutzt, da es nicht genügend Fachkräfte gibt (Guardian, 18.8.76).

Somit steht fest, daß trotz ihrer gewaltigen Stärke die iranische Armee nicht ohne Unterstützung der Amerikaner in der Lage ist, irgendwelche militärische Operationen durchzuführen. In einer Studie eines Untersuchungsausschusses des amerikanischen Senats, die im August 1976 veröffentlicht wurde, wird die Gefahr betont, welche die Einbeziehung der Amerikaner in den iranischen Militärbereich bedeutet. Eine militärische Operation Irans würde gleichzeitig eine direkte Verwicklung der USA in den Konflikt bedeuten. Außerdem kritisiert die Studie die amerikanischen Waffenlieferungen, da Iran infolge des Mangels an technischem Personal, an Infrastruktur und Kommunikationsmitteln gar nicht in der Lage wäre, das Waffenpotential auszunützen. Es wird auch hervorgehoben, daß die USA besonders komplizierte (und teure) Waffenarten an Iran geliefert haben, die nicht einmal in der US-Armee angewandt werden.



Militärausgaben: zu Lasten des Volkes

Die gewaltige Aufrüstung, die 25 - 32 % des Budgets verschlingt, kann sich Iran trotz der Mehreinnahmen aus dem Erdöl in der Tat kaum leisten. Die Auslandsverschuldung ist infolge der Importe von Luxus- und Konsumgütern (darunter viel Getreide, das wegen der stagnierenden Agrarproduktion importiert werden muß, schnell gestiegen. Die Industrie ist relativ unterentwickelt und kann mit dem Ausland wegen der geringen Produktivität nicht konkurrieren. Der inländische Markt ist sehr begrenzt, da es den Massen an Kaufkraft fehlt. Diese Tatsachen hindern den Schah jedoch nicht daran, seine Pläne zu verkünden, Iran bis Ende des Jahrhunderts zu einem der führenden Industrieländer zu machen.

Was die innenpolitische Situation betrifft, so hat der Schah es verstanden, die Oppositionellen auszuschalten. „Die reale Opposition seiner Majestät, das bin ich", sagte er neulich in einem Interview (Le Monde, 1.10.76).

Hierzu ist noch zu bemerken, daß der Schah 1975 das Einparteiensystem etabliert hat. Die einzige erlaubte Partei ist die Resurgence Party. Er bestimmte, daß jeder, der sich weigert, die Partei und ihre drei Prinzipien anzuerkennen – Monarchie, Konstitution und „weiße Revolution", die Bodenreform und Industrialisierung umfaßt – die Wahl zwischen Gefängnis und Exil hat (Guardian 18.8.76).

Es gibt mehrere revolutionäre und oppositionelle Bewegungen in Iran. Nach offiziellen Angaben werden diese Bewegungen von Libyen, Oman und von der PLO unterstützt. Die Operationsmöglichkeiten dieser Gruppen sind begrenzt, da sie genau vom Geheimdienst SAVAK überwacht werden. Der SAVAK, nach dem vom CIA durchgeführten Staatsstreich 1953 und mit dessen Hilfe geschaffen, umfaßt 70.000 Agenten (ausgenommen Informanten und Auslandsagenten), also einen Agenten für 450 Iraner. Der SAVAK ist durch seine äußerst brutalen Foltermethoden weltweit bekannt. Die Zahl der politischen Gefangenen wird von Amnesty International auf 25.000 bis 100.000 geschätzt. Der Schah selbst gibt sie mit 3.500 - 5.000 an, und daß diese Leute Mörder, Terroristen und Marxisten seien. Auf die Folter angesprochen sagte er, die iranische Polizei wende die „gleichen Methoden an wie in den höchstentwickelten Ländern der Welt, das heißt psychologische Methoden." (FR 10.8.76)

Schah Reza Palevi:
„Die wahre Opposition bin ich selbst"

aus: Olivier Warin: Le Lion et le Soleil, eine Sammlung von Gesprächen mit dem Schah von Persien, zitiert nach Le Monde vom 1.10.76, S. 6

O.W.: Man sagt, wenn es keine sichtbare Opposition im Iran gibt, so liegt das daran, daß sie physisch liquidiert wurde, wie beispielsweise die kommunistische „Toudeh"-Partei.

Schah: Nochmals, Opposition zu was und zu wem? Ich schätze bisweilen selbst meine eigenen Worte: „Die wahre Opposition bin ich selbst." Weil ich versuche zu kritisieren, versuche, besser zu machen. Mit all meinen Informations- und Forschungsorganisationen kann ich bis an die Wurzeln, bis auf den Grund jedes Fehlers gelangen. Also im Grunde, die Opposition Seiner Majestät, das bin ich! (...)

O.W.: Man sagt auch, daß der SAVAK eine der härtesten politischen Polizeien der Welt sei, daß sie die Folter praktiziert, die Hinrichtungen . . .

Schah: Foltern . . . Warum sollten wir nicht dieselben Methoden anwenden können, wie Ihr Europäer? Die Verfeinerung der Folter, nun ja, dies haben wir auch von Ihnen gelernt. Sie verfahren psychologisch, um die Wahrheit aus jemandem herauszubekommen; wir tun dasselbe wie Sie.

KAMBODSCHA

Unter Datum vom 18.9.76 berichtet Le Monde über einen Besuch im thailändischen Flüchtlingslager Aranya Prathet. Drei vom Lagerleiter ausgewählte Zeugen berichten über angebliche Exekutionen; auf Befragen müssen sie einräumen, daß sie das Meiste nur vom Hörensagen kennen und bei keiner Exekution anwesend waren. Über Leichenfunde wissen sie nur aus Zeiten zu berichten, zu denen im Landesinnern noch Kämpfe zwischen Lon-Nol-Truppen und Roten Khmer stattfanden. Todesurteile in neuerer Zeit, so wird zugegeben, seien lediglich bei Gewaltverbrechen verhängt

worden. („Es werden immer noch Brutalitäten begangen'. „Welche?" „Wenn einer einen kleinen Irrtum begeht, wird er gleich hingerichtet.' „Was für Irrtümer?" „Zum Beispiel eine Vergewaltigung . . . oder: neulich ist ein Mann getötet worden, weil er seiner Frau den Schädel eingeschlagen hat." Die Hinrichtung selbst hat der „Zeuge" nicht gesehen.) Der Befragte versichert, ein armer Bauer zu sein. Der Korrespondent hat durchaus nicht diesen Eindruck, er kann keine Schwielen an Händen und Füssen entdecken. Der Schluß liegt nahe, daß es sich bei einem Großteil der nach Thailand geflüchteten Kambodschaner um Angehörige der parasitären Mittelschicht handelt, die die GI-Wirtschaft in Pnom Penh großgezogen und ernährt hat und die mit den sicherlich sehr harten Bedingungen des Wiederaufbaus in Kambodscha nicht zurande kommen. Was nämlich bei all den Schilderungen übrig bleibt,sind Erzählungen über harte Arbeit und drakonische Strafen bei Arbeitsverweigerung.

Eine positive Entwicklung beim Wiederaufbau des Landes wird auch von den Flüchtlingen nicht bestritten; Konsolidierung der Landwirtschaft, Rekultivierung der im Bombenkrieg zerstörten Anbauflächen, Bekämpfung des Analphabetismus, Verbesserung der Lebensmittelversorgung: das sind alles Punkte, bei denen es während des letzten Jahres eine Aufwärtsentwicklung gegeben hat. Hinzu kommt, daß die angebliche „innere" Opposition in Kambodscha offensichtlich nichts ausrichten kann. Einer der Führer der Opponenten, die von Thailand aus operieren, Dhan Song, hat am 28.9.76 Thailand verlassen und erklärt, daß er den bewaffneten Widerstand gegen die neue Regierung in Kambodscha und erst recht eine Lenkung dieses Widerstands von Thailand aus für im Moment sinnlos und gescheitert halte.

(18.9./28.9.76 Le Monde)

KOREA

19.9.76

Die erste Demonstration seit Verhängung des Ausnahmezustandes in Seoul: die Demonstranten fordern die Freilassung des 26-jährigen Yang Seun Jo, der einen Streik von 600 Beschäftigten eines Textilbetriebs zur Durchsetzung von Lohnforderungen organisiert hatte. Von den etlichen hundert Demonstranten wurden 18 festgenommen, 50 weitere stellten sich aus Solidarität mit den Verhafteten der Polizei. Am gleichen Tag wurde bekannt, daß der frühere Präsidentschaftskandidat *Kim Dae Jung*, der wegen seiner Erklärung zur „Rettung der Demokratie" zu 8 Jahren Haft verurteilt wurde, in Lebensgefahr schwebt. (ddp)

PHILIPPINEN

Präsident Marcos versucht, sein Regime zur Konferenz des International Monetary Fund im besten Licht erscheinen zu lassen. Für den 16.10.76 verlangt er ein Volksbegehren, das ihm die Rechtfertigung bieten soll, eine bereits gewählte Interimsversammlung, die er laut Verfassung einzuberufen hätte, einfach wieder zu dispensieren. Marcos stellt im Referendum die „Frage", ob die Bevölkerung den Ausnahmezustand weiterhin beibehalten möchte; weiter, ob sie mehreren Verfassungsänderungen aus dem Jahre 73 zustimmt.

Mit diesen Verfassungsänderungen soll zum einen ein Scheinparlament, zur Hälfte von Marcos ernannt, zur Hälfte gewählt, mit lediglich beratenden Funktionen eingerichtet werden; zum anderen behält sich Marcos in der Verfassungsänderung sechs vor, als Ministerpräsident jederzeit bei drohender Gefahr per Dekret zu regieren; es muß lediglich der Fall eintreten, daß die jeweilige legislative Versammlung seiner Meinung nach (!) ihre Pflicht nicht erfüllt.

Marcos in einer Rede am 16.9.76: er wünsche, mit ausreichenden Vollmachten ausgestattet zu werden, falls Politiker versuchten, sein parlamentarisches Experiment zu boykottieren. „Bei diesem Referendum hat man bloß abzuwarten, wieweit die Rate der Zustimmung zum Kriegsrecht über 90 % angesiedelt sein wird" (NZZ 1.10.76).

(AFP, 16.9.76; NZZ 1.10.76)

Eine Erklärung von 13 der 80 philippinischen Bischöfe klagt das Regime Marcos der „Furcht- und Schreckensherrschaft" an und wirft ihm „institutionalisierten Betrug und Manipulation" vor. Die Erklärung wendet sich scharf gegen das Referendum: „Unser Volk erfreut sich nicht der normalen Menschen- und Bürgerrechte, die unabdingbar sind, um das Recht auf Abstimmung und freie Beteiligung an der Regierung überhaupt ausüben zu können. Wir glauben, daß jedes Referendum, das unter diesen unterdrückerischen Umständen abgehalten wird, nichts als eine üble Farce ist. Im übrigen ist es eine höchst gewissenlose Verhöhnung der Würde unseres Volkes; dies können wir mit unserem Gewissen nicht vereinbaren. Wir werden nicht an einer solchen Abstimmung teilnehmen, die uns und unser Volk noch weiter herabwürdigt und erniedrigt." (nach Singapore Times, 24.9.76).

14.9.76 Amnesty International veröffentlicht einen Bericht über grausame Folterungen an den über 4.000 Internierten, die seit der Verhängung des Kriegsrechts festgenommen wurden und in Internierungslagern festgehalten werden. AI fordert zusätzlich zum Verbot der Folter, daß die Gefangenen Zivilgerichtshöfen und nicht, wie bisher, Militärtribunalen vorgeführt werden und daß alle Gefangenen, die mehr als ein Jahr ohne Anklage oder Prozeß sind, freigelassen werden (dpa).

Etwas über 900 Gefangene werden vor dem Beginn der IMF-Konferenz entlassen (Le Monde 10.9.76). Etwa 65 Häftlinge treten im Oktober in einem KZ in Bicutan / Provinz Rizal in einen Hungerstreik, der sich gegen die fortgesetzte Internierung von 40 Frauen richtet.

Am 3.9.76 eine Demonstration von 2.000 Menschen unter starker Beteiligung katholischer Geistlicher gegen das Kriegsrecht und das Marcos-Regime. Am 10.10.76 demonstrieren 5000 Personen in Manila gegen das Volksbegehren und das Kriegsrecht und für die Wiederherstellung der demokratischen Rechte. Es ist die erste Demonstration in Manila seit Verhängung des Kriegsrechts 1972, an der Spitze auch hier viele katholische Geistliche. (Le Monde, 5./10.10.76).

Zur Konferenz des IMF ließ sich Marcos den kosmetischen Aufwand für Manila etwas kosten. 10.000e von Bewohnern Manilas bekamen eimerweise weiße Farbe ausgehändigt, um ihre Häuser zu streichen. Zusätzlich rückten Soldaten und staatliche Arbeiter auch schon teilweise abgerissenen Häusern zu Leib.

400 Slumfamilien wurden kurzerhand ausquartiert, ihre Häuser eingerissen. Das 600-Betten-Hotel „Manila Plaza" wurde in solcher Eile gebaut, daß Anfang Oktober 20 Arbeiter durch einstürzende Wände getötet wurden.

Die 14 neuerbauten Luxushotels ließ sich Marcos 300 Mio. $ kosten, ein speziell für die Konferenz erbautes Konferenzzentrum 133 Mio. $. 200 Mercedes standen bereit, jeden Abend gab es in einer ebenfalls neuerbauten Theaterhalle erlesene Kulturdarbietungen wie das eigens eingeflogene Bolshoi-Ballett etc.

(nach Newsweek, 18.10.76)

SRI LANKA

Konferenz der blockfreien Staaten

Mitte August trafen sich in Colombo die blockfreien Staaten der Welt zu ihrer fünften Konferenz. Insgesamt nahmen 85 Länder teil. Der äußere Rahmen der Konferenz war sehr aufwendig, es wurden 85 Mio. Rs. (ca. 17 Mio. DM) für die Konferenz selbst und weitere 300 Mio. Rs. (ca. 60 Mio. DM) für sekundäre Projekte wie Flughafenerweiterung, Hotelneubau etc. ausgegeben, die aber für die Masse der Bevölkerung keinen Nutzen haben. Strengste Sicherheitsmaßnahmen wurden getroffen, um das Treffen ohne Zwischenfälle über die Bühne zu ziehen. Ausländer ohne offiziellen Auftrag konnten schon Wochen vorher nicht mehr nach Sri Lanka einreisen, bzw. mußten das Land für die Dauer der Konferenz verlassen (FEER, 20.8.76).

Allgemein herrschte Konsensus darüber, daß heute die ökonomische Ausbeutung der Dritten Welt durch die Industrienationen der gemeinsame Hauptfeind sei. Es gehe jetzt darum, die bestehenden weltwirtschaftlichen Ungerechtigkeiten und Probleme durch geeignete Maßnahmen aufzulösen. Jeder Sprecher plädierte für bessere Kreditbedingungen, leichteren Zugang zu den internationalen Märkten, höhere Preise für Rohstoffe und Fertigwaren der Entwicklungsländer sowie für die Errichtung eines Frühwarnsystems, das wirtschaftliche Marktverschiebungen rechtzeitig bekanntgeben soll (FEER, 27.8.76). Die Ministerpräsidentin Sri Lankas, S. Bandaranaike, trat dafür ein, eine neue Währung für die Länder der Dritten Welt zu schaffen, um die bestehende Abhängigkeit von den harten Währungen der Industrienationen aufzuheben (FEER, 3.10.76). Weiterhin kam man überein, das alte, nur sporadisch tagende 17-köpfige Koordinationskomitee aufzulösen und dafür ein festes Büro bei der UNO in New York einzurichten, wo dann mindestens jeden Monat eine Beratung abgehalten werden soll (FEER, 27.8.76).

Insgesamt wurden sehr viele Resolutionen verabschiedet, die alle relativ radikale Töne anschlagen. Ob allerdings auch die dort vorgeschlagenen Maßnahmen in den jeweiligen Ländern durchgeführt werden, bleibt dahingestellt. Zunächst einmal bilden die Blockfreien keine Organisation wie die EWG oder die UNO, sondern stellen lediglich einen lockeren Zusammenschluß von Staaten dar, die als blockfrei *gelten*. Eine Exekutive, die die Beschlüsse in die Praxis umsetzen könnte, fehlt völlig und dürfte auch wegen der großen politischen Unterschiede der einzelnen Länder nicht einsetzbar sein. Das politische Spektrum reicht von so reaktionären und diktatorischen Regimes wie in Indonesien und Malaysia bis hin zu fortschrittlichen, sozialistische Staaten wie Angola, Mozambique und Kuba. Ein Suharto hat mit Fidel Castro wohl wenig gemein, wenn es über verbalradikale Forderungen hinweg zu wirklichen Maßnahmen gegen Unterentwicklung, Ausbeutung und Armut kommen sollte.

Von daher nimmt es auch nicht wunder, daß schon während der Konferenz schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten zu Tage traten und die Verabschiedung einiger Resolution verhinderten (so bei der Einschätzung der ASEAN und deren Deklaration, Süd-Ost-Asien zu einer Friedenszone zu machen, FEER, 3.10.76).

So war die ganze Konferenz – um ein wenig überspitzt zu sagen – wohl mehr ein gutorganisiertes und teures Spektakel als ein weltpolitisch wichtiger Schritt auf dem Wege zur Befreiung der Dritten Welt.

THAILAND

Am 6.10. putschte das Militär unter Führung des Verteidigungsministers Gen. San'gad Chawalyu; vorausgegangen war ein Blutbad an der Thammasat-Universität, mit dem schwerbewaffnete Polizei und über 10.000 rechtsradikale Jugendliche den heftigen innenpolitischen Streit über die Rückkehr des Ex-Diktators Thanom zwischen der Linksopposition und der Regierung beendeten; 42 Studenten wurden getötet, über 180 schwerverletzt, insgesamt über 6.000 Personen verhaftet; alle bürgerlichen Freiheiten wurden suspendiert, das Parlament aufgelöst und eine strenge Pressezensur verhängt. Nach der Beschlagnahmung von über 6 Millionen (!) Büchern fanden öffentliche Bücherverbrennungen statt; das neue Regime will innen- wie außenpolitisch einen strikt antikommunistischen Kurs steuern. Nach dem Putsch kam es zu heftigen Machtkämpfen innerhalb der Armee.

(NZZ, Le Monde)

Ein ausführlicher Bericht über die Hintergründe des Putschs ist für die nächste Nummer vorgesehen.

Lateinamerika

ARGENTINIEN

Verstärkte Abhängigkeit vom internationalen Kapital

Ak 20.9./NZZ 6.10.

Die Reise des Wirtschaftsministers der Militärjunta, Matinez de Hoz, im Sommer in die USA, nach Kanada und Europa hat ihren Zweck erfüllt. Obwohl Argentinien international bereits hoch verschuldet ist, handelte de Hoz neue Kredite in einer Gesamthöhe von 1,3 Milliarden Dollar aus. Zu den Kreditgebern gehören der Internationale Währungsfonds mit 300 Mio. und ein Konsortium aus 21 US-Banken mit 500 Mio. Dollar. Die Laufzeit der Kredite beträgt vier Jahre, die Zinssätze richten sich nach den auf dem internationalen Kapitalmarkt üblichen Bedingungen. Aus der Bundesrepublik kommen 90 Mio. Dollar. Hieran ist die Deutsche Bank mit rund einem Drittel beteiligt. De Hoz behauptet zwar, daß die Kreditgeber keine Bedingungen an die Vergabe geknüpft hätten. Seine Verhandlungen in der Bundesrepublik beweisen jedoch das Gegenteil: Über die Aufgabe des von der Regierung Peron entwickelten Plans hinaus, den argentinischen Zweig des Siemens-Konzerns zu verstaatlichen (Siemens hat in den sechziger Jahren durch betrügerische Geschäfte Höchstprofite aus Argentinien geholt), erpreßte die Deutsche Bank (im Aufsichtsrat: Dr. von Siemens) auch noch eine Entschädigung (17 Mio. DM) der argentinischen Regierung an den Konzern.

Staatliche und staatlich geduldete Repression, faschistische Tendenzen

AK 6.9., 4.10./ Guardian (Am) 1.9./ FR 16.9./ Newsweek 13.9. / NZZ ?.9., 9.10., 19.10.

Voraussetzung für das „Vertrauen", das das internationale Finanzkapital in Argentinien setzt, sind offenbar die Bemühungen des Videla-Regimes um „Sicherheit und Ordnung", die es mit harten Repressionsmaßnahmen verfolgt. Die staatliche Repression richtet sich gegen die Arbeiter, die sich gegen ihre verschlechterten Lebensbedingungen wehren, gegen fortschrittliche Intellektuelle, gegen die sozialrevolutionären Organisationen (außer PRT/ERP und Montoneros, die schon vor dem Putsch im März illegal kämpfen mußten, sind inzwischen etwa 50 weitere politische Organisationen von den Militärs verboten worden) sowie gegen die Flüchtlinge aus den faschistischen Nachbarländern Chile, Paraguay, Bolivien und Uruguay. Für die etwa 700.000 Ausländer wurde eine Registrierpflicht eingeführt; wer sie versäumt, wird kurzerhand abgeschoben. Der argentinische Geheimdienst und die Geheimdienste der erwähnten Nachbarländer arbeiten eng zusammen, um die Flüchtlinge zu überwachen und schließlich zu vernichten. Massenfestnahmen und -verhöre sind weiterhin an der Tagesordnung. In der Provinz Chaco wurden z.B. auf einen Schlag 83 Siedler wegen „Kollaboration mit der Subversion" festgenommen. Die Junta ließ sechs Journalisten der Zeitschrift „Los Principios" verhaften, weil sie Kritik an den Streitkräften geübt hatten; die Zeitschrift wurde verboten. Führende Gewerkschafter wurden mit der fadenscheinigen Begründung des „notwendigen Abbaus überflüssigen Personals" entlassen oder einfach festgenommen.

Der Terror der rechtsextremen „Antikommunistischen Allianz Argentiniens" (AAA) breitet sich weiter aus. Am 20. August ermordete die AAA 30 Menschen, die angeblich zu den Montoneros gehört haben sollen. In Lomas de Zamora wurden zur selben Zeit 17 Leichen gefunden, die ebenfalls auf das Schuldkonto der AAA gehen. Im Oktober wurden aus einem Fluß bei Buenos Aires wiederum 8 skalpierte Leichen, darunter 2 Frauen, gefischt, wofür Rechtsextremisten verantwortlich sind.

Die faschistischen Terrorbanden berufen sich auf Hitlers „Mein Kampf", das der Milicia-Verlag auf spanisch veröffentlicht hat. Eine Welle neu verlegter nationalsozialistischer Literatur (Hetzreden von Goebbels, rassistische Pamphlete der Nazi-Ideologen Alfred Rosenberg und Julius Streicher, eine „Geschichte des Dritten Reichs" in Mehrfarbendruck auf Glanzpapier) flutet über das Land. Bombenanschläge auf Synagogen und Geschäfte von Juden sind an der Tagesordnung. Das Regime Videla sieht diesem Treiben nicht nur tatenlos zu, sondern Militär, Polizei und Geheimdienst unterhalten auch beste Beziehungen zu den Neofaschisten und ehemaligen Nazi-Größen. Weil sie die blutige Schmutzarbeit – Vernichtung möglichst vieler Sozialisten und Kommunisten – von sich aus verrichten, sind sie den herrschenden Militärs hochwillkommen.

Der Widerstand lebt

AK 20.9. 4.10./ Fr. 1.10. / NZZ 3.10., 5.10., 9.10., 10.10., 19.10.

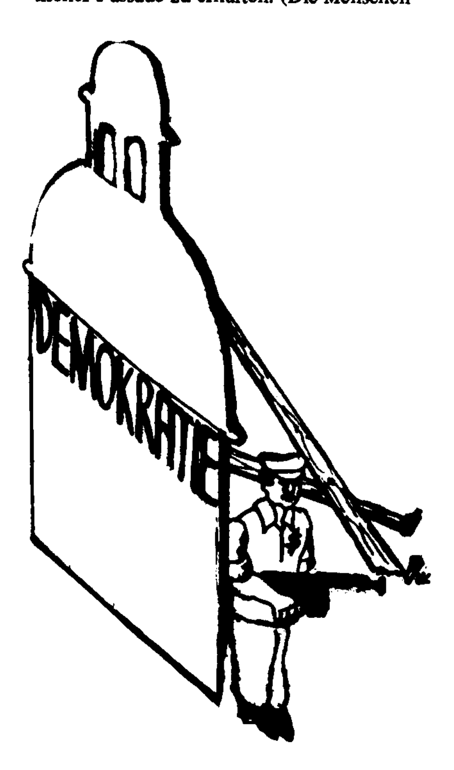
Die Militärregierung biedert sich beim internationalen Kapital an, indem sie behauptet, daß ihre Politik der Repression erfolgreich sei. Die sozialrevolutionären Organisationen seien zerschlagen, ihre Reste von der Bevölkerung isoliert. Tatsächlich kann aber von einer Vernichtung des Widerstands gegen Ausbeutung und verschärfte Unterdrückung nicht die Rede sein:

Fast täglich kommt es in Buenos Aires zu Schießereien zwischen Widerstandskämpfern (insbesondere den Montoneros) und Militärs oder Polizei, wobei beide Seiten automatische Waffen, Handgranaten und Panzerfäuste einsetzen. In Rosario sprengten Guerilleros einen Polizeibus in die Luft, wobei 12 Polizisten umkamen und 17 verletzt wurden. Noch wichtiger ist, daß die Masse der Arbeiter trotz eines seit dem Putsch im März erlassenen Streikverbots zu Arbeitskämpfen entschlossen ist. Anfang September legten Streikende fast die gesamte Autoindustrie des Landes lahm. Die Arbeit wurde zuerst bei Chrysler in San Justo und Chingolo, dann bei General Motors, Fiat und Mercedes niedergelegt. Insgesamt haben sich rund 70.000 Arbeiter an diesen Streiks beteiligt, die zu einem deutlichen Rückgang der Produktion führten. Als Anfang Oktober zahlreiche aktive Gewerkschaftler entlassen oder verhaftet wurden, legten bei den beiden großen Kraftwerksgesellschaften SEGBA und Luz y Fuerza etwa 25.000 Beschäftigte die Arbeit nieder. Außerdem widersetzten sie sich durch Straßendemonstrationen und Sabotageakte der Regierungspolitik. Es kam zu zahlreichen Bränden und die Stromversorgung der Hauptstadt Buenos Aires brach zeitweise zusammen. In den Städten Rosario und La Plata solidarisierten sich Arbeiter mit den streikenden Kollegen.

Widersprüche im Regierungslager

AK 6.9., 4.10 / NZZ 5.10.

Durch bewaffneten Widerstand und Streiks auf der einen und faschistischen Terror auf der anderen Seite ist die Militärregierung in eine äußerst schwierige Lage geraten, die die Widersprüche innerhalb der Bourgeoisie aufbrechen läßt. Der eine Flügel um Staatspräsident Videla möchte den demokratischen Schein wahren, um das Risiko einer breiten internationalen Solidaritätsbewegung mit dem argentinischen Volk zu vermeiden und Unterstützung ohne Schwierigkeiten auch aus kapitalistischen Ländern mit demokratischer Fassade zu erhalten. (Die Menschen-



rechtskommission und die Juristenkommission der UNO haben allerdings die gegenwärtigen Verhältnisse in Argentinien bereits heftig kritisiert). Dieser Flügel strebt auch Verhandlungen und Kompromisse mit den Gewerkschaften an, um Dampf aus der Widerstandsbewegung zu lassen und eine Verschnaufpause zu erhalten. Auf der anderen Seite steht der Flügel der „Pinochetisten", die offen faschistische Verhältnisse nach chilenischem Vorbild anstreben und den Terror auf die bürgerliche Opposition ausdehnen wollen. Beides kann für das argentinische Volk keine Lösung sein. Voraussetzung für eine dauerhafte Lösung wäre, daß das Land unter der politischen Führung der

Arbeiterklasse unabhängig wird vom internationalen Kapital, dessen Streben nach Höchstgewinn und Vorherrschaft die tiefere Ursache für die widersprüchlichen Verhältnisse ist.

CHILE

Austritt aus dem Andenpakt und Annäherung an die Platastaaten

Unter Frei und Allende war Chile die treibende Kraft zum Zusammenschluß der Andenstaaten Bolivien, Chile, Kolumbien, Equador, Peru und Venezuela mit dem Ziel, der einheimischen Industrie die Konkurrenz mit ausländischen Unternehmen zu ermöglichen.
Die chilenische Militärjunta ist inzwischen nicht mehr Mitglied des Andenpaktes, da sie für eine „liberalere", sprich imperialistenfreundlichere Politik eintritt:

- während im Vertrag von Cartagena, der Basis des Andenpaktes, vereinbart wurde, daß ausländische Firmen höchstens 14 % ihrer Gewinne zurücktransferieren dürfen, fordert die Junta einen Verzicht auf jegliche Beschränkungen;
- während die 5 Partnerländer für eine gemeinsame Außenzollmauer von 60 – 70 % eintreten, will die chilenische Junta eine Senkung auf 10 – 35 %. (FR 15.10.76)

„Die derzeitigen Herren in Santiago sind überzeugt, daß nur eine massive Zufuhr von ausländischem Kapital ihrem Land den Peitschenhieb geben kann, der für einen schnellen ökonomischen Start notwendig ist." (Le Monde 18.9.76).

Die chilenische Militärjunta will sich nun enger mit der Staatengruppe des Plata-Bekkens (Argentinien, Bolivien, Brasilien, Paraguay, Uruguay) zusammenschließen, allesamt Militärdiktaturen, die der chilenischen Junta ideologisch nahestehen und dem ausländischen Kapital ihre Tore ebenfalls weit öffnen. Die 6 Militärdiktaturen des „Cono Sur" erfüllen damit getreu den Dienst, den der US-Imperialismus von ihnen erwartet.

PERU

Entschädigung für verstaatlichte Bergwerke

25.9.76 FR

Im letzten Jahr verstaatlichte Peru die Anlagen der US-amerikanischen Bergwerksgesellschaft Marcona (vgl. Nachrichten und Kurzberichte Nr. 48, S. 12). Die peruanische Militärregierung hat sich jetzt bereiterklärt, hierfür eine Entschädigungszahlung in Höhe von 61 Mill. Dollar zu leisten. Diese Maßnahme ist im Zusammenhang mit dem Rechtstrend der peruanischen Wirtschaftspolitik zu sehen (vgl. blätter des iz3w, Nr. 56, S. 18).

Erneute Verhaftungen

9.10.76 NZZ / 15.9.76 Guardian

In den letzten Monaten hatte die Regierung bereits Hunderte von linksstehenden Journalisten, Gewerkschaftern, Studenten und Soldaten verhaften lassen. Nach offiziellen Angaben wurden jetzt weitere 17 Mitglieder einer linken Gruppe inhaftiert. Unter den Verhafteten befindet sich auch C. Urrutia, der Chefredakteur der Zeitchrift MARKA, die im Juli verboten wurde (vgl. auch: Nachrichten und Kurzberichte Nr. 53, S. 5). Urrutia wurde in das Gefängnis SEPA geschickt. Dies Gefängnis im Urwaldgebiet Perus ist dafür bekannt, daß die Gefangenen dort höchst ungenügende Nahrung und medizinische Versorgung erhalten.

Arabische Länder

In der Flut der Details der täglichen Berichterstattung über den Nahen Osten droht jeder Überblick über die großen Leitlinien der politischen Entwicklung zu ersticken.
Daher hier der Versuch einer Zusammenfassung und Übersicht mit dem Schwergewicht auf den Ereignissen der letzten zwei Monate.

– Der Ursprung des Libanon-Konflikts vor gut eineinhalb Jahren:
Die größten Religionsgemeinschaften im Libanon sind die maronitischen Christen und die sunnitischen Moslems. Die Christen stellen die Finanzaristokratie und besitzen die meisten der Beiruter Großbanken.
Die Sunniten sind im Libanon den Maroniten an Zahl knapp unterlegen (jedenfalls nach der Volkszählung von 1932, die seither nie wiederholt wurde): ein Kunstgriff der französischen Mandatsmacht, die die Grenzen des Libanon so einrichtete, daß die christliche Oberschicht die Vorherrschaft erhielt.
Die Politik wird durch ein Proporzsystem geregelt, das den Christen den ersten Platz einräumt und das Recht, den Präsidenten zu stellen. Der Ministerpräsident, der aber in der Praxis vom Präsidenten abhängig ist, wird unter den Sunniten gewählt.
Die Moslems, die sich schon aus theologischen Gründen schlecht mit einer christlichen Vorherrschaft abfinden konnten, neigten schon immer zum Widerstand, meist mit Anlehnung an ihre syrischen Glaubensbrüder (Aufstand von 1958, der mit der Wiederherstellung des status quo endete).
Allerdings gab es auch immer eine reiche sunnitische Oberschicht, Geschäftsbesitzer in Beirut und Großgrundbesitzer, die von der politischen Lage profitierten.
Das politische Machtgleichgewicht im Libanon wurde durch den Zufluß der palästinensischen Flüchtlinge gestört. Ebenfalls Sunniten, verbündeten sich die Palästinenser mit den libanesischen Linkskräften, die gegen das Proporzsystem und die sozialen Mißstände opponierten. Als im Februar 1975 die Fischer von Saida (Sidon) gegen ein Fischereimonopol des christlichen Politikers Schamun streikten und die Armee gegen sie vorging, griffen die gut bewaffneten Palästinenser ein und schlugen die Armee zurück.
Dieses Ereignis – Ausgangspunkt für die Scharmützel zwischen Palästinensern und den Milizen der christlichen Falange-Partei, die schließlich zum Bürgerkrieg führten – zeigt deutlich die sozialen Spannungen, die sich hinter dem verbergen, was vordergründig als Konflikt zwischen Religionsgemeinschaften erscheint.
Nach endlosen zermürbenden Kämpfen zwischen den christlichen Milizen und den mit der libanesischen Linken verbündeten Palästinensern erhielt der Krieg eine neue Dimension mit der Invasion der syrischen Truppen im Juni. Offensichtlich verfolgte der syrische Präsident Assad das Ziel, seinen Einfluß als Vormacht im Nahen Osten zu stärken und die Palästinenserfrage im eigenen Land zu „regeln" (Kritik der Palästinenser in Syrien am Regime Assad). Erstaunlich bleibt bis heute die schwächliche Reaktion der anderen arabischen Staaten

– Die wichtigsten der kriegsführenden Parteien heute:
Auf christlicher Seite die radikalen Milizen, geführt von Gemayel (Falange-Partei) und Schamun (Nationalliberale Partei, „Löwenmilizen"), die in der Regel die von den anderen Seiten geschlossenen Waffenstillstandsabkommen mißachteten und sich durch großangelegte Gemetzel hervortaten.
Mit ihnen zusammen „arbeiten" heute die syrischen Truppen. Syrien fordert den Rücktritt der gesamten Führung der Palästinenser und die Unterwerfung der Palästinenser unter syrische Kontrolle.
Bei ihrer Nachschubblockade zur See gegen die Palästinenser werden die Syrer durch israelische Kriegsschiffe unterstützt. Die Syrer halten sich aus dem Südlibanon fern. Dort werden die christlichen Milizen massiv von den Israelis unterstützt, zumindest mit Waffenlieferungen (s.z.B. FR 22.10).
Die Mehrheit der Palästinenser wird vertreten durch die PLO unter Yassir Arafat, verbündet mit Kamal Dschumblat, dem Führer der libanesischen Opposition.
Dschumblat ist ein Fürst der feudal organisierten Religionsgemeinschaft der Drusen (Moslem-Sekte der schiitischen Richtung), der sich als Sozialist gibt.
Unter Präsident Frandschieh ist er – als Chef der „Progressiven Nationalen Front" – zum Führer der linken libanesischen Opposition geworden.
Links von PLO und Dschumblat steht die PFLP von George Habasch, verbündet mit der Kommunistischen Partei (Arabische Sozialistische Aktionspartei). Diese Gruppen halten keine Kompromisse und keinen Frieden mehr für möglich und fodern den Volksguerillakrieg.
Neben diesen Parteien gibt es zahlreiche kleinere Gruppierungen. Die Rolle der libanesischen Armee wird nicht deutlich. Sie scheint gespalten zu sein. Keine große Rolle gespielt haben bisher die panarabischen Friedenstruppen (2300 Mann, z.T. Syrer).

– Frandschieh und Sarkis:
Unter Präsident Frandschieh nahmen die sozialen Mißstände im Land zu. Seit Ausbruch des Bürgerkrieges hat er versucht, die Bekämpfung der Palästinenser zu stimulieren und die Friedensbemühungen des Ministerpräsidenten Karami (Moslem) zu sabotieren. Noch kurz vor dem Ablauf seiner Amtsperiode enthob Frandschieh den Ministerpräsidenten seiner Ämter als Finanz-, Verteidigungs- und Informationsminister.
Im Mai dieses Jahres wurde Elias Sarkis zum neuen Präsidenten gewählt. Er trat am 23.9. sein Amt an.
Sarkis gehört zur christlichen libanesischen Geldaristokratie. Seit 1967 war er Präsident der libanesischen Zentralbank. Er tritt jedoch für soziale Reformen und eine Gleichstellung von Christen und Moslems ein. Im gegenwärtigen Konflikt plädiert er für eine Verhandlungslösung unter Wahrung der Rechte der Palästinenser und der libanesischen Unabhängigkeit. Er tritt im Gegensatz zu den meisten anderen Politikern nicht als Führer einer Religionsgemeinschaft auf und hat auch keine Privatmiliz.

– Überblick über die wichtigsten Ereignisse seit August:
August: Fall des letzten Palästinenserlagers in Beirut, Tall Es Saatar. Massaker durch die christlichen Milizen. Ende August/September: Massenmobilisierung der Palästinenser (alle Wehrfähigen über 18 Jahren) und entsprechende Mobilisierung in den von den Christen beherrschten Gebieten.

September: Serie von Verhandlungen vor dem Amtsantritt des neuen Präsidenten Sarkis (Sarkis-Assad 1.9., Sarkis-Arafat-El Choli (arab. Liga)-Dschamil (syr Major) 17. und 19.9.). Assad besteht auf dem Verbleib seiner Truppen im Libanon und auf dem Auswechseln der palästinensischen Führung.

Trotz seiner Forderung nach Unabhängigkeit des Libanon muß Sarkis sein Amt am 23.9. in der christlichen Enklave Schtaura, unter dem Schutz syrischer Truppen, antreten. Die Palästinenser und libanesischen Linken halten sich trotz mehrfacher Unterstützungszusagen auf Distanz.
Oktober: Die Verhandlungen scheitern. Die Syrer haben im September ihre Truppen auf 24.000 Mann verstärkt und beginnen eine Großoffensive im Libanongebirge, mit Unterstützung der christlichen Milizen.
Nach einer Feuerpause um den 9.10. (Verhandlungen in Schtaura) neue syrische Vorstöße gegen Saida (Sidon) und Offensive der Falange im Südlibanon.
Heute kontrollieren die syrischen Truppen mehr als zwei Drittel des Libanon. Im Süden des Landes, in den die Syrer nicht eingedrungen sind, um eine Konfrontation mit Israel zu vermeiden (der Fluß Litani wird stillschweigend als Grenze der Interessensphären betrachtet), sind die meisten palästinensischen Stützpunkte unter dem Angriff der von Israel unterstützten Falange gefallen.
800.000 Libanesen (80 % der Arbeiter) sind heute arbeitslos. 18.10. „Kleiner" arabischer Gipfel in Riad: erste und recht halbherzige Gipfelkonferenz der arabischen Staaten seit Ausbruch des verschärften libanesischen Bürgerkriegs! Obwohl die dort gefundene „Lösung" überhaupt keine ist (30.000 Mann arabische Friedenstruppen, zu denen auch syrische Truppen gehören und eine Wiederherstellung des status quo vor dem Ausbruch des Konfliktes, was nach dem Fall der Palästinänserlager schon praktisch kaum zu verwirklichen ist), haben die Kämpfe zunächst spürbar nachgelassen. Die christlichen Attacken im Südlibanon gehen allerdings unvermindert weiter.
25.10. Großer arabischer Gipfel in Kairo.

– Die Zerstrittenheit des arabischen Lagers: Die Hilflosigkeit gegenüber den libanesischen Ereignissen dokumentiert die Uneinigkeit unter den arabischen Staaten. Eine Uneinigkeit, deren Bedeutung wohl über die arabische Welt hinausgeht, wenn man bedenkt, daß die arabische Geschlossenheit zur Zeit des Erdölembargos 1973 nicht nur zahlreiche Industrieländer beschäftigte, sondern auch von vielen Dritte-Welt-Ländern als Fanal verstanden wurde.
Heute dominieren die Konflikte zwischen arabischen Ländern: Algerien und Marokko liegen im Streit wegen der Westlichen Sahara. Neue Spannungen bestehen zwischen Libyen und Ägypten, sowie zwischen Libyen und dem Sudan (Sabotageakte in Ägypten und ein Putschversuch im Sudan wurden in beiden Ländern den Libyern angelastet und führten zu einer politischen Annäherung zwischen Ägypten und Sudan).
Ägypten kann sich mit dem syrischen Versuch, eine Vormachtstellung im Nahen Osten zu gewinnen, nicht abfinden.
Syriens Intervention gegen die Palästinenser im Libanon hat zu einer Annäherung mit Jordanien geführt (syrisch-jordanisches Gipfelgespräch 2.9.). Dagegen ist die Feindschaft mit dem Irak gewachsen.
Seinerseits hat der Irak Grenzprobleme mit Kuwait. In Kuwait, wo 200.000 palästinensische Zuwanderer leben, wurden am 29.8. das Parlament aufgelöst und die Pressefreiheit eingeschränkt, nachdem Abgeordnete der Opposition die finanzielle Unterstützung Kuwaits für die syrische Intervention im Libanon kritisiert hatten.
Daß die gegen die Palästinenser gerichtete syrische Politik in Syrien selbst auf Feindschaft stößt, beweisen Bombenattentate in Damaskus, mehr noch die scharfe Reaktion des Regimes Assad. So wurden am 27.9. palästinensische Geiselnehmer in Damaskus öffentlich gehängt.
Ägypten konzentriert sich zur Zeit offenbar v. a. auf innenpolitische Probleme: Ausbau der Suezkanalzone (Verbreiterung und Vertiefung des Kanals, zahlreiche neue Großindustrieprojekte), landwirtschaftliche Erschließung der Sinaihalbinsel (Sp. 27.9.) Politik der „Offenen Tür" gegenüber multinationalen Konzernen und ausländischen Geldgebern (USA, arabische Ölstaaten), Ankurbeln der Privatwirtschaft. Am 16.9. Bestätigung Sadats in einer Volksabstimmung, bei der nicht einmal ein Viertel der Bevölkerung stimmberechtigt war.
In der bestehenden Situation ist Israel der lachende Dritte. Die Israelis haben sich ihren Einfluß im ehemaligen „Fatah-Land" im Südlibanon gesichert, das sie heute militärisch kontrollieren. Durch die Praxis des „Offenen Zauns" (Versorgung von Israel aus) wird versucht, die Südlibanesen von der Unterstützung der Palästinenser abzubringen. Mit den Syrern wird eine stillschweigende Abgrenzung der Interessensphären praktiziert.
Größere Probleme hatten die Israelis dagegen in Westjordanien. Streiks der arabischen Geschäftsleute und heftige tätliche Auseinandersetzungen zwischen Moslems und Juden in der von beiden als Heiligtum verehrten Patriarchenhöhle von Hebron brachten den größten Eklat (3.10.).

Tropisches Afrika

ÄTHIOPIEN

Der Widerstand wird stärker

20.9. AK / 22.9. Fraternite Matin (Abidjan) /Oktober 1976 africa

Zwei Jahre nach ihrer Machtübernahme sehen sich die regierenden Militärs Äthiopiens einem immer stärkeren Widerstand des Volkes gegenüber. Der Militärrat hat zwar wichtige Maßnahmen zur Überwindung der mittelalterlichen Struktur des Landes unternommen: Landreformen, eine Alphabetisierungskampagne und Kampagnen zur politischen Erziehung der Bevölkerung.
Planungsfehler und der Widerstand der Landbevölkerung bei der Landreform haben jedoch zu einer drastischen Verschlechterung der Lebensmittelversorgung der Städte geführt. Hinzu kommt, daß der Wegfall der feudalen Ausbeuterschicht dazu geführt hat, daß die Bauern lieber Lebensmittel verbrauchen, anstatt sie zu vermarkten.
Der Militärapparat verschlingt Unsummen und hält das Land völlig von amerikanischer Wirtschafts- und Militärhilfe abhängig.
Aufklärungskampagnen der Regierung gehen einher mit der Ausschaltung jeder Opposition. In den Nordprovinzen wird ein Ausrottungskrieg gegen die eritreische Bevölkerung geführt; auch anderswo wird jeder Widerstand brutal bekämpft. Bei den amtlicherseits angeordneten „revolutionären" Diskussionen in den Betrieben ist es denn auch streng verboten, irgendwelche Forderungen zu stellen.
Der Widerstand gegen die Militärs organisiert sich überall: unter den Intellektuellen in den Städten, in Polizei und Militär, aber auch in den Fabriken und auf dem Land. Neben einer zahlenmäßig weniger bedeutenden maoistischen Gruppe und einigen mit den Militärs verbundenen „Oppositions"-gruppen trägt vor allem die Revolutionäre Volkspartei EPRP den Widerstand. Ihre Forderungen zielen auf einen demokratischen Sozialismus, in dem das Volk in den politischen Organen und im Wirtschaftsleben die Macht hat, und eine föderative Struktur Äthiopiens. Nach der immer wütender werdenden Polemik der Regierenden hat die EPRP, die den Hauptwiderspruch zwischen dem Militärrat und den Massen sieht, bedeutenden Einfluß gewonnen. Ein großer Teil der Proteste im Land scheint von ihr organisiert worden zu sein. In einigen Gegenden konnte sie sogar eine Art revolutionärer Gegenverwaltung errichten.
In der Armee und in den Fabriken wird immer wieder gegen die Unterdrückungsmaßnahmen der Militärs, den Einfluß der USA und Israels und den Eritrea-Krieg protestiert. In Harrar und Asmara (Eritrea) meuterten Armeeeinheiten. Die Wiedereröffnung der Universität von Addis Abeba läßt eine weitere Verschärfung des Widerstands erwarten.

Südliches Afrika

MOZAMBIQUE

Rhodesischer Überfall auf „Guerilla-Camp" in Mozambique

Im Juni und Juli häuften sich die Meldungen über Grenzverletzungen und Feuergefechte an der Grenze zwischen Rhodesien und Mozambique. Am 10. August gab die Smith-Regierung triumphierend bekannt, daß ihre Truppen bei der Verfolgung von Terroristen auf mozambikanisches Territorium vorgestoßen seien und ein Ausbildungslager angegriffen hätten, wobei 300 Guerillas, 30 Frelimo-Soldaten und 10 Zivilisten getötet worden seien.
Die Regierung Mozambiques behauptete dagegen, daß der Überfall einem Flüchtlingslager gegolten hätte, in dem 10.000 Flüchtlinge aus Rhodesien leben. Dafür sprechen die Erklärungen des Vertreters der UN-Flüchtlingshilfeorganisation (UNHCR) in Mozambique, Hugo Idoyaga, der dem Hauptquartier in Genf mitteilte, daß das Lager Flüchtlinge und keine Guerillas beherbergte. (Times of Zambia, 12.8. 76).
Ein Mitglied des niederländischen Angola-Komitees, Paul Staal, der im Auftrag einer Fernsehgesellschaft in Mozambique unterwegs war, hat das Lager am 14.8., fünf Tage nach dem Überfall, besucht. Augenzeugen erzählten ihm, die rhodesischen Truppen seien auf mehreren Fahrzeugen ins Lager hineingefahren, in Frelimo-Uniformen gekleidet und ein Frelimo-Lied singend. Ungefähr 8.000 Bewohner des Lagers kamen aus ihren Hütten um sie zu begrüßen. Daraufhin eröffneten die Angreifer das Feuer auf die unbewaffneten Lagerbewohner. Paul Staal gibt an, ungefähr 1.500 Verwundete, darunter Frauen und Kinder gesehen zu haben. (Zambia Daily Mail, 21.8.76). Am 24.8.76 bestritt der rhodesische Verteidigungsminister van der Byl vor dem Parlament in Salisbury, daß die rhodesischen Truppen Frauen und Kinder getötet hätten. Wenn welche getötet worden seien, sagte er, dann „mit größter Wahrscheinlichkeit" bei Gefechten zwischen rivalisierenden Guerillafraktionen. Er forderte eine Untersuchung durch eine UN-Kommission (Times, 25.8.76). Der UN-Hochkommissar für Flüchtlingsfragen, Sadruddin Aga Khan, hatte jedoch bereits am 22.8.

den Angriff der Siedlertruppen auf ein Flüchtlingslager als „schockierende und scheußliche" Greueltat bezeichnet. In einer Erklärung sagte er, es bestehe kein Zweifel, daß das Ziel des Angriffs eine Siedlung von Flüchtlingen aus Zimbabwe gewesen sei, die UN-Hilfe erhielten, und daß hunderte von ihnen getötet oder verwundet worden seien. Er versprach den Überlebenden des Massakers unverzügliche Hilfe (Daily News, Tanzania, 25.8.76).

SÜDAFRIKA

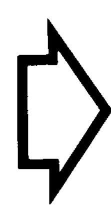
Beziehungen Israel – Südafrika
Das UN-Komitee gegen die Apartheid stellt fest, daß internationale Boykottmaßnahmen gegen Südafrika durch die Beziehungen der Rassisten zu Israel praktisch wirkungslos sind: Pretoria hat durch die enge Zusammenarbeit die Möglichkeit, sämtliche Handelsboykotte zu unterlaufen. Als Gegenleistung wird Israel mit südafrikanischen Rohstoffen versorgt. Im militärischen Bereich sichert die Kooperation beiden Staaten eine zusätzliche Quelle für ihre Versorgung mit Rüstungsmaterial und Know-How. (FR 11.9.76)
Obwohl beide Staaten militärisch von ihren westlichen Verbündeten hochgerüstet werden und der Boykott gegen Südafrika laufend gebrochen wird, sichern sich die Rassisten durch die Zusammenarbeit mit Israel längerfristig ab. Derzeit baut Israel im Hafen von Haifa mehrere Lenkwaffen-Schnellboote der Reschef-Klasse für Südafrika. (Stückzahl wird verschieden angegeben: International Herald Tribune 9.8. meldet 2, SZ 10.8. schreibt 4, die Herald Tribune vom 19.8. weiß von 2 – 6 Booten). Diese Schnellboote sind mit jeweils 7 Raketen des Typs Gabriel, einer israelischen Eigenkonstruktion, sowie 7,6 Zentimeter-Geschützen bestückt. Die 415-Tonnen-Boote sind voll hochseetauglich und haben eine Reichweite von rund 7.000 Kilometern. Preis je Schiff ohne Waffen: 6 Millionen Dollar, mit Waffen je 18 Millionen Dollar. 50 Techniker und Marinesoldaten aus Südafrika sind in der Umgebung von Tel Aviv bereits im Training, um diese Lenkwaffen-Schnellboote zukünftig bedienen zu können. Die Auslieferung wird für Januar 1977 erwartet. Als Gegenleistung liefert Südafrika Stahl und Kohle. Weitere Kanonenboote für die Rassisten sollen im Bau sein. (SZ 10.8. / International Herald Tribune 9.8. + 19.8. / Star Weekly 24.7.).
Unbestätigt ist bislang, ob das von Vorster während seines Israelaufenthaltes im April 1976 unterzeichnete Abkommen zwischen beiden Ländern auch die Lieferung von zwei Dutzend Kfir-Düsenjägern vorsieht. Vorster hatte bei seinem Aufenthalt neben Militärbasen auch die Isra Airkraft Industries besichtigt, bei der diese und andere Kampfflugzeuge sowie Raketen hergestellt werden (SZ 14.4.76 / International Herald Tribune 19.8.76) Die Gespräche zwischen Vorster und Israel-Premier Rabin und Außenminister Allon galten „gemeinsamen Schritten zur Ausdehnung des Handels, der Investitionen, der Schaffung gemeinsamer wissenschaftlicher Einrichtungen und möglichen Krediten zur gemeinsamen Nutzbarmachung der südafrikanischen Rohstoffe." (Int. Herald Tribune 19.8.). Konkretisiert wurde das Abkommen von Tel Aviv auf dem ersten gemeinsamen Industrieseminar, das im Juli 1976 in Südafrika begann. Nach dem Besuch des südafrikanischen Arbeits- und Bergbauministers Ende Juli in Israel wurde bekannt, daß eine jährliche Lieferung von 1 Million Tonnen Kohle an Israel erfolgen soll, das als Gegenleistung dazu elektronisches Material liefert. Der israelische Industrie- und Handelsminister reist wahrscheinlich noch im November 76 nach Südafrika. (Marches tropicaux 2.7.). Israelische Offiziere, die schon in Südafrika ‚weilen', bilden derzeit ihre südafrikanischen Kollegen in der Guerillabekämpfung aus (Star Weekly 24.7.76).

Militärische Zusammenarbeit Frankreich – Südafrika
Bislang deckt sich Südafrika überwiegend bei den imperialistischen Staaten USA, BRD, Italien und vor allem Frankreich mit Rüstungsmaterial ein. Obwohl Giscard d'Estaing bei seinem Besuch in Zaire 1975 ein teilweises Waffenembargo angekündigt hatte – es sollten keine Waffen für das Heer und die Luftwaffe geliefert werden – werden 45 Mirage F 1 an Südafrika ausgeliefert (Le Monde 21.8.). Schon 1971 hatte Frankreich 48 Maschinen dieses Typs an Südafrika verkauft (FR 2.6.). Zudem wurden jüngst 36 Kampfflugzeuge Mirage III, 15 Hubschrauber Super-Frelon, 9 Transall, 9 Erdkampfflugzeuge, 4 Transporter Nord 262, 50 Hubschrauber Alouette III, 24 Pumahubschrauber und ein Netz von Crotale-Luftabwehrraketen in die südafrikanische Luftwaffe aufgenommen. Auf seinen leichten Panzern hat Südafrika Milan-Panzerabwehrraketen installiert, ein französisch-deutsches Machwerk. Die südafrikanische Marine wird allerdings weiter offen von Frankreich ausgerüstet; für diesen Bereich war ein Embargo nicht vorgesehen. 2 Unterseeboote der neuen 1200 Tonnen Agosta-Klasse wurden als Begleitschiffe von Zerstörern verkauft. Sie sind mit Exocet-Raketen bestückt, die eine Reichweite von etwa 40 km haben. Liefertermin für die in Cherbourg gebauten U-Boote ist Ende 1977 bzw. September 1978. Seit 1971 sind bereits 3 französische U-Boote der Daphne-Klasse (Stückpreis 70 Millionen DM) in Betrieb. Damit ist Südafrika das einzige afrikanische Land, das über eigene U-Boote verfügt. (Daily Telegraph 30.6. / International Herald Tribune 31.7.). Frankreich wurde somit zum größten Waffenlieferanten Südafrikas, das umgekehrt der 3.größte Kunde Frankreichs in diesem Geschäft ist. (Le Monde 21.8.). Frankreich als 3.größter Waffenlieferant der Erde (mit jährlichen Waffenexporten in Höhe von etwa 11 Milliarden DM hat es einen Anteil von 6 % am gesamten exportierten Militärmaterial; SZ 11.9.) tritt in Südafrika allerdings verstärkt als Verkäufer von Lizenzen auf. So werden in der Nähe von Johannesburg Mirage F 1 von der Atlas Corporation (Lizenz von Dassault-Bregnet) hergestellt. Auch Hubschrauber werden bereits in Lizenz nachgebaut. Die Boykottankündigungen von Giscard d'Estaing gegenüber den Rassisten dient nur zur Augenwischerei, denn auch an das südafrikanische Heer und die Luftwaffe wird Rüstungsmaterial verkauft. Hinzu kommt, daß die wichtigsten Kriegswerkzeuge bereits in Südafrika nach französischer Lizenz gebaut werden. Der südafrikanische Kriegsminister Botha verkündete denn auch, daß sein Land heute in der Lage sei, fast alle Waffen für einen konventionellen Krieg in Eigenproduktion herzustellen (FAZ 15.9.).
Als Reaktion auf die französische Waffenhilfe an das Apartheidregime beschloß die Gipfelkonferenz der 85 blockfreien Staaten ein Ölembargo gegen Paris (SZ 21.8.).

Frankreich würde bereit sein, in den Indischen Ozean ein Geschwader auszusenden, das eventuell sogar mit Atomwaffen ausgestattet ist, wenn die Kap-Route bedroht wäre. Das schrieb am 10. Juli 1976 der Pariser Korrespondent der südafrikanischen Zeitung „Die Beeld". Diese Erklärungen sind – nach Aussagen des Korrespondenten – letzten März während einer Konferenz im Institut für strategische Studien vom früheren Marinekommandanten Albert Joire-Noulens gemacht worden und in der Zeitschrift der „Nationalen Verteidigung" veröffentlicht worden. Den Admiral zitierend, fügte der Korrespondent hinzu, daß dieses Geschwader ein Dutzend Boote, einen Flugzeugträger und eine gewisse Anzahl von konventionellen U-Booten umfassen würde. Es ist möglich, fügte er hinzu, daß Frankreich sogar wenigstens ein atombetriebenes U-Boot entsendet.
Marches Tropicaux 16.7.1976.



Folgen der Aufrüstung
Vor allem durch den Kauf von Kriegsgütern erreichte das südafrikanische Zahlungsbilanzdefizit im 2. Quartal 1976 eine Rekordhöhe von umgerechnet 1,67 Milliarden DM. Der Ankauf ausländischer Waffensysteme trieb die Importrechnung auf den bisherigen Höchststand von 5,7 Milliarden DM. Trotz eines Rekorderlöses beim Export südafrikanischer Rohstoffe und Produkte dürfte das Defizit bis zum Jahresende noch ansteigen. (SZ 30.8.) Der ‚Verteidigungs'haushalt ist 1976 um 40 % gegenüber dem Vorjahr erhöht worden.
Durch die sinkenden Goldpreise werden Devisen in Südafrika zudem knapp.



Zur »Unabhängigkeit« der Transkei

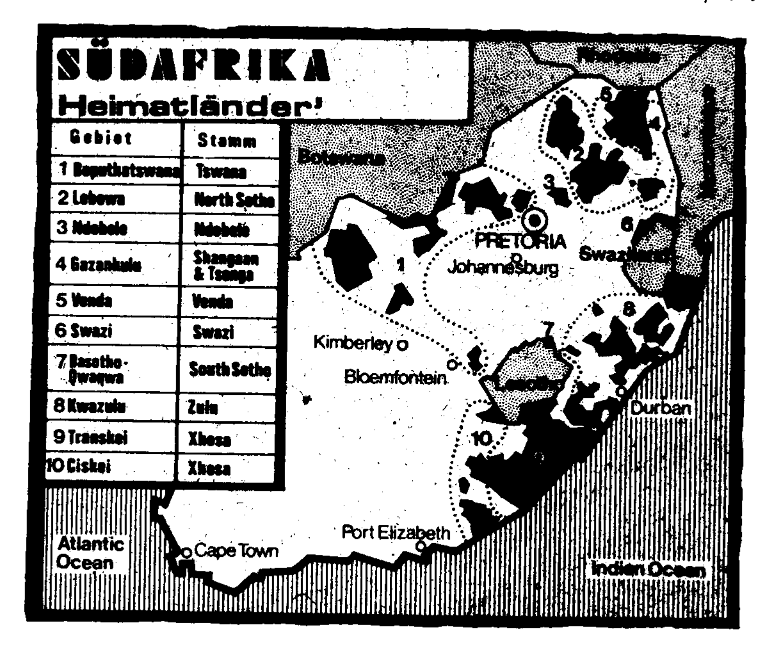
Aus einer Erklärung des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen, Genf, August 1976

Resolution zur Transkei

Die südafrikanische Regierung beabsichtigt, die Transkei am 26. Oktober 1976 für „unabhängig" zu erklären, die Transkei ist eines der ersten Bantustans, die für die „Unabhängigkeit" ausersehen sind. Dies wäre dann das „Heimatland" aller xhosasprechenden Afrikaner des Landes mit Ausnahme derjenigen, die dem Bantustan Ciskei zugerechnet werden. Die augenblickliche Bevölkerungszahl der Transkei von 1,7 Millionen würde damit theoretisch auf etwa drei Millionen anwachsen, wenn man alle Personen berücksichtigt, die verpflichtet sind, die transkeiische Staatsbürgerschaft anzunehmen.
Der Plan zur Schaffung einer „unabhängigen" Transkei (und neun anderen Bantustans, die einmal „unabhängig" werden sollen) steht und fällt mit dem Konzept der vermeintlichen rassisch bedingten „Stammesidentitäten" oder „nationalen" Identitäten. Auf diese Weise kann die afrikanische Bevölkerung selbst künstlich gespalten und können künstliche Barrieren zwischen ihr und den übrigen Südafrikanern errichtet werden. Die Wurzel dieses Plans ist die Apartheidsdoktrin. Die Bantustans dienen in Theorie und Praxis zur Konservierung der Apartheid, und ihre Anerkennung als „unabhängige" Gebilde würde den Weg für ein Südafrika ohne schwarze Bürger ebnen.
Die südafrikanische Regierung verlangt, daß mit der „Unabhängigkeit" alle transkeiischen Bürger, von denen viele in den südafrikanischen Städten geboren sind und die Transkei noch nie in ihrem Leben gesehen haben, auf ihre südafrikanische Staatsbürgerschaft verzichten und nur noch Staatsbürger der Transkei sind. So sind sie dann auch gezwungen, gegen ihre Willen und für alle Zeiten auf ihren Anteil an dem Teil ihres eigenen Landes zu verzichten, der der mit Abstand größte und – dank ihrer Hände Arbeit – reichste ist. Die politische Funktion der „unabhängigen" Transkei wäre es demnach, die erste der Enklaven zu sein, in der die Afrikaner im Prinzip ihre staatsbürgerlichen Rechte ausüben können, vorausgesetzt, sie verzichten auf ihre Geburtsrechte.
Ihre Unterentwicklung und Überbevölkerung bedeuten für die Transkei, daß sie auch weiterhin von dem gut ausgeklügelten System der Wanderarbeit abhängig sein wird, wenn das Elend ihrer Bevölkerung nicht noch größer werden soll. Diese Abhängigkeit fügt sich nahtlos in die Abhängigkeit der weißen südafrikanischen Wirtschaft von der großzügigen Versorgung mit billigen schwarzen Arbeitskräften ein. Die wirtschaftliche Funktion der „unabhängigen" Transkei wäre also, dem weißen Südafrika als Arbeitsreservoir zu dienen.

Die Xhosa-Bevölkerung hatte gehofft, daß sie uneingeschränkte politische Rechte in Südafrika genießen würde, und will ihre südafrikanische Staatsbürgerschaft nicht gegen die der Transkei eintauschen.
Die Bevölkerung der Transkei hatte bei der einseitigen Entscheidung des weißen Parlaments, Bantustans zu schaffen und deren Einwohner ihrer südafrikanischen Staatsbürgerschaft zu berauben, keinerlei Mitspracherecht.
Der Zentralausschuß des Ökumenischen Rates der Kirchen erinnert daran, daß der ÖRK wiederholt seine Ablehnung der Apartheid und des Rassismus zum Ausdruck gebracht und darauf hingewiesen hat, daß sie gegen grundlegende Menschenrechte verstoßen, er verurteilt daher das Täuschungsmanöver der südafrikanichen Regierung, die mit der Schaffung einer sogenannten „unabhängigen" Transkei, durch die die betroffenen drei Millionen Südafrikaner zu Fremden in ihrem eigenen Land gemacht werden, die Apartheid zu perpetuieren und zu konsolidieren sucht, verurteilt jede andere Politik, die die afrikanische Bevölkerung noch mehr isolieren und spalten würde, ruft die Mitgliedskirchen des ÖRK auf, die verhängnisvollen Konsequenzen der Bantustan-Politik aufzudecken und anzuprangern, fordert die Mitgliedskirchen auf, bei ihren jeweiligen Regierungen vorstellig zu werden und darauf zu drängen, daß sie sich gegen die Bantustan-Politik aussprechen und die Transkei nicht als unabhängigen Staat anerkennen und daß sie weder direkte noch indirekte diplomatische Handels- oder sonstige Beziehungen zur Transkei aufnehmen oder Geschäfte abwickeln, die eine implizite Anerkennung bedeuten könnten, und bringt seine Solidarität und Verbundenheit mit der xhosa-sprachigen Bevölkerung in ihrem Kampf um die legitimen Rechte aller Afrikaner in Südafrika zum Ausdruck.

Aus diesen zerstückelten Gebieten sollen 10 "unabhängige" Staaten geschaffen werden.



Im Morgengrauen kamen 150 Polizisten
Die südafrikanische Regierung hat damit begonnen, 45.000 Schwarze vom Stamm der Bakalobeng aus ihrem Gebiet etwa 200 Kilometer westlich von Johannesburg mit Gewalt zu vertreiben. Rund 150 Polizisten in Tarnanzügen, riegelten das Gebiet des Bakalobeng-Stammes am Mittwoch im Morgengrauen ab. 100 Lastwagen fuhren vor die Wohnungen des Häuptlings Kelly Molete und seiner Stammesangehörigen vor.
Dann wurden die Menschen, deren Stamm nach Aussage ihres Oberhauptes seit über 100 Jahren in diesem Gebiet lebt, in die Lastwagen verfrachtet und zwangsweise in das etwa 80 Kilometer entfernte Territorium Bophuthatswana transportiert. Dieses Territorium ist ein sogenanntes „Heimatland" nur für Schwarze. Die Vertreibung ist Bestandteil des Regierungsplans, „schwarze Flecken" aus den von Weißen bewohnten Gebieten zu entfernen.
Der Häuptling der Bakalobeng und seine Stammesangehörigen beklagten sich bitter über ihre Vertreibung. Das ihnen jetzt zugewiesene Land ist nach Aussage Moletes unbewohnbar und sumpfig. Bis sie ihre Behausungen dort wieder aufgebaut hätten, müßten sie in Wellblechhütten ohne Böden wohnen. Auch gebe es nicht genügend Weideland für ihr Vieh, und das vorhandene sei schlecht. Die Bakalobeng beklagten sich auch darüber, daß das nächste Krankenhaus 140 Kilometer entfernt sei, daß es keine Arbeit und keine Schulen für ihre Kinder gebe.
Häuptling Molete schätzt, daß sein Stamm Besitz im Wert von umgerechnet rund neun Millionen DM zurücklassen mußte. Die Entschädigung der Regierung liegt nach seinen Angaben weit unter diesem Betrag.

AP/Reuter 17.9.76

Zur Information über die Bantustan-Politik Südafrikas empfehlen wir folgende Veröffentlichungen von **Gottfried Wellmer:**

Südafrikas Bantustans – Geschichte, Theorie und Wirklichkeit. Issa wissenschaftliche Reihe 4, 1976, 180 S. 5,– DM
bei: Informationsstelle südliches afrika, Buschstraße 20, 5300 Bonn 1

Rezension von: Halbach, Axel J.: Die südafrikanischen Bantu-Homelands. In: blätter des iz3W, Nr. 56, Oktober 76, S. 37 – 41

„Homelands" – Unabhängigkeit von Südafrikas Gnaden. Arbeitsblatt des Evangelischen Pressedienstes Frankfurt/M. (Geeignet zur Verteilung bei Veranstaltungen, Kampagnen etc.).
Bei: Haus der Evangelischen Publizistik, Friedrichstraße 2-6, 6000 Frankfurt/M. 17.

Die „Homelands" Südafrikas. Vortrag bei der Jahresversammlung der Mitglieder der Anti-Apartheid-Bewegung vom 9.4.1976. Beilage zum „Gruppenrundbrief" des Organisationskomitees zur Unterstützung der Befreiungskämpfe im südlichen Afrika.

SÜDAFRIKA
AUFRUF ZUM STREIK
vom 1. bis 5. NOVEMBER 1976

Wir veröffentlichen hiermit einen aktuellen Streikaufruf, der sich an die schwarze Arbeiterschaft Südafrikas richtet. Dieser Aufruf wurde der Informationsstelle südliches Afrika (issa) zugeleitet. Aufgrund der vorherrschenden politischen Unterdrükkung in Südafrika werden die dort lebenden Autoren des Streikaufrufs nicht genannt.

* * * * * * *

Angesichts der Ereignisse der letzten drei Monate in unserem Land Südafrika, haben wir beschlossen, härtere Aktionen gegen das faschistische Vorster-Regime, das so viel Blut unserer unschuldigen Kinder vergossen hat, durchzuführen.
Während der Unruhen der letzten drei Monate in Soweto und in anderen Gebieten über das ganze Land hin hat die Polizei Hunderte von Schulkindern erschossen und getötet, Tausende verwundet und verstümmelt. Sie hält immer noch weit über 2000 in ihren Untersuchungsgefängnissen fest.
Einige Studenten und Führer der Schwarzen starben in Gefängniszellen aufgrund von Polizeifolter und anderer Gewaltanwendung. Viele schwarze Arbeiter verloren Lohn und Arbeitsstellen. Sie mußten als Opfer für die Wut und Rachsucht des weißen Mannes herhalten. Der Schrei des Volkes und seine Forderungen an John Vorster sind:

1) Schluß mit dem Polizei-Terror! Gebt dem schwarzen Volk die Freiheit, seine politischen Meinungen und Ziele frei und öffentlich zum Ausdruck zu bringen!
2) Freiheit für alle Studenten und schwarzen Führer, die gemäß den Gesetzen gegen den Terrorismus und für die interne Sicherheit in Haft gehalten werden!
3) Einberufung einer nationalen Versammlung aller Südafrikaner ungeachtet ihrer Rasse und Hautfarbe, um den Notstand zu diskutieren und ein zukünftiges Südafrika zu planen.

Statt diesen Ruf zu beachten haben John Vorster und Jimmy Kruger den Forderungen ein steinernes Sphinx-Gesicht zugewandt.
Der Rat der Studentenvertreter hat in Zusammenarbeit mit schwarzen Arbeitern und anderen schwarzen Organisationen beschlossen, zu einem fünftägigen Streik aufzurufen: er dauert von Montag, den 1. November bis Freitag, den 5. November 1976. Es soll ein nationaler Streik sein, der Namibia einschließt.

Wir appellieren an Euch und Eure Organisationen in der ganzen Welt: plant und führt Solidaritätsaktionen mit den leidenden unterdrückten schwarzen Arbeitern durch, in Sympathie mit den trauernden Eltern der ermordeten Studenten in Südafrika.
Tut Euer Bestes, um unseren dringenden Aufruf allen Arbeitskollegen und Brüdern im Kampf weiterzuleiten: sie sollen dann selbst entscheiden, in welcher Form sie Aktionen in dieser Woche durchführen werden, wenn das schwarze Volk Südafrikas über seine gefallenen Söhne und Töchter trauert.

NATIONALER STREIK – BLEIBT ZU HAUS!

1. Termin: Montag, den 1.11.76, bis Freitag, den 5.11.1976
2. Bedingungen:
   a. Alle Arbeiter bleiben fünf Tage zu Hause.
   b. Krankenschwestern und Ärzte sollen mit ihrer täglichen Arbeit fortfahren
   c. Schwarze Versorgungsläden (Lebensmittel-, Fleisch- und Mischläden) sollen von 8.00 Uhr morgens bis 12.00 Uhr Mittags geöffnet sein während des Streiks
   d. Kein Bier-Ausschank! Alle Bier-Stätten in den Vorstädten sollten geschlossen bleiben
   e. Boykottiert während der ganzen Woche Läden in weißem Besitz
   f. Eltern, Arbeiter und alle Schulkinder müssen in den Häusern bleiben.
   g. Arbeiter sollten ihr Bestes tun, um diesem Aufruf zu folgen, um Gewalttätigkeit und Blutvergießen zu vermeiden
   h. Die Barackenbewohner sollten in ihren Baracken bleiben: Hütet Euch vor den Agitatoren der Polizei. Laßt Euch nicht dazu aufhetzen gegen das eigene schwarze Volk zu kämpfen
   i. Kirchen und Familien sollten Gedenkgebete halten für die schwarzen Kinder, die im ganzen Land von der Polizei erschossen und getötet worden sind: Sonntag, den 30.10.76.
   k. Keinerlei Weihnachtseinkäufe. Keine Weihnachtsfeste. Keine Weihnachtskarten oder Dekorationen: Die Schwarzen trauern um ihre Toten.
3. Vorster & Kruger:
   a. Tretet zurück. Ihr habt Azania heruntergewirtschaftet. Ihr habt das Land unter die Herrschaft des Terrors und zum Verlust menschlichen Lebens gebracht.
   b. Freiheit für alle Gefangenen!

Die Reaktion der Unternehmer auf den Streik wird wie in den letzten drei begrenzten Streiks sein, daß die streikenden Arbeiter ihren Arbeitsplatz verlieren oder Lohnkürzungen hinnehmen müssen. Der schwarze Studentenrat und die schwarzen Gewerkschaften haben keine ausreichenden Geldmittel zur Unterstützung der Arbeiterfamilien zur Verfügung. Deshalb ist Solidarität notwendig.
Wir fordern alle Gruppen und die Leser der „blätter des iz3w" auf:

1. Leistet Aufklärungsarbeit über die Ziele des Generalstreiks und die Lage des schwarzen Proletariats.
2. Sammelt jetzt und in den nächsten Monaten Spenden, die an die Organisatoren des Generalstreiks vom 1. – 5. November 1976 und der zu erwartenden zukünftigen Streiks überwiesen werden.
3. Führt Veranstaltungen über den Kampf der schwarzen Arbeiter in Südafrika durch.

Spendengelder für die schwarze Streikkasse sollten überwiesen werden an: ISSA-Konto-Nr. Stadtsparkasse BONN Nr. 119 000 222 Stichwort Streikkasse.

Frauen in der Dritten Welt

VORBEMERKUNG

In der ganzen Welt ist die Frau benachteiligt und dem Manne untergeordnet. In der ganzen Welt

- *sind mehr Frauen als Männer Analphabeten*
- *sind Frauen weniger im Berufsleben und in der Politik vertreten als Männer*
- *werden Frauen schlechter bezahlt als Männer*
- *werden Frauen durch die Gesetzgebung diskriminiert*
- *werden Frauen durch Männer vergewaltigt, unterdrückt und mißachtet.*

Kurz: die Frauen sind Menschen zweiter Klasse.

Dies gilt owohl für die Industrie- als auch für die unterentwickelten Länder. In den meisten Industrieländern genießen die Frauen zwar die gleichen juristischen und politischen Rechte, aber nur auf dem Papier, und die Unterdrückung ist nicht verschwunden, sondern ist sublimierter geworden. In den unterentwickelten Ländern ist die Unterdrückung noch viel krasser und transparenter. Manchmal kommt sie dem westlichen Beobachter als Exotik einer fremden Kultur vor, die man nicht antasten sollte. Dabei wird natürlich „vergessen", daß – wie aus den folgenden Artikeln hervorgeht – die Unterprivilegierung der Frau in der 3. Welt vielfach durch Kolonialismus bzw. Neokolonialismus hervorgerufen bzw. verstärkt wurde.

Wir haben uns entschlossen, über die Situation der Frau in der Dritten Welt zu schreiben, da wir der Ansicht sind, daß diese Problematik in der Dritte-Welt-Diskussion völlig vernachlässigt worden ist. So wenig wie Industrieländer isoliert von den Entwicklungsländern betrachtet werden können, so wenig kann sich die Befreiung der Frau nur auf die reichen Industrieländer beziehen, denn die Unterdrückung der Frau ist international.

Wir wollen durch unsere Artikel nicht Mitleid mit den Frauen der Dritten Welt erwecken, sondern auf die Lage der Frauen aufmerksam machen, um Voraussetzungen für ihre Veränderung zu schaffen. Dabei geht es um zwei Aspekte:

– wenn von den Entwicklungsländern die Rede ist, so denkt man meistens nur an die eine Hälfte der Bevölkerung:

– an die Männer. Es ist sicher nicht wegzuleugnen, daß in den unterentwickelten Ländern die Männer schon lange über die Frauen geherrscht haben, aber diese Situation wird noch durch die westliche Ideologie, die die ganze Welt durchdringt, verstärkt. Ungeachtet der Frage, ob die sog. Entwicklungshilfe nützlich sei oder nicht, kann festgestellt werden, daß diese Hilfe hauptsächlich nur den Männern zugute kommt. Es wird wenig für die Frauen getan; es wird darüber kaum diskutiert. Das Jahr der Frau (1975), von der UNO lautstark proklamiert, hat gewiß dazu beigetragen, daß jetzt mehr über die Situation der Frau geredet und geschrieben wird. Das war das Positive. Aber auf der anderen Seite sammelten sich die Frauen der Bourgeoisie auf Frauenkonferenzen und sprachen rührend über die „noch-nicht-emanzipierten Schwestern." Im Allgemeinen wurde in diesen Diskussionen gesagt, daß die Frauen ihre Rechte verlangen sollen, und es wurde hingestellt, als ob es mit der formalen Gleichberechtigung getan sei. Es wurde behauptet, daß die Probleme der Frauen bloße Bildungsprobleme seien.

– Vielmehr geht es um die herrschende Ideologie und um die Einstellungen, die weltweit die Befreiung der Frau hindern. Die Frau kann sich unserer Ansicht nach befreien, wenn der Mann seine Einstellungen der Frau gegenüber ändert. Es geht hier um die Gesellschaft als Ganzes. Auch können wir wenig vom humanen und gerechten Leben und von der Emanzipation der Frau träumen, solnge es anderswo Unterdrückung und Ausbeutung gibt.



Die Artikelserie wurde von vier Frauen geschrieben und zusammengestellt. Wir haben absichtlich nicht versucht, die Ursprünge der Unterdrückung der Frau zu analysieren, da wir uns nicht in der Lage sahen, diesen Fragenkomplex zu behandeln, der eine langwierige Analyse erfordern würde. Wir erheben keineswegs einen Anspruch auf Vollständigkeit, und es war auch nicht unsere Absicht, in diesem Rahmen alle Themen zu behandeln. Die Themen haben wir so gewählt, die wir für die wichtigsten und interessantesten hielten. Einige wichtige Themen wie die Stellung der Frau im Islam – konnten wir mangels zuverlässiger Informationen nicht behandeln. Überhaupt muß festgestellt werden, daß es zu ganz allgemeinen Problemen der Frauen in den Entwicklungsländern sehr wenig Literatur gibt.

Durch unseren Beitrag hoffen wir, einen Einblick in die Problematik geben zu können, und einen Anstoß dafür zu geben, die Befreiung der Frau als wichtige Aufgabe antiimperialistischer Politik zu verstehen.

Die Artikel unseres Themenblocks setzen an verschiedenen Problemfeldern an: Das erste Oberthema beschreibt die Rolle der Frau im Produktionsprozeß, zunächst auf dem Land (in der Landwirtschaft), dann in der Stadt (in der industriellen Produktion). Das zweite Thema schildert Frauen in traditionellen Gesellschaften (Ehe, Familie, Sexualität). Danach folgt eine Auseinandersetzung mit den Bevölkerungsprogrammen verschiedener Staaten. Zuletzt wird die Rolle der Frau in revolutionären Staaten und Befreiungsbewegungen an Beispielen dargelegt und kritisch untersucht. *Red.*

FRAUEN IN DER PRODUKTION

Landwirtschaft und Markthandel

Generell wird die Landwirtschaft als männliche Domäne angesehen. Es sind angeblich nur Männer, die Bauern sind; die Frauen sind höchstens mithelfende Familienangehörige. Es ist daher wenig bekannt, daß Frauen in vielen Ländern sehr aktiv an den landwirtschaftlichen Arbeiten teilnehmen oder sogar selbständige Produzenten sind. Zwar sehen wir Bilder von Frauen in den Entwicklungsländern, die mit einem Kind auf dem Rücken hacken, aber es ist uns weniger bewußt, welche Rolle sie bei dieser Arbeit spielen. Dieser Aspekt ist in der Literatur über Landwirtschaft – bewußt oder unbewußt – fast völlig ignoriert worden. So erwähnt z.B. der Agrarsoziologe Rodolfo Stavenhagen in seiner soziologischen Studie über die Agrargesellschaften die Frauen mit keinem Wort.[1] Auch ist dieser Aspekt in der entwicklungspolitischen Diskussion und bei der Planung und Verwirklichung der sog. Entwicklungshilfe außer Acht gelassen worden. Dies hat gravierende Konsequenzen für die strukturelle Entwicklung in diesen Gesellschaften gehabt.[2]

In der folgenden Studie wollen wir die Rolle der weiblichen Landwirtschaft aufzeigen. Es geht vor allem darum zu zeigen, daß es so etwas wie weibliche Landwirtschaft überhaupt gibt. Darüber hinaus soll auch angedeutet werden, welche Auswirkungen die westliche Kultur und die Industrieländer mit ihren Hilfsprogrammen auf diese spezifische Produktionsweise gehabt haben.

Da es sehr wenige detaillierte Untersuchungen über diese Problematik gibt, stützt sich der Artikel auf die Studie der dänischen Agrarwissenschaftlerin Ester Boserup.[3]

Die Darstellung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, und die Hypothesen, die hier aufgestellt werden, sollen dazu dienen, sich weiter mit diesem Thema zu beschäftigen.

1. „Männliche" und „weibliche" Landwirtschaft

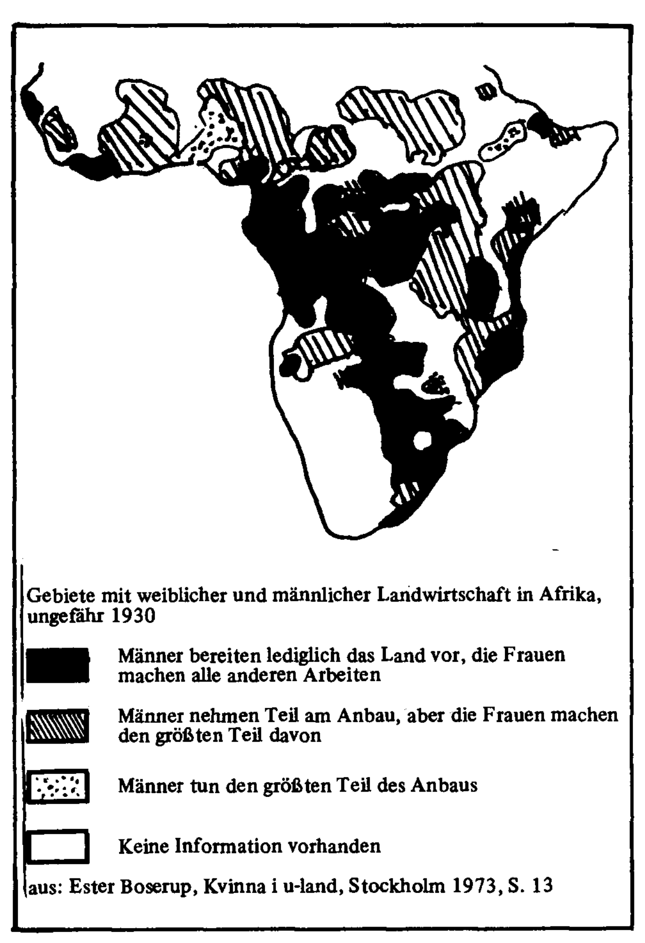
Die Landwirtschaft kann in zwei Kategorien eingeteilt werden nach dem Kriterium, von welchem Geschlecht die landwirtschaftliche Arbeit hauptsächlich betrieben wird: in männliche und weibliche Landwirtschaft. Es gibt Landwirtschaftstypen, wo ausschließlich Männer bzw. Frauen arbeiten, sowie auch Mischformen. Festzuhalten ist jedoch, daß die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung fest vorgeschrieben ist, d.h. in allen diesen Landwirtschaftstypen gibt es typische Männer- bzw. Frauenarbeiten.

Die weibliche oder Frauenlandwirtschaft ist vor allem in Afrika südlich der Sahara anzutreffen, insbesondere in West- und Zentralafrika. Sie findet sich aber auch bei einigen Indianergesellschaften sowie Abkömmlingen von Afrikanern in Lateinamerika und bei einigen Stämmen in Südostasien. Die Frauen übernehmen die meisten Arbeiten wie Hacken, Säen, Ernten sowie fast alle anderen anfallenden landwirtschaftlichen Tätigkeiten. Nur das Holzfällen ist Männerarbeit, und in einigen Gegenden beschränken sich die Männer darauf, ihre Frauen bei den Feldarbeiten zu überwachen! Männer nehmen ebenfalls nicht an den Arbeiten im Haushalt oder an der Kindererziehung teil.

Die weibliche Landwirtschaft ist charakteristisch durch Wechselwirtschaft, d.h. der Anbau wird nicht kontinuierlich auf demselben Landstück getätigt, sondern man wechselt nach einigen Anbauperioden, wenn der Boden seine Fruchtbarkeit verloren hat, auf ein neues Landstück über. Der Boden wird dabei in der Regel mit der Hacke bearbeitet.

Die männliche Landwirtschaft kommt in Asien und Nordafrika vor sowie teilweise auch südlich der Sahara. Charakteristisch ist hier die Pflugwirtschaft, ein dauerhafter Anbau auf demselben Landstück, und die Tatsache, daß Frauen fast gänzlich von der Landarbeit befreit sind. Sie sind allenfalls mithelfende, aber nie selbständige Landwirte wie in Zentral- und Westafrika. Auch sind die Frauen in diesen Gesellschaften verschleiert; eine Tatsache, die nach Boserup eng mit der Pflugkultur zusammenhängt und unbekannt ist in Gegenden, wo eine Wechselwirtschaft herrscht. Die Frauen leben hier von der Außenwelt isoliert. Wenn sie sich außerhalb des Hauses bewegen, dann nur verschleiert.

Die Funktion der Verschleierung besteht vor allem darin, die Frauen vor dem Kontakt mit fremden Männern zu bewahren.



Gebiete mit weiblicher und männlicher Landwirtschaft in Afrika, ungefähr 1930

aus: Ester Boserup, Kvinna i u-land, Stockholm 1973, S. 13

2. Zusammenhang zwischen Bevölkerungsdichte und Arbeitseinsatz

Die Vorbedingung für eine Wechselwirtschaft ist, daß genügend potentielles Anbauland vorhanden ist. Ist sie erfüllt, braucht man keine arbeitsintensiven Anbaumethoden zu entwickeln, um den Boden fruchtbar zu erhalten, sondern wenn der Boden unfruchtbar geworden ist wird neues Land gero-

det (oder bebaubares Brachland ist schon vorhanden). Dies ist wiederum möglich bei dünner Besiedlung, da der Boden hier noch keine knappe Ressource darstellt. Unter diesen Bedingungen ist der Arbeitseinsatz geringer als in Gegenden mit dichter Bevölkerungsdichte und dauerhaftem Anbau. Da die Bevölkerungsdichte in Afrika deutlich niedriger ist als in Asien, kann man den Boden in Afrika extensiv bewirtschaften. In Asien dagegen ist es wegen der Bevölkerungsdichte und wegen der daraus folgenden Konsequenzen – kleine Parzellen und eventuell nur gepachtetes Land (die natürlich auch mit der Sozialstruktur zusammenhängen) – notwendig, arbeitsintensive Anbaumethoden anzuwenden.
Auch die Tierhaltung und Ernährung unterscheiden sich in den beiden Kontinenten, und damit auch der Arbeitseinsatz. In Afrika hält man weniger Haustiere. Es wird kaum Milch getrunken,und Fleisch wird hauptsächlich durch die Jagd beschafft, oder es gibt große Viehherden, die wenig Arbeit beanspruchen. In Asien dagegen haben die Bauern sowohl Haus- als auch Lasttiere,die einen großen Teil des Arbeitseinsatzes erfordern. Daher ist der Arbeitseinsatz der asiatischen Männer in der Landwirtschaft in der Regel höher als der der afrikanischen Frauen. Das heißt jedoch nicht, daß die afrikanischen Fruen weniger Arbeit insgesamt hätten als die asiatischen Männer, sondern daß sie extensiver und eventuell auch unproduktiver arbeiten, (da sie weniger Technologie anwenden und im Haushalt arbeiten müssen) und daß hier die Männer auf Kosten der Frauen leben.
Vor allem muß betont werden, daß die Männer nicht an den Haushaltsarbeiten beteiligt sind und an der Kindererziehung teilnehmen, sondern dies auch noch den Frauen überlassen. Was wiederum die asiatischen und nordafrikanischen Frauen betrifft, so dürfen die Arbeiten im Haus (Wasserholen aus großer Entfernung, Kochen auf offenem Feuer, Wäsche am Fluß waschen usw.) und in der Familie unter den primitivsten, quasi subsistenzwirtschaftlichen Bedingungen sehr viel Zeit erfordern.

3. Der Zusammenhang zwischen Besitzsystem und Anbautyp

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß in Afrika südlich der Sahara eine Frauenlandwirtschaft und Wechselwirtschaft, in Asien und Nordafrika Männerlandwirtschaft und Pflugwirtschaft vorherrscht. Der Pflug wird in Gegenden benutzt, wo das Land im Privatbesitz und wo ein großer Teil der Bevölkerung landlos ist.
Es gibt also ein grundlegendes Kriterium für das Auftreten von männlicher und weiblicher Landwirtschaft; das Besitztum. Ist das Land knapp, so ist es in Privatbesitz und wird intensiv mit dem Pflug von ärmeren oder gar landlosen Lohnarbeitern bearbeitet, und die Frau hütet das Haus. Ist das Land reichlich vorhanden, dann kann es extensiv bewirtschaftet werden und es gibt niemanden, der sich als Lohnarbeiter verkaufen muß. Hier ist die Frauenlandwirtschaft vorherrschend, und der Boden ist Stammeseigentum, während in den Pflugwirtschaften der Privatbesitz das Vorhandensein einer Klassengesellschaft andeutet.

4. Änderungen in der Arbeitsteilung

In den letzten Jahrzehnten ist in Afrika ein langsamer Übergang von der Wechsel- zur Pflugwirtschaft zu beobachten gewesen. Inwieweit die Wechselwirtschaft noch heute verbreitet ist, ist nicht genau zu sagen. Gewöhnlich ist diese Transformation Folge der gestiegenen Bevölkerungsdichte, die es unmöglich macht, ein Anbausystem mit langen Brachperioden aufrechtzuerhalten.
Die Einführung des Pfluges bedeutet eine Verfestigung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung: die Männer übernehmen das Pflügen auch in Gegenden, wo Frauen sonst die meiste landwirtschaftliche Arbeit machen. Das Pflügen ist ein Vorrecht der Männer und mit Prestige verbunden, was sich wiederum negativ für die Frau auswirkt. Das zeigt ein Bericht aus Äthiopien: „. . . die Äthioperin (hilft) ihrer Mutter im Haushalt ehe sie zehn Jahre alt ist. Ist sie zwischen zehn und dreizehn Jahre alt, wird sie durch eine längst vorher beschlossene Heirat in ein Sklavendasein gestoßen. Sie holt Wasser und Holz, mahlt Korn, reinigt Haus und Kleidung, kocht, betreut die Kinder, folgt ihrem Ehemann aufs Feld und bringt es fertig, sechzig bis achtzig Prozent der Feldarbeit zu leisten. Doch da sie nicht den Pflug führt – ein streng beachtetes Vorrecht der Männer – gilt ihre Leistung nichts, und sei sie noch so groß. Manchmal scheint sie sich von einem Lasttier nur darin zu unterscheiden, daß sie das Weiterleben der menschlichen Rasse garantiert, denn sie bringt ja Kinder zur Welt. Doch in Äthiopien rechnet man ihr meist nicht einmal ihre Rolle als Mutter an." (aus: Forum der Vereinten Nationen, März 1976, S. 4).
Daß das Pflügen dem Mann zufällt, kann nicht damit gerechtfertigt werden, daß das Pflügen mehr Körperkraft erfordert als die Arbeiten, die die Frauen sonst verrichten. Es kann eher vermutet werden, daß hier schon Ansätze des Privateigentums vorhanden sind, und daß durch den Übergang zum Privateigentum die Frau aus der direkten Produktion immer mehr verdrängt wird. Außerdem kann angenommen werden, daß technische Erneuerungen auch in diesen Gesellschaften aus irgendwelchen Gründen den Männern übertragen werden. Pflügen bedeutet sicherlich Arbeitserleichterung und in gewissem Maße auch Produktionssteigerung, aber es bleibt weiterhin die Aufgabe der Frau anzubauen, während der Mann ihr lediglich den Boden dafür vorbereitet.
Bis jetzt haben wir die Landwirtschaft von der Arbeitsteilung her betrachtet. Im folgenden soll nun dargestellt werden, welche Funktion der Frau in diesen Gesellschaften zugeschrieben wird und wie diese Funktion die Familienform und die Stellung der Frau bedingt.

5. Ökonomische Indikatoren der Polygamie

Neben der monogamen Ehe ist die Polygamie („Vielweiberei") eine Familienform, die vor allem in den islamischen Ländern, aber auch in nicht-islamischen afrikanischen Gesellschaften vorkommt. Sie ist in Afrika üblicher als in Asien. Welches die genauen Unterscheidungsmerkmale für diese Gesellschaften sind, ist nicht definierbar. Clignet[4] führt an, daß dort, wo Wurzeln und Knollen angebaut werden sowie Baumzucht vorkommt, die Polygamie häufiger zu finden ist. (siehe hierzu den Teil II: „Frauen in traditionellen Gesellschaften", wo dieses Thema ausführlicher behandelt wird).
Die Tatsache, daß ein Mann mehrere Frauen hat (die Polyandrie, „Vielmännerei", ist heute wenig verbreitet) hat vor allem ökonomische Gründe, die eng mit der Rolle, welche der Frau in diesen Gesellschaften zugeschrieben wird, verbunden sind.

Erstens verfügt ein Mann mit mehreren Ehefrauen über mehr Land in den Gesellschaften, wo das Land Stammeseigentum ist und dementsprechend je nach Arbeitskraft beliebig bewirtschaftet werden kann. Das bedeutet, daß der Mann mit mehreren Ehefrauen seine Anbaufläche erweitern kann. Es gibt demzufolge einen direkten Zusammenhang zwischen der Größe der Anbaufläche und der Zahl der Ehefrauen. Eine Untersuchung aus der Bwamba-Region in Uganda zeigte, daß ein Mann mit nur einer Frau durchschnittlich 0,7 ha bebaute, während ein Mann mit zwei Frauen 1,2 ha oder fast doppelt so viel bewirtschaftete (E.H. Winter, Bwamba-Economy, in: East African Studies, Nr. 5, Kampala 1955, zitiert nach Boserup, S. 35). Mehrere Ehefrauen bedeuten

natürlich auch viele Kinder, die ebenfalls als Arbeitskraft eingesetzt werden. So können die Männer sich die Einstellung bezahlter Arbeitskräfte ersparen.
Auch in Gegenden, wo die Männer andere Alternativen zur Erweiterung des Anbaus oder zur Erleichterung der Arbeit – z.B. Ausnutzung von mehr bezahlter Arbeitskraft oder Einführung besserer Technologien und Arbeitsmethoden – haben, tendieren sie dahin, anstatt diese Möglichkeiten auszunutzen, neue Ehefrauen zu nehmen. Dieses hängt auch mit dem zweiten Grund zusammen, denn durch die Arbeitskraft mehrerer Frauen kann der Mann mehr Freizeit erlangen und sich der Arbeit entziehen.

6. Die Ausnutzung der Arbeitskraft der Frau
Gelegentlich wird die Arbeitskraft der Frau dazu benutzt, die Schulden der Familie bei einer anderen Familie zu tilgen. Die Frau leistet dort kostenlose Arbeit bzw. wird „verliehen". Hat die Familie der Braut Schulden bei der Familie des Bräutigams, werden diese Schulden vom Brautpreis abgezogen. Generell wird der Brautpreis so geregelt, daß in Gesellschaften, wo die Frau viel Landarbeit leistet, der Brautpreis von der Familie des Bräutigams bezahlt wird. Dort, wo die Frau weniger oder gar keine Landarbeit macht, muß ihre Familie ihr eine Mitgift geben.
Was das Ansehen der Frau betrifft, so kann nicht verallgemeinert werden, daß die Frau in den Gesellschaften, wo weibliche Landwirtschaft vorherrscht, unbedingt sehr geachtet sei. Es hängt vom Gesellschaftstypus und von den kulturellen Einwirkungen ab. Vorsichtig gesagt ist das Ansehen der Frau dort höher, wo sie durch ihre Arbeit auch ein gewisses Maß an ökonomischer Unabhängigkeit erlangt. Aber meistens wird sie als willkommene Arbeitskraft betrachtet, insbesondere in den polygamen Ehen. Wie noch später am Beispiel Ghanas zu zeigen versucht wird, bedeutet aber die landwirtschaftliche Arbeit der Frau nicht unbedingt, daß sie auch über Entscheidungsautonomie verfügt und daß sie unabhängig vom Mann ist.

Zusammenfassung

Versucht man die beiden Landwirtschaftstypen zu bewerten, so muß im Auge behalten werden, daß die Beurteilung anhand unserer westlichen Kriterien geschieht und daß man daher keine Objektivität beanspruchen kann. Die Stellung der Frau in der Pflugwirtschaft scheint uns sehr eingeschränkt zu sein, da sie wenig Anteil am Produktionsprozeß nimmt und dadurch (wiederum nach unserer Einschätzung) ihre Entfaltungsmöglichkeiten recht gering sind. In den Wechselwirtschaften nimmt die Frau dagegen aktiv an der Produktion teil und trägt oft sogar die Hauptlast. Hier hat sie ein gewisses Maß an Autonomie, was ihre eigenen Produkte betrifft, jedoch ist sie nicht unabhängig von ihrem Mann (siehe Teil II: Frauen in traditionellen Gesellschaften).
Doch scheint ihre Situation durch die Tatsache, daß sie nicht aus der direkten Produktion ausgeschlossen ist – ungeachtet dessen, wie dies aussehen mag – positiver für die Entfaltungsmöglichkeiten zu sein als totale Aussonderung.

Tabelle 1
Arbeitskraft in der Landwirtschaft nach Geschlecht und Status

Land	weibl. Familienarbeitskraft	männl. Familienarbeitskraft	Lohnarbeiter beiderlei Geschlechts
	in % der gesamten Arbeitskraft nach der letzten Volkszählung in der Landwirtschaft		
Afrika südl. der Sahara:			
Sierra Leone	42	57	1
Liberia	42	49	9
Ghana	36	55	9
Mauritius	2	13	85
Gegenden mit arabischem Einfluß:			
Sudan	9	78	13
Marokko	9	72	19
Algerien	37	40	23
Libyen	2	79	19
Südl. und östl. Asien:			
Indien	24	48	28
Thailand	50	47	3
Malaya	16	41	43
Taiwan	19	71	10
Lateinamerika			
Mexiko	2	44	54
Chile	2	29	69
Brasilien	8	67	25

entnommen aus: Tab. 3 in: Ester Boserup, Kvinna i u-land, S. 25 ff.
Anm.: Die Zahl der weiblichen Arbeitskräfte ist wahrscheinlich viel zu niedrig angegeben, da a) die Volkszählungen nur die Frauen angeben, die bezahlt sind, während die mithelfenden Frauen nur als Hausfrauen klassifiziert werden und b) die Frauen, die nur während der Hochsaison arbeiten, ebenfalls als Hausfrauen klassifiziert werden.
Anm.: Die Zahlen beziehen sich auf die letzten Volkszählungen der jeweiligen Länder oder auf Statistiken der UNO. Für die meisten Länder stammen die Daten aus dem Jahr 1960, für einige sind die Daten älter. (rsg)

Zusammenfassend lassen die beiden Landwirtschaftstypen sich folgendermaßen schematisieren:

Typ I	Typ II
– Wechselwirtschaft	– Pflugwirtschaft
– weibliche Landwirtschaft	– mehr männliche Landwirtschaft
– Polygamie verbreitet	– weniger Polygamie
– Brautpreis wird von der Familie des Mannes bezahlt	– Mitgift wird von der Familie der Frau bezahlt
– Männer versorgen kaum die Frauen	– der Mann versorgt Frau und Kinder
– die Bewegungsfreiheit der Frau ist bedeutend	– die Bewegungsfreiheit der Frau ist begrenzt
– gewisse ökonomische Unabhängigkeit der Frau	– die Frau ist ökonomisch vom Mann abhängig
geographische Verbreitung	
– Afrika südlich der Sahara teils in Südostasien und bei Nachkommen von Negersklaven und Indianerstämmen in Lateinamerika	– in arabischen, hindischen und chinesischen Kulturen
Ansehen der Frau	
– die Frau wird sowohl als Arbeiterin als auch als Mutter angesehen	– die Frau wird nur als Mutter betrachtet. Frauen ohne Kinder haben ein niedriges Ansehen.

7. Die Auswirkungen der europäischen Herrschaft und der westlichen Kultur

Als die europäischen Kolonialisten nach Afrika kamen, erhoben sie von der einheimischen Bevölkerung Steuern. Es war daher notwendig, die Männer in den Produktionsprozeß einzubeziehen, da die Besteuerung für die Haushalte pro Kopf berechnet wurde. Die Männer wurden entweder als freiwillige Arbeitskraft oder als Zwangsarbeiter in die exportorientierte Landwirtschaft oder in den Berg- und Straßenbau der europäischen Kolonialisten rekrutiert.[5] In Gebieten, wo Männer früher bei den landwirtschaftlichen Arbeiten mitgeholfen hatten, führte diese Entwicklung dazu, daß der Arbeitseinsatz der Frauen – wenn die Männer abwesend waren – sich erhöhte. So entstanden eine produktive Plantagenwirtschaft und andere Produktionszweige, während die traditionelle Subsistenzwirtschaft weiter bestand.

Wenn neue Produktionsmethoden eingeführt wurden – damals durch die Europäer und heute durch die sogenannte Entwicklungshilfe – so waren und sind es immer Männer, denen man diese neuen Methoden beibringt. Für die Europäer ist es unvorstellbar, daß auch in Gegenden, wo die Frauen die meiste landwirtschaftliche Arbeit erledigen, die Frauen diese Techniken erlernen sollen. Also geht man hierbei von den europäischen Rollenvorstellungen aus, wonach die Frau ins Heim und der Mann in die Produktionssphäre gehören. Diese Handhabung hat mehrere negative Konsequenzen für die Frauen gehabt.

a) Da nur den Männern die Anwendung neuer, produktiverer Anbaumethoden beigebracht wird, haben sie einen Wissensvorsprung vor den Frauen erreicht. Vor allem wurden die Männer im Anbau von Produkten, die für den cash crop (geldeinbringende Produkte) oder für den Export bestimmt waren, unterrichtet. So erzielen sie ein Geldeinkommen – und da gewohnheitsmäßig in den Gesellschaften, wo eine weibliche Landwirtschaft herrscht, von den Frauen erwartet wird, daß sie sich selbst und ihre Kinder versorgen, haben sich die Einkommen zwischen den Geschlechtern zuungunsten der Frau entwickelt. Durch das Geldeinkommen, das der Mann durch seine Produktion erzielt und das er nicht in den gemeinsamen Haushalt zu investieren braucht, ist er in der Lage, neue Investitionen in seinem Bereich zwecks Produktionssteigerung zu tätigen. So werden die Einkommensunterschiede zwischen den Geschlechtern weiter vergrößert.



b) für die Frauen hat diese Entwicklung die Konsequenz, daß ihre Stellung in der Landwirtschaftsproduktion abgeschwächt wird . Jetzt produzieren sie wie früher für den eigenen Konsum, aber sie sind nicht mehr die einzigen Produzenten, sondern müssen zusehen, wie der Mann unabhängig von der Familie für sich selbst produziert. Eventuell verlassen die Frauen resigniert die Landwirtschaft und ziehen sich in den Haushalt zurück, oder sie gehen in die Stadt und leben eventuell von der Prostitution. Das Prestige der Männer steigt, und das der Frauen sinkt. Es sind die Männer, die „modern" sind. Diese Entwicklung ist in allen Gesellschaften mit weiblicher Landwirtschaft zu beobachten. So hat z.B. in Papua-Neu Guinea, wo Männer nur 15 - 20 % der landwirtschaftlichen Arbeit geleistet haben, die Einführung moderner Landwirtschaftsmethoden den Status der Frau negativ beeinflußt. Die meiste Arbeit auf den früheren Kolonialplantagen wird von den Männern verrichtet. Während der Kolonialzeit waren die Frauen

völlig vom Wandel der landwirtschaftlichen Struktur ausgeschlossen, obwohl sie doch die eigentlichen Landwirte waren. (Forum der Vereinten Nationen, April 1976, S. 4).

c) In manchen Gegenden bedeutet die Volksschulausbildung (in der die europäischen Kultureinflüsse sehr stark sind), daß die technische und kulturelle Kluft zwischen Männern und Frauen größer wird: Jungen werden in die Schule geschickt, Mädchen nicht. Dies beruht auf den bekannten importierten Klischees von Rollenverteilung, daß die Jungen einmal die Ernährer der Familie sein sollen (obwohl dies nicht der Fall zu sein braucht) und die Mädchen sowieso heiraten. Durch die Tatsache, daß die Jungen eine Schulausbildung genossen haben, wird es leichter, ihnen auch neue Produktionsmethoden beizubringen. Subjektiv ist das natürlich einsichtig, aber gerade durch diese Maßnahmen wird das Aneignungspotential von Wissen der Frauen reduziert, was dann als eine naturgegebene geschlechtsspezifische Schwäche interpretiert wird.

d) Der Übergang vom traditionellen zum modernen Anbau hatte auch Auswirkungen auf das Landbesitzrecht. In den Gesellschaften, wo Nutzungsrecht üblich war, hatte jeder das Recht, Boden nach seinen eigenen Fähigkeiten anzubauen. Ist der Druck auf den Boden stark oder geht man aufgrund westlicher Einflüsse auf das Privateigentum über, so werden die Landbesitz- oder Landnutzungsrechte festgelegt. So kann es sein, wie in Kamerun, daß die Männer den Boden, die Frauen die Ernte besitzen. Solange es keinen Mangel an Boden gibt, ist das nicht gefährlich für die Frauen. Wird aber der Boden kanpp oder wird das Recht auf Verpachtung oder Verkauf eingeführt, wird das für die Frauen bedrohlich, da die Männer den Nutzen daraus ziehen würden, d.h. sie würden das Geld behalten.
Der Landbesitz ist in den verschiedenen Gesellschaften sehr unterschiedlich. Daher ist es auch unmöglich, Generalisierungen darüber zu machen, wie sich das Landbesitzrecht im allgemeinen entwickelt. Jedoch kann festgehalten werden, daß dort, wo Frauen traditionell weiter anbauen, während Männer durch ihren Anbau Geldeinkommen erzielen, die Männer auch in der Lage sind, Land zu kaufen (dies betrifft die Gesellschaften, wo das Land verkauft werden darf.) Das führt nach und nach dazu, daß die Männer das Land besitzen und daß die Frauen eventuell das Recht verlieren, ihre eigenen Produkte auf dem Landstück anzubauen. So werden sie allmählich mithelfende Familienangehörige für den Mann oder arbeiten als bezahlte Arbeitskraft für einen anderen.
Der Verlust der Frauen an Boden ist manchmal durch die Agrarreformen, die die europäischen Kolonialverwaltungen durchgeführt haben, verursacht. In den Ländern, wo Agrarreformen europäischen Typs durchgeführt wurden, wurden Frauen davon völlig ausgeschlossen. Wo die Frauen früher selbständige Produzenten gewesen waren, wurde nun das Land ihren Männern gegeben. So zum Beispiel im Bikita-Reservat im früheren Rhodesien oder in der Transkei. Im letzteren Falle versagten die Kolonialisten den Frauen das Recht auf ein eigenes Landstück (das ihnen nach dem „polygamen Recht" zustand, vgl. Teil II) und führten die Regel ‚ein Mann, ein Stück Land' ein. Die Frauen waren verpflichtet, auf dem Landstück des Mannes mitzuarbeiten. Nach dem Tod des Mannes verlor die Frau das Land an den männlichen Erben ihres Mannes. Ähnliche Beispiele gibt es auch aus Südostasien (Boserup. 57 f.). Als einzige Ausnahme gilt das ehemalige Belgisch-Kongo, wo die Belgier die Frauen im modernisierten Landwirtschaftssystem anerkannten (Boserup, S. 57). Als bezeichnend für europäische Einstellungen kann gelten: in vielen afrikanischen Gesellschaften besitzen die Frauen neben ihrem eigenen Land auch eigene Haustiere. Bei den Hausa- und Fulani-Stämmen in Nordnigeria können die Männer nicht ohne Erlaubnis der Frau über diese verfügen. Aber als die britische Verwaltung eine Zählung über den Viehbestand unternahm, wurde das Vieh der Frauen aus der Zählung ausgeschlossen, da man nur die Männer befragte. (Boserup, S. 57)

Die Frauen haben also einen wichtigen Beitrag zu der landwirtschaftlichen Produktion – zumindest in den afrikanischen Gesellschaften – geleistet. Aber durch den Übergang zu modernen Anbaumethoden und durch die westlichen Einflüsse werden die Frauen in immer größerem Maße als relativ selbständige Produzenten zurückgedrängt. Und wenn die Frauen diese relativ große ökonomische Unabhängigkeit vom Mann verlieren, sind ihre Selbstverwirklichungsmöglichkeiten noch geringer als sonst.
Im folgenden Exkurs soll am Beispiel Ghanas dargestellt werden, welche Rolle die Frauen in der Landwirtschaft und im Markthandel einnehmen, und wie sich diese im Laufe der Zeit entwickelt hat.

DIE LÄNDLICHE AUFGABE DER FRAU

In den meisten Entwicklungsländern tragen die Frauen einen wesentlichen Teil zum Naturaleinkommen des Landes bei, das in den offiziellen Statistiken über Volkseinkommen usw. gar nicht erfaßt wird. (In Ländern wie Obervolta und Niger beträgt übrigens das Naturaleinkommen zwei Drittel des gesamten Volkseinkommens, in Kenia etwa ein Viertel)[1]

Zu den wichtigsten Arbeiten von Frauen gehören die Herstellung von Kleidern, Schuhen, Schlafmatten, Tonwaren, Körben; das Sammeln von Brennmaterial; das Stampfen, Enthülsen und Mahlen von Körnern, das Schlachten von Tieren, aber auch Aufgaben wie Beerdigungen oder Haareschneiden, auch ansatzweise medizinische Betreuung.
In vielen Entwicklungsländern sind also Frauen nicht nur dominierend in der Produktion von Nahrungsmitteln für die Familie (vgl. Abschnitt über weibliche Landwirtschaft), sondern ihre Aufgabe ist auch das Vorbereiten und Herstellen von Mahlzeiten, die Beschaffung von Wasser und Brennstoff, das Sammeln von Früchten, aber auch Handwerk und Hausbau.
Durch mühsame Arbeitsverfahren wird für das Herstellen von Mahlzeiten ungeheuer viel Zeit benötigt. Durch den Gebrauch von Maschinen (z.B. Mühlen) wäre oft eine Erleichterung möglich – aber entweder opponieren die Männer dagegen, weil ihrer Ansicht nach die Frauen dann nicht mehr genug arbeiten, oder die Bevölkerungsdichte ist zu niedrig, als daß sich derartige Investitionen (z.B. auch Brunnen) lohnen würden.
So müssen Frauen oft viele Kilometer täglich allein für Wasser oder Brennstoff zurücklegen und brauchen dafür oft mehr Zeit als für ihre landwirtschaftliche Arbeit.

1) nach Schätzungen von Boserup, Ester: Woman's Role in Economic Development, London 1970, S. 160.

8. Exkurs: Die Bäuerin und Marktfrau in Ghana

Es gibt vier ethnische Hauptgruppen in Ghana: Ga, Akan, Ewe und Hausa, wobei die Akan-Gruppe die größte ist. Ga und Ewe sind patrilinear, die Akan teils matri- teils patrilinear, und die islamischen Hausa patrilinear.[6) 7)]

Hier wird die Akan-Gruppe dargestellt.

Die traditionelle Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern war folgende: der Mann rodete, die Frau pflanzte, säte, erntete, kümmerte sich um den Haushalt und die Kinder.

Die Frau bekam von der Familie des Mannes Land zur Bewirtschaftung und die Produkte von diesem Land kamen der Familie zu Gute. Produzierte sie einen Überschuß, konnte sie ihn verkaufen, aber das Geld mußte sie in den Haushalt investieren. Von dieser Produktion bekam der Mann einen Teil für sich und für die Bewirtung seiner Gäste. Wollte die Frau noch für sich selbst Produkte anbauen, so konnte sie von ihrer Familie ein Stück Land bekommen. Jedoch konnte sie nicht viel auf ihrem Landstück arbeiten, da das andere Landstück wichtiger war. Wenn sie Hilfe bei ihrer Produktion brauchte, so mußte sie ihren Bruder um Hilfe bitten und nicht ihren Mann, der nicht dafür zuständig war. Der Mann kontrollierte die Produktion der Frau, obwohl sie als Ernährerin der Familie galt. So war sie, ungeachtet der Tatsache, daß sie ökonomisch ziemlich unabhängig vom Mann war, keineswegs frei von der männlichen Bevormundung. Also kann hier nicht die These aufrechterhalten werden, daß die ökonomische Unabhängigkeit der Frau ihr auch automatisch mehr Entscheidungsautonomie gibt.

In welchem Maße diese Bräuche noch heute üblich sind, konnte mangels Untersuchungen nicht festgestellt werden. Sie dürften jedoch nicht ganz verschwunden sein.

Neben der weiblichen Landwirtschaft gab es auch Marktfrauen. Sie handelten mit Eßwaren und Handwerksprodukten, während die Männer mit wertvolleren Gegenständen wie Gold, Sklaven, Affen und Elfenbein Handel betrieben.[9]

Infolge gesellschaftlicher Änderungen (Abschaffung des Sklavenhandels, Einführung der Geldwirtschaft etc.) verschwanden viele dieser Waren aus dem Handel, oder die Männer suchten gleichzeitig Arbeit bei den Kolonialisten, so daß ihr Anteil am Markthandel drastisch zurückging. Heute wird der Markthandel bis zu 80 % von den Frauen betrieben und sie verkaufen neben Eß- und Handwerksprodukten auch importierte Waren. Die meisten handelnden Frauen sind hauptberuflich Händlerinnen und kaufen ihre Produkte direkt vom Produzenten oder durch einen Zwischenhändler ab. Nur wenige städtische Marktfrauen haben nebenbei noch ein Stück Land.

Die Marktfrauen haben eine ziemlich große ökonomische Macht. So können sie die Preisentwicklung und Versorgung zu ihren Gunsten manipulieren, indem sie die Waren horten oder aus dem Verkauf zurückziehen.

Gegenüber den Frauen auf dem Lande sind die Marktfrauen in der Stadt ökonomisch unabhängig.

Sie genießen eine große sexuelle Freiheit, und Prostitution ist eine normale Nebenbeschäftigung. Es kann angenommen werden, daß hier die Prostitution mehr zusätzlichen Nebenerwerb darstellt als eine ökonomische oder sonstige Abhängigkeit vom Mann. Ebenfalls ist der Ehebruch, hier „jollying" genannt, nicht selten.

Diese Frauen versorgen sich und ihre Kinder. Wenn sie Unterstützung von ihrem Mann bekommen, dann hauptsächlich für seine Mahlzeiten und eventuell noch etwas für die Kinder. Die Frauen wiederum geben ihren Männern kein Geld.[9]

Die starke Repräsentation der Frauen im Markthandel wird durch die neuere Entwicklung geschwächt. Der Einfluß des Kolonialismus und der westlichen Kultur beeinflußt diese Tendenz und führt zu einer Transformation im Handelssektor selbst. Der moderne Handelssektor wird von Männern übernommen (Warenhäuser etc.), und zwar ungeachtet der Tatsache, daß die Frauen den Markthandel betätigen. Zum Teil ist das darauf zurückzuführen, daß die Männer in der Regel mehr Schulausbildung genossen haben als die Frauen, die oft Analphabeten sind.

Die Tatsache, daß die Frauen auf dem Lande von den Männern kontrolliert werden, während die Marktfrauen in der Stadt ziemlich unabhängig vom Mann sind, kann nicht allein durch ökonomische Faktoren erklärt werden. Ebenso spielt die soziale Umwelt eine Rolle. Auf dem Lande kann der Mann und die Verwandtschaft die Frau kontrollieren, da die Familie eine Großfamilie ist. Dementsprechend ist die Bewegungsfreiheit der Frau sehr begrenzt. In der Stadt dagegen ist es fast unmöglich zu kontrollieren, wo sich die Frau im Laufe des Tages befindet. Außerdem arbeitet die Marktfrau hier nicht zusammen mit Verwandten, sondern mit fremden Frauen, die gar kein Interesse daran haben, die Tätigkeiten der anderen Frauen zu kontrollieren.

Im Laufe der „modernen" Entwicklung und des sozialen Wandels ändern sich die oben beschriebenen Muster. Der Anteil der weiblichen Produktion an der gesamten Agrarproduktion geht zurück, ebenfalls der Anteil der Marktfrauen. Vor allem ist ein Trend zur Abwanderung vom Land in die Stadt zu beobachten. Da aber nicht alle Frauen mehr Beschäftigung im Markthandel finden können, müssen sie neue Tätigkeitsbereiche finden.

In der Gesetzgebung Ghanas gibt es keine geschlechtsdiskriminierenden Bestimmungen, aber das Prinzip der Lohngleichheit für beide Geschlechter steht nur auf dem Papier. Ebenso gehen viel weniger Mädchen als Jungen in die Schule. Von Emanzipation und Gleichberechtigung ist man auch in Ghana noch weit entfernt.

rsg

Anmerkungen:

1) Rodolfo Stavenhagen, Las clases sociales en las sociedades agrarias, Mexico[7], 1975
2) Der Begriff „Gesellschaft" wird hier nicht auf konkrete Staatsformationen angewandt, sondern bezieht sich mehr auf ethnische oder Bevölkerungsgruppen, die sich durch besondere Merkmale von anderen Gruppen unterscheiden.
3) Ester Boserup, Women's Role in the Economic Development, London 1971; hier beziehen sich die Seitenangaben auf die schwedischsprachige Ausgabe desselben Buches: Kvinna i u-land, Stockholm 1973
4) R. Clignet, „Determinants of African Polygyny", in: Jack Goody (ed.), Kinship. Pinguin Books 1970, S. 166 f.
5) Helga Renate Seibel, Die Afrikanerin in Beruf und Familie, Freiburg 1969, S. 13.
6) Kika Møgard, „Ghana", in: Ellen Buch-Hansen (Hrsg.), Kvinder er den halve verden, Kopenhavn 1975, S. 124.
7) In den letzten Jahrzehnten hat sich der Wandel von Matri- zu Patrilinearität schnell vollzogen, und daher ist das Auftreten dieser Abstammungsformen nicht genau definierbar. Vgl. E. Osei-Kofi, The Family and Social Change in Ghana, hrsg. von den Soziol. Institut der Universität Göteborg, 1967
8) D. McCall, „Trade and the Role of Wife, in a Modern West African Town", in: A. Southall, Social Change in Modern Africa, London 1961, S. 286,
9) ebd., S. 287, 297

Sonstige Literatur zu diesem Thema:

Grohs, Gerhard, „Probleme der Frauenemanzipation in Westafrika", in: ders. Stufen afrikanischer Emanzipation, Stuttgart/Berlin 1967, S. 208-229

Southall, A., „The Position of Women and the Stability of Marriage", in: ders. Social Change in Modern Africa, London 1961, S. 46-65

Gomm, Robert, „Harlots and Bachelors: Marital Instability among the Costal Digo of Kenya", in: Man. The Journal of the Royal Anthropological Institute, Vol. 7, Nr. 1, 1972, S. 95-114

Greenstreet, Miranda, „Employment of Women in Ghana", in: International Labour Review, Vol. 103, Nr. 2, Febr. 1972, S. 117-130

Frauenarbeit in der Stadt

Susanne Habicht

Der folgende Artikel beschäftigt sich mit den Arbeitsmöglichkeiten und dem Status von Frauen in den Städten der Dritten Welt, d.h. im „modernen" Sektor (Industrie, Handel, Verkehr, Büros, Bildungswesen usw.) im Gegensatz zum „traditionellen" landwirtschaftlichen Bereich.
Untersuchungen zu diesem Thema haben ergeben, daß die Entwicklung der städtischen Berufsstruktur, was die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern angeht, in den Entwicklungsländern ähnlich verläuft wie in den Industrieländern. Die wichtigsten Charakteristika dieser Entwicklung weiblicher Berufstätigkeit in der Dritten W elt sollen im folgenden dargestellt werden. Eine nach Ländern differenzierte Analyse kann bei der Kürze dieses Abschnitts kaum geleistet werden, ebenso können Faktoren wie Religion, koloniale Vergangenheit usw. nur am Rande berücksichtigt werden.

I.

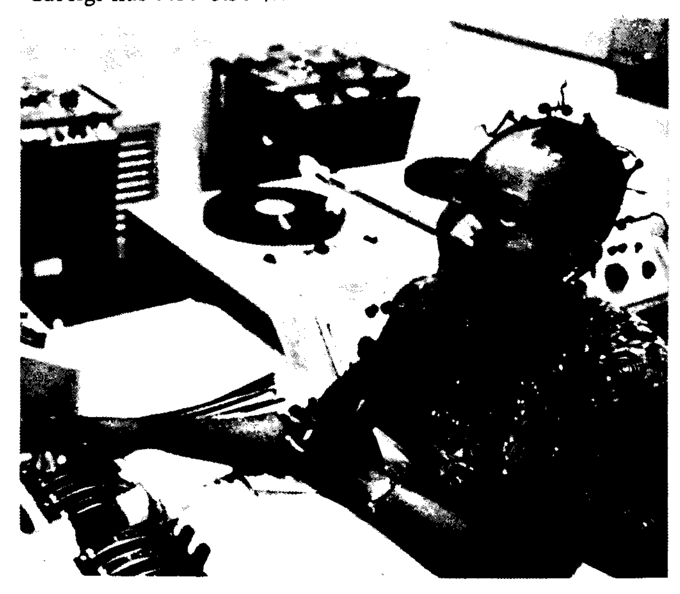
Mit der kapitalistischen Entwicklung eines Landes tritt erfahrungsgemäß eine Bevölkerungsbewegung vom Land in die Stadt, bzw. von landwirtschaftlicher zu nicht-landwirtschaftlicher Arbeit auf, wodurch sich die Tätigkeit von Frauen meist grundlegend wandelt. Waren die Frauen auf dem Land mit Arbeit sehr belastet, so ist der moderne Sektor in den Entwicklungsländern meist noch zu klein, um allen in die Stadt strömenden Menschen eine Beschäftigung bieten zu können. Die Folgen sind hohe Arbeitslosigkeit unter Frauen, Konzentration in traditionell „weiblichen" Berufen wie Dienstleistungen und Prostitution.
Falls sich die ganze Familie in der Stadt ansiedelt, hat das entscheidende Konsequenzen: die Möglichkeit, etwas Subsistenzwirtschaft zu betreiben, entfällt; sämtliche Nahrungsmittel müssen gekauft werden; die Frauen sind gezwungen – falls die Familie nicht verarmen soll – zum Geldeinkommen der Familie beizutragen. Für die Art der Arbeit, die sie in der Stadt ausüben können, sind dabei mehrere Faktoren ausschlaggebend:[1]

1. Ausbildung
2. Art der vorherigen Tätigkeit
3. Traditionen und importierte kulturelle Verhaltensweisen
4. Hierarchie von Rasse und Geschlecht

1. Ausbildung (hier verstanden als weiterführende Ausbildung)
In fast allen Entwicklungsländern scheint der Ausbildungsstand der Frauen nicht nur von der allgemeinen ökonomischen Entwicklung des Landes, sondern vor allem von allgemeinen kulturellen Einstellungen abhängig zu sein.[2]
In Lateinamerika, den Philippinen und Hongkong z.B. beträgt der Frauenanteil an höheren Schulen, Fachschulen usw. generell 45 bis 50 %, völlig unabhängig vom unterschiedlichen ökonomischen Entwicklungsstand dieser Länder. Hier scheint der bedeutsamere Faktor eher der große politische und kulturelle Einfluß der USA zu sein.[3]
Dagegen stellen z.B. in Indien und den arabischen Ländern Frauen zwischen 20 und 24 Jahren höchstens 10 % der in Ausbildung Befindlichen. Hier scheinen die Vorbehalte gegen eine Ausbildung von Frauen also recht groß.[4]
In Afrika gibt es erst in jüngerer Zeit bessere Ausbildungsmöglichkeiten für Frauen, die auf den Missionarschulen bisher allenfalls auf häusliche Tätigkeiten vorbereitet wurden. In einigen Ländern, wo schon länger bessere Ausbildungsmöglichkeiten bestanden, war der Frauenanteil an höheren Schulen allerdings recht hoch (Ghana 1960: 25 %; Südafrika 1960: 40 % aller Bantu-Studenten).[5]

2. Art der vorherigen Tätigkeit
Für eine Beschäftigung von Frauen im industriellen Bereich ist oft entscheidend, ob die Frauen auf dem Land schon im Handel- oder Dienstleistungsbereich gearbeitet haben (= Zwischenstufe zwischen Landwirtschaft und „modernem" Sektor). Frauen, die nur in der Landwirtschaft im allgemeinen tätig waren, haben schlechte Chancen, eingestellt zu werden. Sie finden allenfalls Arbeit als Hausangestellte oder Prostituierte.
Frauen dagegen, die schon auf dem Land im Kleinhandel oder im ländlichen Dienstleistungssektor gearbeitet haben, finden in der Stadt leichter einen „modernen" Job, sei es in der Industrie oder im Handel. (Auf die Chancen von Frauen mit einer höheren Ausbildung – siehe 1. –, eine adäquate Arbeit zu finden, werden wir weiter unten eingehen).

3. Traditionen und importierte kulturelle Verhaltensweisen
Einen großen Einfluß auf die Arbeitsmöglichkeiten von Frauen haben traditionelle und religiöse Einstellungen. In arabischen oder Hindukulturen z.B. sind Frauen völlig ausgeschlossen von der männlichen Gesellschaft und auf häusliche und familiäre Angelegenheiten beschränkt. Ihr Anteil an den im modernen Sektor Beschäftigten liegt demzufolge nur bei 3 bis 9 %.



Aber auch die Kolonisation und der Import westlichen Gedankenguts spielen hier eine wichtige Rolle. So konnten z.B. die seit jeher sehr aktiven indonesischen Frauen nicht allein durch die Annahme der islamischen Religion, sondern erst durch britischen und holländischen Einfluß in häusliche Grenzen verwiesen werden, während auf den Philippinen (mit dem gleichen kulturellen Hintergrund wie in Indonesien) der „frauenfeindliche" spanische Einfluß durch die amerikanische Förderung weiblicher Berufstätigkeit[7] aufgehoben wurde, so daß es auf den Philippinen heute sehr viel mehr Frauen als in Indonesien gibt, die in modernen Berufen arbeiten (insgesamt 30 % der in diesem Sektor Beschäftigten; in Malaysia sind es nur 12 %).[7a]
In Lateinamerika lassen sich analoge Unterschiede erkennen: in den mittelamerikanischen Staaten unter direktem

US-Einfluß ist der Frauenanteil weit höher als im ökonomisch weiter entwickelten Südamerika, wo der spanische „machismo" (siehe Kasten) bisher noch seine Blüten treibt.

DER MACHISMO

Der Machismo, der übertriebene Männlichkeitskult, ist in ganz Lateinamerika verbreitet. In der Ideologie des Machismo gibt es drei Kategorien von Frauen: die Mutter, die Jungfrau und die Hure. Die Mutter wird geehrt, aber nicht wegen ihrer Persönlichkeit, sondern wegen ihrer Funktion, die sie als Reproduzentin des menschlichen Lebens hat. Von der Frau, die man heiratet, wird erwartet, daß sie Jungfrau ist. An den Mann werden keine derartigen Anforderungen gestellt. Die sexuellen Erfahrungen vor und außerhalb der Ehe werden mit anderen Frauen erlebt, die man als Huren abstempelt. Es gilt als Ehrensache für den Mann, möglichst viele Mädchen zu entjungfern oder Liebhaberinnen außerhalb der Ehe zu haben. Diese Doppelmoral erwartet von der Frau allgemein, daß sie keusch, rein, geduldig und vor allem dem Manne untertan sei.
Es ist der Mann, der Rechte hat. Die Frau dagegen hat nur Pflichten. Beansprucht sie Rechte für sich, so wird sie geschlagen, verpönt, verspottet, als Hure bezeichnet. Der Machismo sieht die Frau bloß als sexuelles Objekt (und natürlich als Arbeitskraft), das dem Mann dient und gehorcht. In diese Ideologie passen Kategorien wie Partnerschaft und Gleichberechtigung nicht hinein. Die Männer unterhalten freundschaftliche Beziehungen nur untereinander, zu den Frauen jedoch nur Liebes- oder verwandtschaftliche Verhältnisse. In der traditionellen lateinamerikanischen Literatur wird die Freundschaft unter Männern idealisiert, während die Freundschaft zwischen Mann und Frau als abwegig dargestellt wird.
Wir können annehmen, daß der Machismo – als eine spezifische kulturelle Form der Frauenunterdrückung – eng mit dem Katholizismus zusammenhängt und daraus auch seine Legitimation holt. Wird doch hier die Jungfrau Maria als Mutter Gottes sehr geehrt, während die Betonung der Jungfräulichkeit und der der Jungfrau Maria zugeschriebenen Eigenschaften in anderen Religionen nicht so ausgeprägt ist.

4. Hierarchie von Rasse und Geschlecht
In gemischt-rassigen Gesellschaften wie z.B. in Ostafrika läßt sich eine gesellschaftliche Arbeitsteilung nicht nur nach Geschlcht, sondern auch nach Rasse feststellen: männliche Europäer stehen, was Qualifikation der Arbeit und Einkommen angeht, an der Spitze der Pyramide, einheimische Frauen ganz unten; in der Mitte Männer aus einer dritten Gruppe (z.B. Chinesen, Mischlinge), die oft Aufsichtsfunktionen übernehmen, aber auch im Bürosektor stark vertreten sind, und europäische Frauen. So differenziert diese Hierarchie im einzelnen auch sein mag: es sind immer Frauen, die die niedriger entlohnten und mit geringerem Prestige bewerteten Arbeiten machen; der Widerstand gegen Frauenarbeit scheint im allgemeinen den Rassismus der Arbeitgeber zu überwiegen. (d.h. asiatische Männer haben es im allgemeinen leichter als weiße Frauen, einen Job zu finden).

II.
Die Darstellung der Bestimmungsgründe weiblicher Berufstätigkeit in Entwicklungsländern hat schon einigen Aufschluß über die tatsächliche Repräsentanz von Frauen im modernen Sektor sowie ihren Status gegeben. Es bleibt, diese Fakten noch ausführlicher zu beschreiben und die Gemeinsamkeiten mit der Rolle von Frauen in den Industrieländern herauszuarbeiten.

1. Konzentration in Berufen, die keine oder nur wenige Fachkenntnisse voraussetzen
In den Städten Lateinamerikas arbeitet ein Großteil der Frauen als Hausangestellte, in Asien im Baugewerbe, in Afrika im Kleinhandel. Daneben arbeiten sehr viele Frauen als ungelernte Arbeiterinnen in der Fabrik, so niedrig bezahlt, daß sie dem Familieneinkommen kaum etwas hinzufügen können.[8] Auch in den Entwicklungsländern werden Frauen nur selten zu Facharbeiterinnen ausgebildet. Bei den ungelernten Arbeitern ist der Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen zwar recht gering, umso größer aber ist das Lohngefälle zwischen gelernten Arbeitern (meist nur Männer) und ungelernten Arbeitern (Männer und vor allem Frauen).

2. Ökonomische Notwendigkeit der Berufstätigkeit
Wie in den Industrieländern arbeiten auch in den Entwicklungsländern die meisten Frauen im industriellen Sektor, weil sie es *müssen*, weil der Wechsel vom Land in die Stadt die Versorgung mit Lebensmitteln schwieriger und teurer macht (siehe oben). Diese These läßt sich schon dadurch belegen, daß Frauen auch mit mehreren Kindern noch weiterarbeiten und die Hausarbeit den Kindern überlassen. Nur in sehr wenigen Ländern variiert der Frauenanteil unter den Arbeitern in den verschiedenen Altersgruppen, ansonsten bleibt er gleich, egal, ob die Frauen verheiratet sind oder nicht.[9] Die Frauen sind offenbar so sehr auf ihren „Zusatz"-verdienst angewiesen, daß sie weder durch dessen Geringfügigkeit noch durch eine hohe Kinderzahl vom Arbeiten abgehalten werden – für einen Unternehmer optimale Bedingungen. (Vgl. Leichtlohngruppen in der BRD!)

Vergewaltigung bei der Arbeit als Unfall anerkannt

Jerusalem (dpa)
Israels Sozialversicherung hat zu Recht mehrere Vergewaltigungsfälle als Arbeitsunfälle anerkannt und den betroffenen Frauen „Unfallgeld" bezahlt. Dies ist das Ergebnis einer juristischen Prüfung des Sozialversicherungsamtes, bei der festgestellt werden sollte, ob diese Zahlungen gesetzmäßig waren. Wie es in dem Untersuchungsbericht heißt, hat die Sozialversicherung während der vergangenen fünf Jahre insgesamt 90 Frauen wegen „Vergewaltigung während der Arbeit" entschädigt und als „Opfer von Arbeitsunfällen" anerkannt.

3. Dienstleistungsberufe
Ähnlich wie in den Industrieländern läßt sich auch in der Dritten Welt eine besonders starke Konzentration von Frauen in Dienstleistungs- oder traditionell „weiblichen" Berufen feststellen. Dies sei am Beispiel der Frauen mit einer höheren Ausbildung gezeigt. In Entwicklungsländern arbeiten Leute mit höherer Ausbildung meist in der Verwaltung oder in den „professions" (Ärzte, Lehrer, Techniker usw.). Die Verwaltung stellt dabei ein männliches Monopol dar: selbst in Ländern mit gleich hohem Männer- und Frauenanteil unter den Studenten stellen Frauen nur etwa 10% des Verwaltungspersonals (und gelangen selbstverständlich nicht in die höhere Laufbahn).



In den „professions" dagegen entspricht der Frauenanteil etwa ihrem Anteil während der Ausbildung, allerdings arbeiten hier die meisten Frauen als Lehrerin oder Krankenschwester, was immer noch die beiden am meisten anerkannten Frauenberufe in der Dritten Welt sind. Besonders in Ländern, wo die Frauen getrennt von den Männern leben, besteht ein großer Bedarf an weiblichem medizinischen und Lehrpersonal; gerade in arabischen Ländern ist deshalb der Frauenanteil in den „professions" recht hoch (zwischen 15 und 30 %, ihrem Anteil an der Ausbildung entsprechend), und oft spielen Frauen im Erziehungswesen eine durchaus wichtige Rolle.
Was die Büroberufe angeht, so ist der Frauenanteil dort recht gering (meist weniger als 10 %): die Jobs sind knapp und die männliche Konkurrenz ist groß.[10] Mit der ökonomischen Entwicklung nehmen aber die Chancen von Frauen zu, einen Beruf im Büro zu finden. Die Anziehungskraft der Büroberufe läßt sich – wiederum ähnlich wie in Industrieländern – hauptsächlich dadurch erklären, daß keine lange Ausbildung erforderlich und außerdem Teilzeitarbeit möglich ist (wichtig für Mütter).
Um die Chancen für Frauen mit einer höheren Ausbildung, eine adäquate Beschäftigung zu finden, noch einmal zusammenzufassen:
Der in vielen Entwicklungsländern auftretende Mangel an qualifiziertem Personal könnte an sich für Frauen große Chancen bedeuten, in bisher „männliche" Berufe einzudringen. Tatsächlich finden aber die meisten Frauen und Mädchen ohne große Schwierigkeiten nur eine Stelle als Krankenschwester oder Lehrerin (auch ohne langwierige Ausbildung).
Vor allem aber steht dem relativ geringen Angebot an „modernen" Jobs ein ungleich viel höheres Angebot an (meist männlicher) Arbeitskraft gegenüber. Männer mit einer höheren Ausbildung haben den Anspruch, dann auch eine privilegierte Stellung zu bekommen; schon aus diesem Grund sehen sie eine höhere Ausbildung von Frauen oft als unlautere Konkurrenz an. Die meisten Frauen haben also große Schwierigkeiten, eine adäquate Arbeit zu finden. Werden sie tatsächlich im modernen Sektor beschäftigt, so allgemein nur in untergeordneten und geringer entlohnten Positionen, was ja auch aus den Industrieländern hinreichend bekannt ist.

Anmerkungen:

1) nach Ester Boserup: Woman's Role in Economic Development, London 1970
2) a.a.O., S. 120
3) ebenda. Die Behauptung, die USA würden die Ausbildung und Berufstätigkeit von Frauen explizit fördern, wird von Boserup nicht weiter kommentiert. Wir würden es begrüßen, wenn durch diese Politik der USA Frauen in der Dritten Welt tatsächlich die Möglichkeit erhalten hätten, sich von ihren Männern und Familien unabhängiger zu machen. In den meisten Fällen scheint das Ziel aber nicht Begünstigung von Unabhängigkeitsstreben, sondern die Bereitstellung billiger Arbeitskräfte gewesen zu sein, auf die die USA bei ihren ausländischen Unternehmen besonders angewiesen sind. (Bsp. Leichtindustrie in Hongkong) Daß dies natürlich unter dem Banner des „Fortschritts" und der „Gleichberechtigung" geschehen mußte, scheint einleuchtend.
4) Boserup, a.a.O., S. 120
5) a.a.O., S. 122
6) a.a.O., S. 180
7) vgl. Anmerkung 3
7a) Boserup, a.a.O., S. 180
8) Dies ist der Tenor von Untersuchungen der ILO (in diesem Fall: Chancengleichheit und Gleichbehandlung der berufstätigen Frau, Genf 1975) und von Boserup. Genauere Zahlenangaben finden sich allerdings nur bei Boserup im Anhang, jedoch bezogen auf spezielle Länder, so daß wir sie hier im einzelnen nicht nennen wollen.
9) Boserup, a.a.O., S. 145
10) Detaillierte Angaben über den Anteil der Männer an den Büroberufen und über die Art der von Männern ausgeübten Tätigkeiten waren nicht aufzufinden; wiedergegeben ist also nur eine Tendenz.

Weniger für „Sie"

Bau- und Straßenarbeiten in Indien sind fast reine Frauenberufe. Grund: Sie erhalten dafür zwei Rupien pro Tag; sechzig Pfennig. Männer bekommen das Doppelte. Nur langsam finden Frauen in Asien, Afrika und Lateinamerika Zugang in Lehr- und Pflegeberufe, in den öffentlichen Dienst, arbeiten als Bürosekretärin, Sozialarbeiterin, Rundfunktechnikerin oder gar als Ärztin und Anwältin. Eine hauchdünne Minderheit. Die meisten Frauen sind glücklich, wenn sie überhaupt Arbeit finden, selbst wenn sie das ihre Gesundheit kostet.

FRAUEN IN TRADITIONALEN GESELLSCHAFTEN

Ehe, Familie und Sexualität in Afrika

Julia Ballot

Es gibt kaum einen Winkel der Erde, der noch nicht in das kapitalistische Marktsystem einbezogen ist. Der Kontakt mit dem Kapitalismus bedeutet für die Völker der Dritten Welt nicht nur eine Umstellung ihrer herkömmlichen Produktionsweisen, sondern bringt auch eine langsame Umwälzung der traditionellen Beziehungen der Menschen untereinander und vor allem der Geschlechter zueinander mit sich. Obwohl ein Eindringen des Kapitalismus überall festzustellen ist, sind die zwischengeschlechtlichen Beziehungen in Ländern der Dritten Welt noch weitgehend von traditionellen Rollenvorstellungen geprägt. Wir halten es deshalb für nötig, die traditionelle Stellung der Frau vor allem in der Ehe und in der Familie darzulegen, um feststellen zu können, welche Auswirkungen die neuen Entwicklungen auf die Lage der Frau in diesen Ländern haben. Dabei sind Sitten berücksichtigt worden, die Europäern oft unverständlich, repressiv oder exotisch vorkommen.

Eine verallgemeinernde Zusammenfassung von Frauen verschiedener Kulturen, Produktionsweisen und politischer Organisationsformen unter dem Begriff „traditional" ist kaum zulässig. Ich beschränke mich daher auf Afrika südlich der Sahara. Auch dieses Gebiet weist zwar eine Vielfalt verschiedener Kulturen auf, die Stellung der Frau in diesen Gesellschaften läßt jedoch eine gewisse Verallgemeinerung zu.

I. Formen der Ehe und Familie

1. Definition der Ehe in Afrika

Für den Europäer läßt sich die Ehe als „eine Verbindung zwischen einem Mann und einer Frau zwecks Legitimierung ihrer Kinder"[1] definieren. Die Verhältnisse in Afrika lassen eine solche einheitliche Definition nicht zu. Zum einen ist die Legitimation von Kindern kein soziales Problem wie in Europa; Auch in den Gesellschaften Afrikas nicht, wo vorehelicher Geschlechtsverkehr verpönt ist. Kinder gehören nicht zu einem Ehepaar, sondern zu einer Gruppe (die Abstammungs- oder Deszendenzgruppe). Die Zugehörigkeit zur Abstammungsgruppe wird durch einen Elternteil bestimmt, entweder durch den Vater (= patrilineare Abstammung) oder durch die Mutter (= matrilineare Abstammung). In einer Gesellschaft, wo das patrilineare Prinzip herrscht, gehört ein uneheliches Kind zur Gruppe der Mutter, d.h. zu ihrer „Patrilineage". Es kommt auch vor, daß ein Vater seine Tochter zuerst durch Liebhaber gezeugte Kinder für seine Gruppe gebären läßt, bevor die Tochter heiratet.

Das Vorkommen von „Frauenehen" in Afrika widerlegt die Vorstellung, daß Ehe eine Verbindung nur zwischen einem Mann und einer Frau ist.[2] Bei einer solchen Frauenehe nimmt eine Frau durch die Bezahlung des Brautpreises und Durchführung der Ehezeremonie eine zweite Frau zur Ehefrau. Diese zweite Frau gebärt mit einem oder mehreren ausgewählten Liebhabern Kinder für die erste Frau (d.h. die Kinder gehören der Abstammungsgruppe der ersteren an). Der Liebhaber muß eventuell für den sexuellen Zugang zur Frau bezahlen oder Arbeit für die beiden Frauen verrichten.

Die Beziehung der beiden Frauen untereinander ist bei den Stämmen unterschiedlich. Bei den Nuer sind es meistens unfruchtbare Frauen, die sich eine Ehefrau nehmen. Unfruchtbare Frauen werden als Männer betrachtet und sie tauchen als Männer in den patrilinearen Stammbäumen auf. Von der zweiten Frau wird erwartet, daß sie der ersteren Respekt zeigt, wie es einem Ehemann gebührt. Über die Lovedu wird berichtet, daß die beiden Frauen gleich gestellt sind und miteinander gut auskommen. Die Annahme sexueller Verhältnisse zwischen ihnen ist nicht begründet. Die Tatsache, daß Frauen, die solche Ehen eingehen, nicht für minderwertig gehalten werden, zeigt, daß die Wichtigkeit der Frau an ihrer Funktion als Mutter gemessen wird.

Frauen, die es sich leisten können, eine andere zur Ehefrau zu nehmen, sind solche, die zu Eigentum gekommen sind: entweder durch Erbschaft (eine Seltenheit im vorkolonialen Afrika, wo männliche Verwandte entfernten Grades einer nahverwandten Frau bei der Erbschaft vorgezogen werden) oder durch Verdienste als Wahrsagerin, Händlerin oder Handarbeiterin. Solche Frauen sind weder unverheiratet noch unbedingt kinderlos. Frauenehen kommen heute zwar noch vor, sind aber durch die Einwirkung der Christianisierung und Schulbildung für Mädchen zurückgegangen. Mädchen lernen heute, daß es eine Sünde ist, mit einer anderen Frau verheiratet zu sein. Folglich hängt die Position der Frau heute nicht nur davon ab, ob sie Kinder hat oder nicht, sondern auch davon, ob sie einen Ehemann hat oder nicht.

Die Ehe in Afrika dient dazu, eine Allianz zwischen zwei Abstammungsgruppen herzustellen und zu befestigen. Durch die Übergabe des Brautpreises, der die Ehe legalisiert, von der Familie des Bräutigams an die der Braut wird das Fruchtbarkeitspotential der Frau an die Gruppe des Mannes gebunden. (Dabei ist es unwichtig, wer der biologische Vater von Kindern der Frau ist. Die Kinder gehören immer der Gruppe an, die für die Frau den Brautpreis übergab).

Die Aufrechterhaltung der Ehe ist deshalb für mehrere Personen von Interesse. Diese Tatsache mag als erhöhte Kontrolle sowohl der Frau als auch des Mannes verstanden werden, sie bedeutet aber auch, daß eine Frau bei schlechter Behandlung mit der Unterstützung ihrer Verwandten und eventuell mit der Unterstützung der Verwandten ihres Mannes rechnen kann.

2. Die Polygamie

Es gibt zwei Arten von Polygamie: a) Polygynie oder Vielweiberei und b) Polyandrie oder Vielmännerei

Von 862 nicht-industriellen Gesellschaften, die in „A summary of the Ethnographic Atlas"[3] aufgeführt sind, praktizieren 720 (83,1 %) Polygynie (Vielweiberei), 16,4 % sind monogam und nur 0,5 % praktizieren Polyandrie (Vielmännerei). Vorausgesetzt, daß diese Auswahl von Gesellschaften repräsentativ ist, muß man feststellen, daß ein Großteil der Frauen der Welt einen Ehemann teilen müssen. Ein Zustand, der von dem in einer monogamen Kleinfamilie aufgewachsenen Europäer als Unterdrückung der Frau interpretiert wird. Es muß aber im Auge behalten werden, daß in Gesellschaf-

ten, wo die produktiven und gesellschaftlichen Aufgaben zwischen den Geschlechtern klar aufgeteilt sind und wo Arbeit und Vergnügen eher mit Gleichgeschlechtlichen geteilt werden, Männer und Frauen keine intensive Beziehung zueinander haben und Frauen weder unbedingt daran interessiert sind noch es notwendig haben, einen Mann fest an sich zu binden.

2a) Afrikanische Polygynie
In Schwarz-Afrika findet man die höchste Frequenz von unbeschränkter Polygynie, nämlich 80 % der 239 Schwarzafrikanischen Gesellschaften, die im „Ethnographic Atlas" aufgeführt sind.[4] Die Polygynie in Afrika ist nur möglich wegen des unterschiedlichen Heiratsalters der Geschlechter: zwischen 13 und 15 für Mädchen, zwischen 30 und 35 für Männer.
Afrika weist eine Sonderform der Polygynie auf: Im Gegensatz zu ihren Geschlechtsgenossinnen in asiatischen Ländern genießt die Afrikanerin eine gewisse Autonomie in der polygynen Familie. Sie wohnt in einem von den anderen Frauen abgetrennten Bereich, sie bekommt von dem Besitz ihres Ehemannes Felder[5] und/oder Vieh nach ihren Bedürfnissen zugeteilt, deren Produkte ihr allein gehören, und es kann weder von ihrem Mann noch von den anderen Ehefrauen ohne ihre Erlaubnis darüber verfügt werden. Die Felder, die sie bestellt, oder das Vieh, das sie melkt, sind als das Erbe ihrer Söhne klar gekennzeichnet. Bei dieser Form der Polygynie ist die Frau voll am sozialen und produktiven Leben beteiligt.
Streitigkeiten unter den Ehefrauen eines Mannes sind nicht immer vermeidbar, aber es gibt keine Zeichen dafür, daß Frauen in Afrika mit dieser Art des Zusammenlebens bewußt unzufrieden wären.
Eine zweite Ehefrau bedeutet für die erste eine Arbeitserleichterung. Auch die Tatsache, daß Frauen während der Stillzeit für den Ehemann sexuell tabu sind, was dazu führt, daß traditionell die Frau in Afrika während ihrer Lebenszeit wenige Kinder zur Welt bringt, ist nur in polygynen Ehen durchführbar. In den Städten Afrikas, wo heute die monogame Ehe herrscht, bekommen Frauen in geringem Abstand nacheinander mehrere Kinder. Dies bedeutet zusätzliche Arbeitsbelastung und Krankheitsanfälligkeit für die Frau. Die Isolation von der Großfamilie und das Fehlen von Mit-Frauen hat zur Folge, daß die Frau allein die Erziehung der Kinder und ihre Haushaltspflichten übernehmen muß. Als Lösung schicken viele Frauen in der Stadt ihre Kinder zu Verwandten aufs Land, wo sie dann von der Mutter getrennt aufwachsen.

2b) Afrikanische Polyandrie
Die Polyandrie ist nicht typisch für Afrika. Man findet vereinzelte Fälle in Gesellschaften, die sonst Polygynie praktizieren (z.B. die Lele in Congo.) Frauen, die solche Ehen eingehen, genießen keine Sonderstellung und haben dieselben Pflichten wie Frauen in polygynen Ehen.

3. Das Witwenerbe
Eine Form der Ehe in Afrika, die oft als eine totale Entrechtung der Frau angesehen wird, ist das Witwenerbe. Hierbei wird die Witwe eines gestorbenen Mannes an einen Bruder, Sohn oder sonstigen männlichen Verwandten vererbt.
Bedenkt man aber, daß in diesen Gesellschaften die Gruppe wichtiger als das Individuum ist, so ist das Weitererben der Ehefrau logisch und bedeutet nicht unbedingt Nachteile für sie.
Die Frau hat die Wahl, zu welchen Verwandten ihres Mannes sie zieht (die Zahl der in Frage kommenden Männer dürfte je nach Gesellschaft und Alter des Gestorbenen zwischen 1 und 30 liegen); Frauen, die schon erwachsene Söhne haben, ziehen meistens zu einem von diesen. Frauen, die zu keinem der Verwandten wollen, können mit einem Liebhaber zusammenziehen. Kinder, die sie eventuell von ihrem Liebhaber bekommen, gehören allerdings der Gruppe ihres verstorbenen Mannes an. Schließlich ist – wenn auch nicht gern gesehen – eine Scheidung durch Rückzahlung des Brautpreises an die Gruppe des Mannes möglich, damit die Frau wieder heiraten darf.
Das Witwenerbe bedeutet in einer Gesellschaft, in der Frauen weder Vieh noch Land besitzen dürfen und in der die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern zu einem Angewiesensein der Frau auf den Mann führt, einen gewissen Vorteil für die Frau: sie bleibt wenigstens nach dem Tode ihres Mannes mit Feldern und/oder Vieh versorgt.



4. Rechte und Pflichten in der Ehe
Die Institution Ehe besteht in den meisten Gesellschaften aus einem Bündel gegenseitiger Rechte und Pflichten im Bereich von Wirtschaft, Haushalt und Sexualität. Die Verteilung der Rechte und Pflichten auf Mann und Frau zeigt, daß auch in Afrika die Frau keineswegs ihrem Mann gleichgestellt ist. Die Frau ist verpflichtet, ihre Aufgaben im Haushalt gewissenhaft zu erledigen und auf den Feldern zu arbeiten, um sich selbst und ihre Kinder zu ernähren. Die einzige Erleichterung bei dieser anstrengenden Arbeit ist in ländlichen Gebieten, daß die Frau sie mit anderen Frauen gemeinsam und nicht in der Isolation der Kleinfamilie der Städte verrichtet. Weiter soll die Frau ihrem Mann Respekt zeigen und den sexuellen Zugang nicht verweigern. Der Mann hat andererseits die Pflicht, seine Frau mit genügend Feldern oder Vieh auszustatten, er muß Frau und Kind einkleiden. Er soll seine Frau nicht mißhandeln, aber eine gelegentliche Tracht Prügel für eine faule oder respektlose Frau wird als selbstverständlich betrachtet. Der Mann

hat zusätzliche Rechte über seine Frau, die sie nicht über ihn besitzt. Sollte jemand seine Frau verletzen oder töten, kann er eine Entschädigung verlangen; sollte seine Frau Ehebruch begehen, kann er Entschädigung von dem Liebhaber verlangen. Werden Kinder aus diesem ehebrecherischen Verhältnis geboren, bezahlt der Ehemann allerdings den größten Teil der Entschädigung zurück. Die Kinder werden als die des Ehemannes betrachtet.

5. Die Funktion des Brautpreises

In den meisten Gesellschaften ist Heiraten mit einem Austausch von Geschenken und der Verteilung von Reichtum verbunden. Mit Ausnahme Amerikas ist der Brautpreis die häufigste Form von Heiratstransaktion (Eine Auswahl von 238 Gesellschaften Afrikas ergab, daß 195 (82 %) die Institution des Brautpreises besaßen.) Die Mitgift ist im vorkolonialen Schwarzafrika unbekannt.

Der Brautpreis besteht aus Zahlungen und Geschenken, die von der Verwandtschaftsgruppe des Bräutigams an die der Braut abgegeben werden. Diese Zahlungen legitimieren die Ehe und regeln die Zugehörigkeit der Kinder zur Gruppe des Mannes. Es ist falsch, den Brautpreis als eine Bezahlung für eine Frau zu betrachten. Sein Inhalt ist meistens gesellschaftlich festgelegt und variiert höchstens nach der Stellung des Bräutigams, aber nicht nach der der Frau. In den hier betrachteten Gesellschaften werden Allianzen und Beziehungen durch den Austausch von Gütern hergestellt und gefestigt. Bei einer Ehe handelt es sich um eine sehr wichtige Allianz. Die Frau gilt als der höchste Wert, den eine Gruppe besitzen kann. (Die Frau ist wichtig sowohl als Produzentin als auch als Produzentin von Produzenten.[6]) Die Güter, die den Brautpreis ausmachen, werden nie als Ausgleich für eine Frau betrachtet. Die Gruppe, die die Frau empfängt, steht immer in einer Abhängigkeit von der Gruppe, die die Frau abgibt. Dies zeigt sich in der hierarchischen Ordnung bei Zeremonien oder durch die Verpflichtung eines Mannes, während seiner Ehe Geschenke an seinen Schwiegervater zu machen und für diesen Arbeit zu verrichten.

Der Brautpreis ist kein Spiegelbild der Mitgift. Er wird von der Gruppe des Bräutigams gesammelt und unter der Gruppe der Braut verteilt, er stellt also eine Umverteilung von Reichtum dar. Die Mitgift dagegen ist ein Geschenk von der Familie der Braut an die Braut selbst. Sie stellt einen Ersatz für das Erbe dar. Beim Tod des Vaters hat die Tochter keinen Anspruch mehr auf Erbschaft. Die Güter der Mitgift kommen der neu gegründeten Familie zugute. Nirgends ist die Mitgift notwendig, um die Ehe zu legalisieren.

Die traditionellen Güter, die den Brautpreis ursprünglich ausmachten, waren Prestigegüter, die nicht in die allgemeine Warenzirkulation einbezogen waren. Die Einführung von Geld als allgemeines Zahlungsmittel hat dazu geführt, daß der Brautpreis heutzutage fast ausschließlich aus Geld besteht. Folglich wird der Brautpreis mehr und mehr als ein Kaufpreis betrachtet. Väter, die ihren Töchtern eine Ausbildung bezahlt haben, hoffen, durch den Brautpreis diese Ausgaben wieder hereinzuholen. Z.B. bestand der traditionelle Brautpreis bei der Kikuyu 1937 aus 30 – 80 Ziegen, eine für jedermann erreichbare Summe, während 1966 der Brautpreis für eine Lehrerin oder Krankenschwester 2.000 Schillinge und noch einige Schafe und Rinder betrug.[7] Bei einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von 600 – 800 Schillingen ist dies eine beträchtliche Summe. Die Folge dieser Entwicklung ist, daß Männer mehr und mehr ihre Frauen als Eigentum betrachten und die Einmischung in ihre Ehe durch Verwandte der Frau nicht dulden.

6. Scheidung

Charakteristisch für Afrika, obwohl nicht universal, ist die Instabilität der Ehe. Der Grad der Ehe-Instabilität läßt sich für die verschiedenen Gesellschaften schlecht feststellen, da in vielen eine Scheidung rein technisch nicht möglich ist, aber Männer und Frauen ohne weiteres getrennt leben. In Gesellschaften, wo die Frau als Produzentin und als Mutter eine wichtige Rolle spielt und Polygynie verbreitet ist, wird Scheidung selten für einen Mann aktuell. Für Frauen dagegen bedeutet dies, daß sie einen weiten Spielraum bei der Wahl ihres Partners haben. Von den Kofyar Nigerias berichtet Netting, daß „um ihren Mann zu verlassen, eine Frau einfach Holzsammeln oder zum Markt gehen und nie mehr nach Hause zurückkehrt. Sie geht vielleicht vorübergehend zu ihren Eltern oder direkt zu einem Mann, der schon Interesse gezeigt hat, sie zu heiraten. Zum Anfang der Regenzeit kann man immer wieder beobachten, daß viele Frauen ihre Männer verlassen. Der Grund ist einfach, daß die Frauen da anbauen wollen, wo sie nächstes Jahr essen werden. Folglich muß der Ehemann auf Frauenarbeit gerade dann verzichten, wenn sie am wichtigsten ist."[8]

Scheidungsgründe für den Mann sind Faulheit, Vernachlässigung von Pflichten, Respektlosigkeit und ständiges Weglaufen der Frau. Die Frau dagegen kann wenige Gründe –vor allem Mißhandlung– anführen, aber eine Scheidung faktisch erzwingen, indem sie ihre Pflichten vernachlässigt usw..Unfruchtbarkeit der Frau oder Impotenz des Mannes sind traditionell keine Scheidungsgründe gewesen. Die heutige Entwicklung zur Monogamie bringt es mit sich, daß ein Mann nicht mehr bereit ist, eine unfruchtbare Frau zu behalten. In den Städten Afrikas wächst die Zahl der unfruchtbaren Frauen, die als Prostituierte ihr Leben bestreiten.

II. Die Wirkungsbereiche der Frau

1. Die Deszendenzgruppe

Um die afrikanischen Gesellschaften und die Rolle der darin lebenden Frauen zu verstehen, ist es notwendig, die Wichtigkeit der Deszendenzgruppen (Abstammungsgruppen) zu kennen. Die Deszendenzgruppe ist für die Organisation der Haushalte, den Sozialisationsprozeß, den Eigentumstransfer, die Schlichtung von Streitigkeiten, religiöse Tätigkeiten wie die Durchführung des Ahnenkultes, für gewisse politische Beziehungen und meistens auch noch für den Produktionsprozeß maßgebend. Zu ihrer Deszendenzgruppe haben die Menschen eine sehr starke emotionelle Bindung. Das Band des Blutes (d.h. der Abstammung) ist viel stärker als das Band der Ehe. Die Deszendenzgruppen in Afrika sind vor allem unilinear, d.h. die Abstammung wird nur durch ein Elternteil – entweder durch den Vater (= patrilinear) oder durch die Mutter (= matrilinear) bestimmt.

Matrilinearität ist früher fälschlich als eine Macht der Frauen über die Männer ausgelegt worden. In matrilinearen Gesellschaften werden aber die politischen Entscheidungen von Männern getroffen,und zwar von den Brüdern und Onkeln der Frauen. Der stärkste Anteil von matrilinearen Gesellschaften befindet sich mit ungefähr 20 % in Schwarzafrika. Die Matrilinearität ist vor allem mit einer Produktionsweise verbunden, bei der den Frauen die Hauptarbeitslast zufällt, sie aber die Kontrolle über die Produkte ihrer Arbeit behalten können. So kontrollieren die Frauen z.B. den Anbau von Knollenfrüchten, die sie später auch nach Bedarf selber von den Feldern holen. Das Vorkommen von Getreideanbau macht eine Vorratshaltung nötig und führt zu einer stärkeren Position der Männer, die diese Vorräte und ihre Verteilung überwachen.

2. Die politische Macht der Frau

Es gibt Anzeichen dafür, daß die Frauen eine angesehenere Stellung in matrilinearen als in patrilinearen Gesellschaften genießen. Aber dies ist wohl eher mit ihrem Anteil an der

Produktion als direkt mit der Linearität zu erklären. Die Existenz des Pfluges, der intensiven Viehwirtschaft und der Geldwirtschaft bedeuten eine Einschränkung der Frauen am produktiven und sozialen Leben und folglich ein Einbüßen ihres Ansehens.
Sowohl in matrilinearen wie auch in patrilinearen Gesellschaften ist die politische Macht für Frauen äußerst beschränkt. Politische Entscheidungen und rechtliche Funktionen werden in den meisten Fällen von den alten Männern wahrgenommen. Selten nimmt auch eine alte Frau daran teil, aber dies ist nicht typisch für Afrika. Bei den Lovedu kommen Königinnen und bei den sakralen Königtümern Königmütter vor, die einen gewissen Einfluß auf die Entscheidungen der Könige nehmen können, aber keine direkte Macht besitzen. Einigen Frauen gelingt es, einen begrenzten Einfluß als Wahrsagerinnen und Kult-



priesterinnen zu gewinnen, aber ihre Zahl ist relativ gering. Dank der Offenheit des täglichen Lebens in Afrika können Frauen ihre Unzufriedenheit immerhin der Öffentlichkeit zeigen und mit Verständnis und Hilfe von Nachbarn und Verwandten rechnen.

3. Eigentums- und Erbschaftsrecht

Die Frauen in Afrika genießen eine relativ starke Position dadurch, daß sie eine Autonomie innerhalb der Familie besitzen und über die Produkte ihrer Arbeit disponieren können. Die Frauen – vor allem in West-Afrika – sind als Händlerinnen bekannt, die jedoch nicht primär für den Markt produzieren, sondern lediglich ihre Überschüsse verkaufen. Das Einkommen aus dem Handel gehört allein den Frauen, es wird aber bei ihrem Tod nur an ihre Söhne oder Brüder weiter vererbt. Die Töchter sind davon ausgeschlossen.
Die Erbschaft ist in Afrika durch eine laterale – von Bruder zu Bruder – oder eine vertikale – von Vater zum Sohn-Regelung und weiter durch geschlechtsspezifische Eigentumsvergabe gekennzeichnet. So sind Land, Vieh und Geld männliches Eigentum. Frauen dürfen zwar letzteres beistzen, an Töchter dürfen sie aber nur Fraueneigentum – nämlich Haushaltsgeräte – vererben. Eine Erklärung, weshalb Frauen kein Land und Vieh besitzen dürfen, scheint in der Organisation der Deszendenzgruppen zu liegen: Alles Land und Vieh sind letzten Endes Gemeineigentum der Abstammungsgruppe. Da Frauen auch in den meisten matrilinearen Gesellschaften zu ihren Männern ziehen, würde ihre Erbschaft an Land eine Spaltung des Gruppeneigentums bedeuten.
Daß es die Frauen sind, die nach der Ehe den Wohnsitz wechseln, liegt vielleicht an der Instabilität von matrilokalen matrilinearen Gruppen. Sieht man das Hauptziel von Abstammungsgruppen darin, sich zu reproduzieren und ihre Arbeitskraft zu vermehren, so kann ein polygamer Mann mit mehreren Frauen mehrere Kinder in die Welt setzen, während die Fruchtbarkeit einer Frau durch mehrere Ehemänner nicht erhöht werden kann. Folglich tendieren matrilineare Gruppen eher als patrilineare dazu auszusterben.

III. Die Sexualität der Frau

Die Praxis der afrikanischen Frauen in Bezug auf vorehelichen Geschlechtsverkehr ist sehr unterschiedlich geregelt. Sie reicht von einem strengen Verbot vorehelichen Verkehrs über leichte Duldung bis hin zur vollen Freizügigkeit. Das Vorkommen von sexuellen Verboten oder Freizügigkeit läßt sich nicht in einen unmittelbaren Zusammenhang mit der jeweiligen Produktionsweise bringen. Charakteristisch ist aber grundsätzlich eine relative Freizügigkeit der Frauen nach der Eheschließung. Liebhaber werden entweder vom Ehemann geduldet, solange die Beziehung mit Diskretion geführt wird, oder es wird explizit gewünscht, daß die Frauen sich gegenüber den Verwandten oder Freunden des Ehemannes sexuell gefällig erweisen. Bei den Himas Ruandas zum Beispiel wird erwartet, daß die Frauen mit den unverheirateten Männern verkehren, damit diese von den Mädchen abgelenkt werden, für die ein strenges sexuelles Verbot besteht.[10] Die relative sexuelle Freiheit der Frau liegt darin begründet, daß außereheliche Beziehungen die Rechte des Ehemannes nicht einschränken, daß ihm der sexuelle Zugang zu seiner Frau weiterhin offen steht und daß die aus einem solchen außerehelichen Verkehr hervorgehenden Kinder – also zukünftige Arbeitskräfte – ihm als Ehemann zugerechnet werden.
Eine Sitte, die oft als eine sexuelle Unterdrückung der Frauen gedeutet worden ist, ist die der Klitordektomie (Beschneidung der Klitoris und oft noch der Labia). Diese Beschneidung ist in Afrika regelmäßig mit Initiationsriten verbunden, die eine wichtige Veränderung im Status der Frauen symbolisieren, nämlich den Übergang von Mädchen zu heiratsfähigen Frauen. Die körperlichen Schmerzen, die mit der Beschneidung verbunden sind, treten im Gegensatz zu der damit verbundenen Statuserhöhung weitgehend in den Hintergrund. Die Beschneidung leitet eine Phase ein, in der das Mädchen in sexuelle Praktiken eingewiesen wird. Es wird behauptet, daß die Klitordektomie die sexuelle Lust der Frauen eindämme. Obwohl die Beschneidung sicherlich nicht in allen Fällen nur deshalb durchgeführt wird, kann man doch annehmen, daß sie eine gewaltige Einschränkung der Lustgefühle der davon betroffenen Frauen zur Folge hat. Leider gibt es hierzu keine genauen Informationen (Siehe den Kasten „Excision".)
Die Frauen in Afrika genießen traditionell eine gewisse Autonomie: sie sind weder emotionell noch wirtschaftlich auf ihre Männer total angewiesen. Dennoch sind sie in keinem Fall ihnen gleichgestellt, da sie weder Vieh noch Land besitzen dürfen und zudem den Ehemännern Respekt schulden. Sie genießen gewisse Freiheiten in sexuellen Bereichen.

Der Wert der Frauen liegt in den traditionellen Gesellschaften an ihrer Funktion als Produzentin und als Mutter, um die Deszendenzgruppen zu reproduzieren. Polygynie und die Regelung der langen Stillzeiten, in der die Frauen Tabu sind, bedeutet aber, daß sie nicht mit Kindern überlastet werden.

Die heutige Entwicklung zur Monogamie – vor allem in den Städten – bedeutet in Afrika eine ökonomische und emotionelle Abhängigkeit der Frauen von ihren Ehemännern und vor allem eine Arbeits- und Gesundheitsbelastung durch mehr Kinder. Da diese Entwicklung zur Monogamie auf Grund der Ökonomischen Entwicklung nicht mehr aufzuhalten ist, sollte den Frauen heute durch vernünftige Geburtenkontrolle die Möglichkeit gegeben werden, zu entscheiden, wann und wieviel Kinder sie bekommen wollen.

Bemerkungen:

1) Notes und Queries in Anthropology. 1951. Sixth. ed. London
2) Z.B. bei den Lovedu in Transvaal; den Nuer und Dinka Süd-Sudans; im früheren Dahomey; bei den Simbete, Kuria Iregi und Kenye des Viktoriasees, wobei die Irege erst seit 1966 diese Eheform praktizieren.
3) George Peter Murdock. Ethnographic Atlas: A Summary. In Ethnology, an international journal of cultural and social anthropology. Bd. VI, Nr. 2. April 1967.
4) Polygynie in Afrika korriliert positiv mit dem Arbeitsanteil der Frau in der Produktion, vor allem in der Landwirtschaft. Trotz der Verwicklung im kapitalistischen Marktsystem ist die Polygynie überall erhalten geblieben, wo die Frau in der Produktion noch stark integriertist. Siehe Frauen in der Landwirtschaft: Die ökonomischen Gründe für die Polygamie.
5) In Gesellschaften, wo viel Land vorhanden ist und Wechselwirtschaft praktiziert wird, kann ein Mann jeder seiner Frauen mit Feldern versorgen. Nimmt er eine neue Frau, rodet er für sie ein Stück Wald.
6) Claude Meillassoux. Versuch einer Interpretation des Ökonomischen in den archaischen Subsistenzgesellschaften. In: Klaus Eder (Hrsg.) Die Entstehung von Klassengesellschaften. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Taschenbuch Verl. 1973
7) Rheinhild Boehm. Aspekte des Brautpreises der Kikuyu. MA-Arbeit der Universität Freiburg. Veröffentlicht in: Spektrum der Dritten Welt. Nr. 5 Hamburg 1970.
8) Robert McC. Netting. Marital Relations in the Jos Plateau of Nigeria. American Anthropologist. Bd. 71, 1969.
9) Der Wohnsitz des Ehepaares ist bei der Gruppe der Frau.
10) Mädchen heiraten kurz nach der Pubertät mit 13 oder 14, die Männer dagegen erst mit 30.

DIE GENITALE VERSTÜMMELUNG (EXZISION) DER FRAUEN

Unter Exzision versteht man die Beschneidung der Klitoris der Frauen. Diese Beschneidung wird normalerweise bei Mädchen im Alter von acht Jahren vorgenommen, mitunter auch etwas später, in jedem Fall aber vor der Pubertät.
Stellt man sich das Denken und Fühlen eines achtjährigen Kindes vor, so kann man vielleicht ermessen, welchen furchtbaren Einfluß ein solches Ritual auf die Psyche des Kindes hat. Während der „präoperativen Untersuchung" wird den Kindern gesagt, daß sie nun eine Jungfrau werden und bis zu ihrer Verheiratung auch bleiben. Bis zu diesem Zeitpunkt ist der eigene Körper tabuisiert, es wird nicht darüber gesprochen. Der Operationstag wird zum Fest erklärt, an dem alle Verwandten teilnehmen, Freundinnen und Bekannte wohnen ebenfalls der Verstümmelung bei. Mitgefühl mit dem Mädchen ist nicht vorhanden, weil die Zeremonie als normaler Eingriff verstanden wird. Eine Hebamme beginnt das Ritual mit der Betastung des Unterleibes und schneidet die Klitoris mit einem scharfen Rasiermesser an ihrer Wurzel ab. Die Handlung genügt, um dem Kind lebenslang sein natürliches Recht auf Orgasmus zu rauben.
Diese Beschneidung ist schmerzhafter als die Beschneidung des männlichen Kindes, bei der die Vorhaut des Penis entfernt wird, da die weibliche Klitoris voller empfindlicher Nervenstränge ist. Die Operation, ein Relikt aus einer zwei- bis dreitausend Jahre alten Tradition, wird bei vollem Bewußtsein ohne Narkose durchgeführt. Das Ziel ist, eine Dämpfung des Lusttriebes zu bewirken, welcher die voreheliche Keuschheit bedrohen und in der Ehe lästig sein würde.
Gegenwärtig wird diese Verstümmelung noch in vielen Staaten Ost-, West- und Zentralafrikas durchgeführt, sowie in arabischen Ländern.
Unverständlich erscheint uns die von der UNO verwendete Definition: „Operationen, die auf alte Sitten zurückzuführen sind". Diese Aussage macht deutlich, daß die menschliche Problematik, die mit diesen „Sitten" zusammenhängt, nicht beachtet wird. Auch wenn solche Operationen auf langen Traditionen beruhen, sind sie in ihren Auswirkungen doch Foltermethoden ähnlich. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) lehnte auf Anfrage sogar eine Untersuchung dieser Praktiken ab.

Zur Definition der verschiedenen Arten genitaler Verstümmelung:

1. Sunna Circumcision (Sunna Beschneidung). Sie stellt die mildeste Form dar. Entfernt werden die Vorhaut und die Spitze der Klitoris.

2. Exzision oder Klitoridektomie (Klitorisentferntung) Hierunter versteht man die Entfernung der ganzen Klitoris zusammen mit den angrenzenden Teilen der kleinen Schamlippen und dem äußeren Genitale, außer den großen Schamlippen.

3. Infibulation oder Exzision und Infubilation (Pharaonische Beschneidung – Verschließung oder Entfernung der Verschließung).
Entfernt wird die ganze Klitoris, die kleinen und ein großer Teil der großen Schamlip[illegible]. Die noch vorhandenen Teile der großen Scha[illegible] (Vulva) werden über der Vagina geschlo[illegible]leibt schließlich eine kleine Öffnung, die [illegible]enstruationsblut durchläßt. Die Schließung erfolg[illegible]urch Dornen oder Naturfäden. Die Beine des Mädchens werden anschließend zusammengebunden, so daß es für Wochen unbeweglich ist, bis die Wunde verheilt ist. Frauen, die infibuliert sind, müssen geschnitten werden, damit der Geschlechtsverkehr möglich ist.
Nachdem sie geboren und gestillt haben, ein Prozeß, der mehrere Jahre dauert und Geschlechtsverkehr ausschließt, werden sie in manchen Ländern wieder „verschlossen". Während der gebärfähigen Jahre wird diese Zeremonie mehrmals durchgeführt. Die Entscheidung, wieviel Kinder geboren werden, hängt von dem Mann ab, für den die Unzugänglichkeit der Frauen kein großes Problem darstellt, da er mehrere hat.
Die Sterblichkeitsrate von Frauen, die unter der Infibulation zu leiden haben, ist groß. Die Nachwirkungen der Amputation der Geschlechtsteile sind Blutstürze, Infektionen, schwere Schocks, starker Blutverlust, Schaden an den angrenzenden Körperteilen wie zum Beispiel der Blase, Unfruchtbarkeit in nicht seltenen Fällen, zudem teilweise Schmerzen beim urinieren und menstruieren.
Die Infubilation, die ohne Frage die gravierendste Form der weiblich-genitalen Verstümmelung darstellt, wird vor allem bei moslimischen Volksgruppen praktiziert, um die Keuschheit zu gewährleisten. Je kleiner die Öffnung der Frauen und Mädchen ist, desto höher ist ihr Ansehen, ihr Wert. Die Orgasmusfähigkeit ist in nahezu allen Fällen abgetötet.

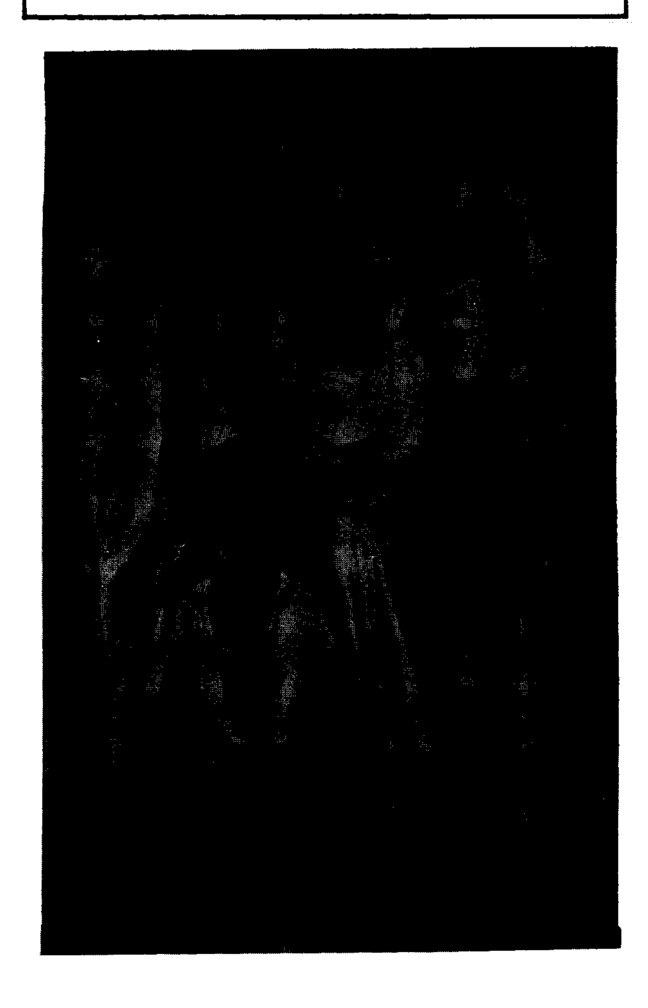
FAMILIENPLANUNG UND GEBURTEN-KONTROLLE IN DER DRITTEN WELT

Susanne Habicht

Vorbemerkung: der folgende Artikel versucht, im *ersten Teil* die Entstehungsgeschichte nationaler Familienplanungsprogramme in der Dritten Welt nachzuzeichnen und dabei die gängigsten Argumente für eine Bevölkerungskontrolle in Entwicklungsländern darzustellen.
Im zweiten Teil sollen die konkreten Auswirkungen der Programme auf die betroffenen Frauen und ihre Familien sowie die Effektivität der verschiedenen Maßnahmen untersucht werden.
Der dritte Teil schließlich versucht zu analysieren, in wessen Interesse Geburtenkontrolle eigentlich betrieben wird: ob sie tatsächlich die Hauptbedingung für wirtschaftliche Entwicklung ist, wie von den Verantwortlichen behauptet wird, oder ob sie nicht vielmehr einen Versuch der Industrieländer darstellt, die armen Länder weiter unter ihrer Kontrolle zu halten. In diesem Zusammenhang interessiert uns jedoch besonders, ob und wie sich die Situation von Frauen durch die Anwendung von Geburtenkontrolle ändert bzw. wie die Befreiung der Frau in der Dritten Welt mit der Frage der Familienplanung zusammenhängt.

I. Zur Entstehung der Überbevölkerungsideologie
Die Diskussion um eine Beschränkung des Bevölkerungswachstums wird seit den Tagen Thomas Malthus' geführt, der behauptete, die Weltnahrungsmittelproduktion könne niemals mit dem Wachstum der Weltbevölkerung Schritt halten. Die Folge davon seien Armut und Hungertod; die einzige Möglichkeit, diesem Schicksal zu entrinnen, sei für die armen Leute, sich nicht so hemmungslos zu vermehren. Sätze, 1789 geschrieben und doch aus den letzten 25 Jahren bedrückend vertraut – wurden sie doch, nachdem die sozialen Errungenschaften des Spätkapitalismus der Malthus' schen Theorie zumindest in Europa und den USA weitgehend den Boden entzogen hatten, Anfang der 50er Jahre dieses Jahrhunderts wieder neu formuliert, dieses Mal allerdings mit Zielrichtung auf die Länder der Dritten Welt.
Mit der politischen Unabhängigkeit der ehemaligen Kolonien, vor allem aber mit dem drastischen Sinken der Sterberaten in diesen Gebieten begann nämlich für die reichen (kapitalistischen) Staaten die große Angst vor der „Bevölkerungsexplosion". Durch die westlichen Massenmedien geisterten Schreckensvisionen von hungrigen schwarzen, gelben und braunen Massen, die die Industrienationen überrollen könnten, ihnen die Verfügungsgewalt über die Rohstoffe der Welt und damit ihren Reichtum nehmen und überhaupt die ganze westliche Zivilisation bis auf den Grund erschüttern könnten. In Büchern und Filmen, in Vorträgen und auf wissenschaftlichen Konferenzen wurde die Angst weitergeschürt, die 1952 schließlich den Anstoß zur Gründung des amerikanischen „Population Council" gab. Initiator dieser Gründung war John D. Rockefeller III, Sprößling einer der reichsten amerikanischen Familien, und das Ziel seiner Vereinigung war es, Forschungen zur Geburtenkontrolle zu fördern. Weitere Gründungsmitglieder waren u.a. der Direktor von RCA, die Mellon-Foundation, die Ford-Carnegie-Foundation, die Osborn-Familie, der Council on Foreign Relations und diverse Interessenvertreter des Rockefeller-Clans – alles erzkonservative Familien(unternehmen) der herrschenden Klasse.[1]
Aus einer Anzeige in der New York Times (neben dem Photo eines sterbenden Kindes):

> „In den nächsten paar Sekunden wird ein Kind Hungers sterben! Jeden Tag sterben 10 000 Menschen – meist Kinder – in den unterentwickelten Ländern in Folge von Unterernährung . . . Dies ist die Welt, in der wir leben – weil das Wachstum der Weltbevölkerung die Reserven an Nahrungsmitteln schon überflügelt hat . . . Das Bevölkerungswachstum muß kontrolliert werden! Das erfordert blitzschnelles Handeln . . . Die ungeheure Menschenschwemme muß unbedingt kontrolliert werden, wollen wir nicht mit allen unseren zivilisatorischen Errungenschaften untergehen . . . Eine Welt mit Massensterben in den unterentwickelten Ländern wird eine Welt des Chaos, der Unruhen, des Krieges sein. Und eine perfekte Brutstätte für den Kommunismus. Wir können uns kein halbes Dutzend Vietnams mehr leisten – kein einziges mehr ! Unser eigenes nationales Interesse erfordert es, daß wir alle hinausgehen und den unterentwickelten Ländern helfen, ihre Bevölkerung zu kontrollieren . . ."[2]
> (Diese Anzeige stammt aus den 60er Jahren – das ändert aber nichts an der Argumentation.)



Da die amerikanische Regierung während der 50er Jahre das Thema Familienplanung noch als zu heikel ansah, um es zum Bestandteil ihrer Politik zu machen, mußte sich der Population Council auf private Mittel verlassen, was offenbar keine großen Schwierigkeiten machte, denn der Fonds von 4,5 Mio $ in den Jahren 1952 – 1958 stieg in den folgenden sechs Jahren bis 1964 auf über 18 Mio $ an.[3] 1965 war es dann soweit: die amerikanische Regierung Johnson erklärte sich bereit, die Förderung und Finanzierung von Geburtenkontrollprogrammen und den dazugehörigen Forschungen zu übernehmen. Sie tat dies durch die Agency for International Development (AID) – anfangs mit einem vergleichsweise bescheidenen Budget von 2,1 Mio $,[4] das bis 1971 auf 100 Mio $ angewachsen war (und das zu einer Zeit, wo wegen des Vietnamkrieges sämtliche anderen AID-Programme drastisch gekürzt wurden).[5]

Der Hauptgrund für das Eingreifen der US-Regierung war wohl, daß die Arbeit von verschiedenen Regierungskommissionen über Rohstoffe, militärische Sicherung usw. ergeben hatte, daß die *Rohstoffe* der Dritten Welt unbedingt für die USA gesichert sein müßten, um die amerikanische Bevölkerung auf lange Sicht hin zu ernähren. Unter dem Aspekt, daß die USA mit 6 % der Weltbevölkerung 50 bis 60 % der nichtersetzbaren Weltressourcen verbrauchen,[6] stellte ein rasches Bevölkerungswachstum in den Entwicklungsländern natürlich eine empfindliche Beschränkung des Umfanges der für die USA verfügbaren natürlichen Ressourcen dar – zumal wenn die armen Völker sich auch noch revolutionär organisierten.
Die „Bewegung" erfaßte über die verschiedensten Organisationen und Komitees, reaktionär bis fortschrittlich, schließlich die ganze amerikanische Nation, wenn auch die Hauptpropagandisten die gleichen blieben: Rockefeller, Ford, Carnegie, Mellon, CBS, United Shoe, First National Bank of Boston, New England Telephone + Telegraph, Continental Oil usw. Neben Handel, Banken, Versicherungen und die Großindustrie trat schließlich noch eine Lobby von Akademikern, die von den Forschungsprogrammen der Ford-Foundation lebte.
Die „schweigende Mehrheit" der US-Bevölkerung wurde über Anzeigen wie die obige zur Unterstützung der Programme motiviert. Die Regierungen der Entwicklungsländer wurden, sofern sie den Gedanken der Familienplanung nicht von alleine bejahten, von den USA mehr oder minder dazu gezwungen, meist durch Koppelung von Entwicklungshilfe an die Einrichtung eines nationalen Familienplanungsprogramms.
Die konkreten Auswirkungen dieser Programme auf die Frauen und Familien in den Entwicklungsländern werden im folgenden Teil diskutiert.

II. Methoden der Geburtenkontrolle in der Dritten Welt

„Indien führt drastische Strafen für kinderreiche Eltern ein" – „Entweder Sterilisation oder Kündigung" – „Frau Sadat befürwortet Strafen für Kinderreiche" – „Zwangsmaßnahmen zur Geburtenbeschränkung?"
Solche und ähnliche Meldungen konnte man in den vergangenen Monaten des öfteren in europäischen Zeitungen finden. Sie scheinen darauf hinzudeuten, daß die in den letzten Jahren in Gang gesetzten nationalen Geburtenkontrollprogramme doch nicht so effektiv gewesen sind, wie noch bis vor kurzem gerne behauptet wurde. Heißt das, daß bei den Bewohnern der Entwicklungsländer keinerlei Interesse an Familienplanung vorhanden ist, oder haben sich vielleicht nur die angebotenen Verhütungsmethoden nicht bewährt?

Eines steht für die Verantwortlichen jedenfalls so gut wie fest: da eine spürbare Senkung der Geburtenziffern in kaum einem Land erreicht wurde, muß die Familienplanung in den Entwicklungsländern intensiviert werden, mit welchen Mitteln auch immer. Neben der Forderung nach Zwangsmaßnahmen stehen allerdings auch Warnungen, das Ganze nur als technisches Problem anzusehen, ohne die ökonomischen Verhältnisse, die Religion, Kultur, Sitten und Bräuche der Menschen zu berücksichtigen. Demgegenüber werden dann immer noch in aller Eile Programme aufgestellt, die wie z.B. in Pakistan 12 000 Familienplaner („Berater") verpflichten wollen, in einer einzigen Woche 15 Mio. Ehepaare aufzusuchen und sie von den Nachteilen allzu großer Kinderscharen zu überzeugen. Gleichzeitig sollen an diese Ehepaare kostenlos Verhütungsmittel verteilt werden.[7]
Also doch nur eine Frage der Technik? Vielleicht können wir bei einer näheren Betrachtung einzelner Programme und der dabei verwendeten Methoden den Grund für den Mißerfolg der meisten Programme herausfinden.

Beispiel: Tunesien

Tunesien hatte 1971 5,3 Mio. Einwohner. Die Hälfte davon war jünger als 17 Jahre. Der Anteil der Frauen im gebärfähigen Alter machte etwa ein Fünftel aus (d.h. Frauen zwischen 15 und 49 Jahren).[8]
Seit 1964 existiert ein staatliches Familienplanungsprogramm. „Nachdem die verantwortlichen Regierungsstellen die Notwendigkeit der Begrenzung der Geburtenzahlen erkannt hatten,"[9] wurden 1963 nach Verhandlungen mit dem Population Council ein Vertrag zwischen der tunesischen Regierung und der Ford Foundation über die Finanzierung eines zweijährigen Versuchsprogramms abgeschlossen. Dem ersten Schritt, der Einrichtung von 12 Kliniken in städtischen und stadtnahen Gebieten, war eine ausführliche soziologische Untersuchung vorausgegangen, die die Einstellungen der Bevölkerung zur Familienplanung erforschen sollte. Die Ergebnisse fielen offenbar positiv aus, und das Programm kam ins Rollen. Zuvor war eine Gruppe von Ärzten, Hebammen und Sozialarbeitern durch die USA, Japan und Pakistan gereist, um sich dort über die Methoden und Probleme der Familienplanung zu informieren. Anschließend wurde von dieser Gruppe ein vierwöchiges Seminar veranstaltet, zu dem neben Fachleuten auch Vertreter von Gewerkschaften, Genossenschaften, Frauenvereinigungen und Partei eingeladen war. Gleichzeitig wurde in Presse und Rundfunk eine Informations- und Propagandakampagne durchgeführt.
Um nach Abschluß der zweijährigen Experimentierphase 1966 noch mehr Frauen erreichen zu können (damaliges Ziel: 30 – 40 % der gebärfähigen Frauen), wurde das Programm erheblich ausgeweitet und in das bestehende Gesundheitssystem eingegliedert – eine in vielen Entwicklungsländern übliche Praxis. So können in allen Krankenhäusern und Kliniken des Landes Aufklärung, Beratung und Behandlung vorgenommen werden, wodurch die bestehende Infrastruktur optimal genutzt werden kann. Geht z.B. eine Mutter mit ihrem kranken Kind in eine Klinik, so wird dort nicht nur das Kind behandelt, sondern die Mutter erhält Informationen zur Geburtenkontrolle und wird aufgefordert, sich individuell beraten zu lassen und sich dann für eine der angebotenen Methoden zu entscheiden. Auf diese Weise konnten in Tunesien ca. 20 % aller gebärfähigen Frauen für eine Beratung gewonnen werden.
Um auch die ländlichen Gebiete zu versorgen, wurden mobile Einsatzwagen eingerichtet, die die Dörfer in einem regelmäßigen Abstand aufsuchen. Heute haben die meisten tunesischen Dörfer eine kleine Gesundheitsstation, in der sich ebenfalls Ärzte und Hebammen zu festgesetzten Zeiten zur Beratung und Behandlung einfinden. (Nicht selten war übrigens für die Durchführung solcher Maßnahmen

Voraussetzung, daß die oft weit auseinander liegenden Einzelanwesen der Bauern in feste Dorfsiedlungen mit von der Regierung errichteten Steinhäusern umgewandelt wurden, was ziemliche Widerstände der Leute mit sich brachte.)
1971 bestanden in Tunesien 289 Familienplanungszentren, die nicht nur die städtischen Gebiete, sondern vor allem die Provinz versorgen sollen und 15 mobile Einsatzgruppen. Die personelle Situation ist schwierig: Tunesien verfügte 1972 über 48 Gynäkologen (d.h. einer auf 46 800 Frauen), von denen aber nur 18 Tunesier sind, die überdies zu 90 % in der Hauptstadt arbeiten. Die ausländischen Ärzte kommen aber meist nur für eine begrenzte Zeit ins Land. Außerdem stellt sich das Problem, daß sich islamische Frauen in der Regel kaum von einem männlichen Arzt untersuchen lassen (dürfen). Weibliche Ärzte gibt es dagegen nur sehr wenige, die auf dem Land auf große Widerstände gegen weibliche Berufstätigkeit allgemein treffen. Ebenso herrscht vor allem auf dem Land ein großer Mangel an Hebammen und Sozialarbeiterinnen bzw. Beraterinnen – in den arabischen Ländern ist es für Frauen sehr schwierig, außerhalb des Hauses zu arbeiten. (In anderen Entwicklungsländern existieren diese Schwierigkeiten nicht unbedingt in gleichem Maß – aber auch mit einer besseren Personalausstattung gibt es dort nur sehr wenig Erfolge.)
Zur weiteren Ausdehnung des Programms ist neben der verstärkten Ausbildung von medizinischem Personal geplant, besonders auch die sog. „assistantes sociales" einzusetzen, deren Aufgabe hauptsächlich in Information und Propaganda besteht (Werbekampagnen, Hausbesuche, Besuche von Frauen in der Klinik direkt nach der Geburt, statistische Umfragen usw.)



Was die *Methoden* der Empfängnisverhütung angeht, so wird von den Zentren eine Vielzahl von Mitteln angeboten. Das Schwergewicht liegt aber – vor allem aus wirtschaftlichen Gründen, da die Mittel kostenlos verteilt werden – bei der Spirale (IUD), die in Herstellung und Anwendung erheblich billiger ist als etwa die Antibabypille oder Kondome (siehe Kasten).
1970 teilten sich die drei wichtigsten Methoden (Spirale, Pille, weibliche Sterilisation) prozentual wie folgt auf:[10]

Gesamtzahl 22 136	davon Spirale	44 %
	Pille	45 %
	weibliche Sterilisation	11 %

SPIRALE ODER IUD

IUD ist die Abkürzung der englischen Bezeichnung „intra-uterine contraceptive device". Damit bezeichnet man eine Spirale oder einen Ring, der zur Empfängnisverhütung in die Gebärmutterhöhle eingelegt wird.
Die Spirale ist vor allem durch die Forschungen des Population Council seit Anfang der 50er Jahre entwickelt worden. Heute tragen etwa 15 Mio. Frauen ein IUD, die meisten davon in Ländern der Dritten Welt.
Allgemeine Nebenwirkungen der Spirale sind häufig Zwischenblutungen, Schmierblutungen, Unterleibskrämpfe, Rückenschmerzen. Häufig tritt auch eine allgemeine bakterielle Entzündung der Beckenorgane auf. Der Blutverlust bei der Menstruation ist größer.
Von den mechanischen Verhütungsmitteln ist das IUD das sicherste – sofern es nicht innerhalb der ersten Monate ausgestoßen wird. Für die Verwendung in Ländern der Dritten Welt eignet sich das IUD nach Ansicht der Fachleute hervorragend, weil es
- billig in der Herstellung (weniger als 10 Pfennig pro Stück,
- schnell einzusetzen (für Massenabfertigungen geeignet),
- einfach in der Anwendung (einmaliges Einsetzen genügt) und
- außerdem sofort wirksam ist.

Deshalb wird es als Geburtenkontrollmethode für Entwicklungsländer seit Jahren bevorzugt propagiert. Was bei diesen Überlegungen nicht auftaucht:
- in den Entwicklungsländern werden im allgemeinen ältere IUD-Modelle verwandt, die noch nicht die Vorteile der in USA und Europa verwandten neueren Modelle und darum sehr hohe Ausstoßraten und zahlreiche Nebenwirkungen haben.
- das Einsetzen muß durch einen geübten Arzt erfolgen und erfordert hinterher ärztliche Überwachung, um die besonders anfangs möglichen Komplikationen beheben zu können. In vielen Entwicklungsländern werden aber die IUDs in ländlichen Gebieten durch mobile Kliniken eingesetzt, so daß die Frauen bei auftretenden Schwierigkeiten keine Möglichkeit zu einem Arztbesuch haben. Das ist besonders gefährlich, weil Frauen in den Entwicklungsländern oft unterernährt, blutarm und anfällig für Infektionen sind. Viele wissen außerdem nicht genau, was der Fremdkörper in ihrem Bauch eigentlich soll und machen ihn für sämtliche Krankheiten und Anfälligkeiten verantwortlich – was die hohe Quote an Frauen erklären würde, die sich die Spirale nach einiger Zeit wieder entfernen lassen.
- in vielen Kulturen existieren Sexualtabus, die dem Mann verbieten, während der Menstruation seiner Frau mit ihr zu schlafen. Durch die Spirale wird die Menstruation aber oft verlängert, und es können Zwischenblutungen auftreten – ein häufig genannter Grund für die Opposition von Männern gegen Geburtenkontrolle!

(Alle Angaben nach: Brot und Rosen, Frauenhandbuch Nr. 1,2. Auflage, 1974, S. 66 – 83).

Bis 1970 hatten sich über 60 000 Frauen die Spirale einsetzen lassen (das entspricht etwa 9 % der verheirateten Frauen unter 50 Jahren). Von diesen Spiralen sind aber

nach einem Jahr schätzungsweise nur noch 60 bis 70 % an ihrem Platz. Die restlichen werden ausgestoßen oder wegen der häufigen unangenehmen Nebenwirkungen von den Frauen entfernt (siehe Kasten).
Die Zahl der Frauen, die die Pilleneinnahme über ein Jahr lang fortsetzen, wird nur mit 30 bis 40 % angegeben.[11] Gründe hierfür sind im einzelnen noch nicht bekannt. Die richtige Anwendung ist bei keiner Methode außer Spirale zu kontrollieren, weshalb nur sehr bedingte Aussagen über die Effizienz des Programms gemacht werden können. Als Erfolg wird einerseits gewertet, daß sich in den ersten 6 Jahren des Programms ein Fünftel aller verheirateten Frauen in einem der Zentren hat beraten lassen, und daß die Geburtenziffern seit Einführung des Programms von 46 auf 39 pro Tausend gesunken sind. Andererseits lassen sich aber nach anfänglichen Erfolgen inzwischen Änderungen in der Bereitschaft der Bevölkerung, Geburtenkontrolle zu praktizieren, feststellen – vor allem deutlich geworden an der wachsenden Ablehnung der Spirale. (Die Zahl der Ersteinsetzungen stieg von ca. 1 000 im Jahr 1964 auf fast 13 000 im Jahr 1966, seitdem ist sie ständig gesunken).

Die Stellungnahmen der tunesischen Regierung führen diesen Rückgang vor allem auf Organisations- und Personalmangel und auf fehlende finanzielle Mittel zurück. Wahrscheinlicher ist aber, daß vor allem in den ersten beiden Jahren Druck auf die Frauen ausgeübt wurde, sich die Spirale einsetzen zu lassen.
Es wird berichtet, in einigen Zentren sei die Vergabe von Trockenmilch an kinderreiche Mütter von der vorherigen Einsetzung der Spirale abhängig gemacht worden. Oft wurden Frauen ohne weitere Erklärungen versammelt und in Bussen zum Familienplanungszentrum gebracht. Es hat auch Fälle gegeben, in denen Ehemänner ihren Arbeitsplatz verloren, wenn sie der Empfängnisverhütung nicht zustimmten.[12] Solche Praktiken sind natürlich nicht gerade geeignet, Vertrauen in die Argumente der Familienplaner zu wecken! Außerdem müssen aber auch die medizinischen Nebenwirkungen der Spirale berücksichtigt werden (siehe Kasten), um die hohe Ablehnungsquote (40 % der befragten Frauen gegenüber 9 %, die die Pille und 5 %, die Kondome ablehnten)[13], zu erklären.
Die Regierung verspricht sich Abhilfe durch bessere Information und Aufklärung, hat aber in den letzten Jahren den Trend zur Pille und weg von der Spirale nicht aufhalten können.

Beispiel: Indien
In Indien gibt es bereits seit 1951 ein staatliches Familienplanungsprogramm, das inzwischen Priorität vor allen anderen sozio-ökonomischen Entwicklungsprogrammen genießt. Das Ziel ist, die Geburtenrate von gegenwärtig 39 pro Tausend auf 25 pro Tausend zu senken.[14] Das ist bei einer Bevölkerung von 600 Mio (jährliche Zuwachsrate 2,5 %), die zu 80 % auf dem Land lebt[15], ein schwieriges Unterfangen. Die ersten beiden Fünfjahrespläne bis 1961 hatten auch nur äußerst geringe Erfolge zu verzeichnen.
Seit 1961 sind nun alle Hebel in Gang gesetzt worden – finanziell (wie üblich: US-AID, Population Council, Ford-Foundation, UNO u.a.) wie personell. Die angebotenen Mittel – Kondome und andere konventionelle Mittel, Spirale und männliche und weibliche Sterilisation – werden kostenlos (bisher oft gegen Belohnung) verteilt. Schätzungen von 1970 ergaben, daß von ca. 100 Mio Paaren 9 Mio Geburtenkontrolle praktizierten – 5,8 Mio durch Sterilisation, 2,8 Mio durch Spirale (IUD), der Rest mit konventionellen Methoden.[16] Der Schwerpunkt des Programms liegt damit – auch in der weiteren Planung – eindeutig auf der Sterilisation von Männern und Frauen. Diese Methode wird auch schon am längsten praktiziert (seit 1956). Besonders populär war die Praxis, jeder Person, die sich freiwillig sterilisieren ließ, ein Transistorradio zu schenken. Heute freilich droht jedem Staatsbeamten, der schon zwei Kinder hat, die Zwangssterilisation.[17]

> **Bilanz der Geburtenkontrolle**
> **NEU-DELHI, 15. Oktober (ddp). Von April bis September dieses Jahres sind in Indien 3,7 Millionen Sterilisierungen vorgenommen worden, davon allein 1,3 Millionen im letzten Monat. Damit schlagen die Erfolge der bisherigen Geburtenkontrolle in Indien alle Rekorde.**

Das 1965 mit riesigem Aufwand begonnene IUD-Programm ist ein totales Fiasko geworden, nach einigen Jahren waren kaum noch Spiralen an ihrem Platz.[18] Viele Frauen benutzten das IUD zum Gelderwerb: ließen es sich gegen Prämie einsetzen, nahmen es wieder heraus und kassierten in der nächsten Klinik die zweite Prämie für erneutes Einsetzen.[19] Dieses uns eher komisch anmutende Detail darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß ein Großteil der Frauen die Spirale gegen ihren Willen eingesetzt bekam,und daß für viele Frauen einfach eine Notwendigkeit bestand, aus allem Möglichen einen Gelderwerb zu machen.
Vor allem der Mißerfolg der IUD-Kampagne, aber auch die nur langsam wachsende Zahl der freiwilligen Sterilisationen haben die Diskussion um die Einführung von Zwangsmaßnahmen entscheidend begünstigt. An Stelle der Transistorradios sind als Negativsanktionen Entlassungen aus dem öffentlichen Dienst, Nachteile bei der Wohnungssuche, weitere Heraufsetzung des Heiratsalters, Internierung in „Sterilisationslagern" getreten, aber auch Versuche mit Langzeitpillen, Hormoninjektionen oder Durchsetzung von Trinkwasser mit empfängnisverhütenden bzw. sterilisierenden Hormonen sind in der Diskussion.[20]

Beispiel: Sterilisation in Lateinamerika
Das erste Projekt, das in Lateinamerika durchgeführt wurde, war ein großes Sterilisationsprogramm in der Dominikanischen Republik etwa Mitte der 50er Jahre.
Das Muster – in der Folgezeit öfter kopiert, z.B. in Costa Rica – ist einfach: die Ford-Foundation gibt an einen amerikanischen Geschäftsmann 1 Mio $, die dieser in Häusern und sonstigen Immobilien anlegt. Diese werfen eine Rendite von 80 000 $ pro Jahr ab. Dieses Geld wird nun dafür verwendet, jeder Person, die sich freiwillig sterilisieren läßt, für den Rest ihres Lebens 5 oder 6 oder 7 $ pro Monat zu bezahlen. (Ein bißchen großzügiger als in Indien!) Zuerst ließen sich hauptsächlich ältere Leute sterilisieren, die schon mehrere Kinder hatten, dann verkauften sich auch zunehmend junge arme Leute an die Familienplaner.[21]

Frauen als Versuchskaninchen
Nicht immer jedoch werden die Leute um ihre Einwilligung gefragt oder gar bezahlt.
Auf Puerto Rico sind nach Schätzungen in den vergangenen 20 Jahren ein bis zwei Drittel der weiblichen Bevölkerung im gebärfähigen Alter zwangssterilisiert worden.[22] Diese Frauen wurden meist ohne ihr Wissen nach einer Geburt oder einer Abtreibung in der Klinik sterilisiert, häufig aber auch in regelrechten „Sterilisationszentren", die von der Regierung finanziert wurden. Sie sind Opfer einer Medizin, die ihre Forschungen am „Objekt", an den unterprivilegiertesten Frauen der Welt, betreibt, wenn Kaninchen oder Ratten nicht mehr ausreichen, und zwar so lange,

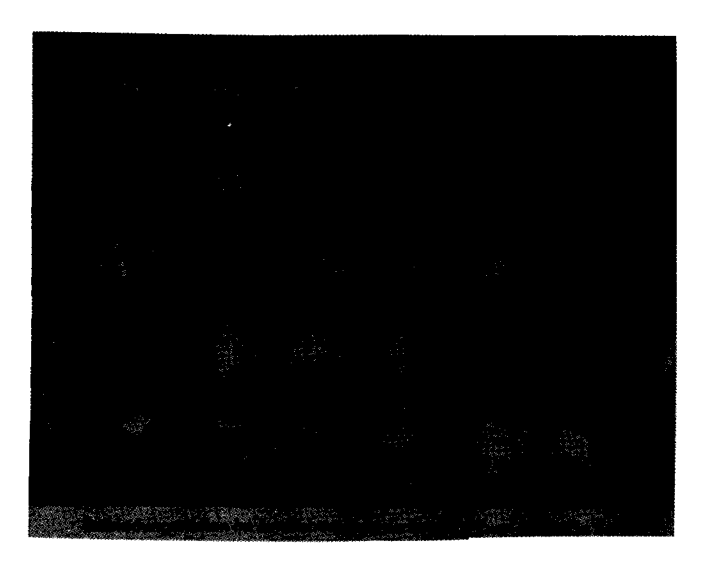
ABTREIBUNG

Bis heute ist für Millionen Frauen in der Welt Abtreibung die einzige praktizierte Methode der „Geburtenkontrolle". Die wenigsten Frauen in den Entwicklungsländern allerdings haben die Möglichkeit, einen Arzt oder eine Klinik aufzusuchen. In vielen Ländern ist die Abtreibung illegal, wenn sie in einigen Entwicklungsländern auch inzwischen von den Familienplanungskliniken als Methode angeboten wird. Oft ist es jedoch auch nicht nötig, die Abtreibung durch einen Arzt durchzuführen – sie erfolgt einfach durch körperliche Schwäche, durch Unterernährung oder durch zu viele Geburten in zu kurzer Zeit. Die Grenze zur Fehlgeburt ist also vage und verschwommen.
Natürlich gibt es keine genauen Berechnungen über die Anzahl von Schwangerschaftsabbrüchen, doch selbst die vorsichtigsten Schätzungen sind alarmierend:[1] In Nigeria werden 10 % aller Schwangerschaften illegal abgebrochen, für Ägypten wird die Abtreibungsquote sogar mit 50 % der Geburten angegeben (d.h. ein Abbruch auf zwei Geburten). In Lateinamerika werden schätzungsweise 50 % aller Schwangerschaften durch eine Abtreibung beendet.
Die Illegalität, in der dies oft geschieht, treibt jedes Jahr Frauen in die Hände von Kurpfuschern und damit oft in Krankheiten oder in den Tod. In den meisten Ländern sind jährlich mehrere Tausend Fälle *bekannt*, in denen Frauen nach einer Abtreibung sterben. Wie sieht erst die Dunkelziffer aus?
Aber nicht nur Leben gehen so verloren, sondern auch die medizinische Versorgung für die ganze Bevölkerung wird dadurch belastet: in Ägypten bspw. sind 40 % der Betten in Schwangerschafts- und Entbindungskliniken von Frauen mit Abtreibungskomplikationen belegt, in Zaire über 50 %, in Chile 25 % *aller* Krankenhausbetten, in Kolumbien sogar 33 %.

Das sind alarmierende Zahlen – und vor allem alarmierende Folgen für die betroffenen Frauen! Darum muß neben der Forderung nach Entwicklung von sicheren und wirklich unschädlichen Verhütungsmitteln auch die Forderung nach Freigabe der Abtreibung – und zwar ohne demütigende und langwierige Genehmigungsprozeduren – stehen. Zwar kann Abtreibung letztendlich nur eine Notlösung sein, dennoch muß sie ein Recht der Frauen darstellen, solange nicht jede Frau Zugang zu sicheren und unschädlichen Verhütungsmitteln hat!

1) Alle Zahlenangaben nach: Tuckwell, Sue: Abortion – the Hidden Plague, in: New Internationalist No. 15, Mai 1975, S. 25 ff.

bis die Ergebnisse dieser Forschungen auch für weiße Frauen zumutbar sind. Resultat: die Medizin kennt heute vier verschiedene Methoden für die weibliche Sterilisation, und Millionen farbiger Frauen sind gegen ihren Willen unfruchtbar gemacht worden. Sterilisation ist aber nicht das einzige Beispiel: sämtliche Verhütungsmittel – wie z.B. Pille, Dreimonatsspritze, Spirale, Sterilisation, aber auch Abtreibung – sind in den 50er und 60er Jahren zuerst an armen Frauen in den Entwicklungsländern ausprobiert worden, oft ohne ihr Wissen oder ohne ihr Einverständnis, sodann an armen Chicano-, Indianer- oder schwarzen Frauen in den USA, dann an armen weißen Frauen in den Slums von Los Angeles, bis sie schließlich soweit „verbessert" waren, daß sie für die weißen Mittelklassefrauen freigegeben wurden.
Das Ausmaß dieser Versuchskampagnen läßt sich schwer überblicken: allein von der Spirale wurden in 14 Jahren über 60 (!) Modelle erfunden und getestet (an wem??), knapp 20 davon wurden für wert befunden, in den Handel zu kommen.[23] Was die anderen 40 an Folgen für die Versuchspersonen mit sich gebracht haben, davon ist nirgends die Rede.
Erprobt wurde auf Puerto Rico neben den verschiedenen Pillen-Präparaten auch die Ein- bzw. die Dreimonatsspritze. Die empfängnisverhütenden Hormone werden hier intramuskulär gespritzt. Nach Beendigung der Behandlung vergehen viele Monate, bis wieder ein regelmäßiger Menstruationszyklus einsetzt. Drei Viertel aller Frauen sind nach einjähriger Behandlung mit diesem Präparat aber sowieso für immer unfruchtbar. Für europäische Frauen wird diese Art der Geburtenregelung selbstredend als zu gefährlich angesehen, aber für Frauen in der Dritten Welt? Hören wir das Urteil eines Arztes: „Trotzdem glauben wir, daß die Depot-Ovulationshemmer (d.h. Ein- bzw. Dreimonatsspritze, S.H.) besonders in Entwicklungsländern eine große Zukunft haben. Wenn es gelingt, ein Depot für sechs Monate herauszubringen, so kann gerade bei Analphabeten, wenig verantwortungsbewußten oder fatalistischen Bevölkerungsgruppen wirksam und mit wenig Aufwand gearbeitet werden."[24]



Ebenfalls in der Dritten Welt erprobt wird die Silikon-Kapsel. Sie enthält empfängnisverhütende Hormone und wird unter die Haut, meist am Unterarm, eingepflanzt. Die Wirkungsdauer beträgt etwa 9 Monate, allerdings wird eine Schwangerschaft erst ab fünf implantierten Kapseln sicher verhütet. Langzeitwirkungen und Versagerquoten sind noch nicht bekannt. Auch hier sind sich die Ärzte einig, daß für Frauen aus hochzivilisierten Ländern dieses Präparat keinesfalls geeignet sein wird, für die Anwendung in Entwicklungsländern aber durchaus Vorteile bietet.[25]

Uns scheint, daß diese Vorteile allerdings nur sehen kann, wer Familienplanung als rein technisches Problem begreift, ohne die konkreten sozialen, ökonomischen und kulturellen Lebensbedingungen der Menschen zu betrachten. Die „Geburtenkontrolltechniker" sind allerdings bei den meisten Programmen noch in der Überzahl – erfaßt werden fast ausschließlich statistische Größen wie Bevölkerungszahl, Zahl der gebärfähigen Frauen, der Eheschließung, der Geburten; als Erfolgsmesser dienen die

Zahl der „beratenen" Frauen, oder Paare, die Zahl der verteilten Propagandaschriften, Pillen und Spiralen. Desinteresse, Widerstände oder Ängste der Bevölkerung glaubt man mit immer besseren Techniken beheben zu können – mehr Experten, bessere Organisationsmethoden, mehr Umfragen, wirksamere Verhütungsmethoden und bessere Massenkommunikationsprogramme. Hauptsache: die Behauptung, die Armen seien an ihrer Armut selbst schuld, bleibt unwidersprochen, Hauptsache: die wahren Ursachen der Armut bleiben ungenannt, und die Armut bleibt selbst auch. So wird Bevölkerungskontrolle zu einer Denksportaufgabe für Schreibtisch-Strategen, nicht aber zu einer Sache der Betroffenen.
Dies ist wohl als Hauptgrund für das Scheitern der meisten Programme anzusehen: daß diese von außen in die Entwicklungsländer hineingetragen werden, ohne daß sich an der eigentlichen Ursache der „Überbevölkerung", nämlich der abhängigen Situation dieser Länder, etwas ändert, und ohne daß die betroffenen Familien die Möglichkeit haben, ihre Fortpflanzung tatsächlich selbstverantwortlich zu planen – abgesehen von medizinischen Gründen, die eine Ablehnung der Geburtenkontrolle hervorrufen können.
Diese technokratische Auffassung von Familienplanung ist es, die für grundlegende Irrtümer und falsche Annahmen verantwortlich ist, von denen einige noch im dritten Teil diskutiert werden sollen – vor allem der angeblich obligatorische Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Kleinfamilie, der völlig unreflektiert aus der Geschichte der Industriestaaten auf die Entwicklungsländer übertragen wurde; in diesem Zusammenhang auch die Forderung nach „Modernisierung" der Entwicklungsländer.

III. Geburtenkontrolle für wen?

1. Ökonomische Rechtfertigung der Geburtenkontrolle

Als Anzeichen für Überbevölkerung gelten im allgemeinen eine unzureichende Nahrungsmittelproduktion und Vorhandensein von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung. Der These der Bevölkerungsplaner, daß hierfür ein zu schnelles Bevölkerungswachstum verantwortlich sei, läßt sich entgegenhalten, daß das rasche Entwicklungswachstum in den Entwicklungsländern gerade eine Folge der in der Regel geringen Nutzung der Produktivkräfte und der daraus resultierenden Armut ist. Kinder haben als Arbeitskräfte und für die Alterssicherung der Eltern eine große Bedeutung – vor allem dadurch läßt sich erklären, daß das westliche Modell der Kleinfamilie in Entwicklungsländern allenfalls von einer dünnen Oberschicht übernommen wurde, daß die Mehrheit der Bevölkerung aber nach wie vor große Familien anstrebt. Die Großfamilie ist – entgegen zahlreichen westlichen Annahmen – kein verstaubtes Relikt traditioneller Gesellschaften, sondern entspricht viel eher als die Kleinfamilie den Notwendigkeiten einer Gesellschaftsordnung, in der Arbeitslosigkeit, Unterernährung und fehlende soziale Sicherung an der Tagesordnung sind. Zudem werden durch die Malthus'sche These die Nahrungsmittelproduktion und die Beschäftigungsstruktur als gegeben vorausgesetzt und nicht als bedingt durch ökonomische und politische Machtverhältnisse.

Die wichtigste Ursache der relativ niedrigen Nutzung der Produktivkräfte (vor allem menschliche Arbeitskraft), nämlich die Abhängigkeit von den Industrieländern, bleibt so im Dunkeln.
Sicherlich bringt es für ein Land Schwierigkeiten mit sich, wenn die jährlichen Wachstumsraten des Bruttosozialproduktes von einem ebenso hohen oder höheren Bevölkerungswachstum „aufgefressen" werden; ebenso sicher kann auch ein gewisses Maß an Familienplanung für ein Land durchaus vorteilhaft sein, aber die Hauptursache für wirtschaftliche „Unterentwicklung" liegt nicht an einem zu raschen Bevölkerungswachstum. Durch arbeitsintensivere Produktionsmethoden ließe sich in der Regel wohl eine ausreichende Nahrungsmittelproduktion wie auch ein Rückgang der strukturell bedingten Arbeitslosigkeit erreichen (Beispiel China). Eine Entwicklung nach westlichem Muster (Industrialisierung um jeden Preis, kapitalintensive Produktionsmethoden, dazu einseitige Ausrichtung auf den Exportgütersektor) bieten hierfür allerdings nicht die Möglichkeit, hier kann ein Reichtum an menschlicher Arbeitskraft nur als Überbevölkerung aufgefaßt werden.
In eine ähnliche Richtung geht das Argument, durch zu hohe Geburtenraten sei ein Land zu unnützen Ausgaben für Nahrung, Kleidung, Schulen usw. gezwungen; diese Gelder seien doch besser profitabler anzulegen. Diese These ist falsch, denn 1. *werden* diese „sozialen" Ausgaben nicht in so starkem Maß getätigt, wie es nötig wäre (vgl. dagegen Militärausgaben), 2. verbrauchen Kinder nicht so viel wie Erwachsene und 3. sind Kinder nicht nur Esser, sondern auch Arbeitskräfte, die vor allem in der Subsistenzwirtschaft und im Haushalt einen ganz wichtigen Teil zur Produktion beitragen. (Dies soll kein Plädoyer für Kinderreichtum sein, entspricht jedoch in den meisten Ländern der Dritten Welt eher den Fakten als die genannte These der Bevölkerungsplaner!)
Weitere ökonomische Argumente für die Notwendigkeit von Bevölkerungskontrolle in der Dritten Welt sollen hier nicht diskutiert werden. In diesem Zusammenhang sei verwiesen auf einen Artikel in den Blättern des iz3w nr. 25 „Bevölkerungsexplosion: Ursache von Unterentwicklung?", der sich ausführlicher mit diesen Argumenten beschäftigt. Gemeinsam ist allen Rechtfertigungsversuchen jedenfalls, daß sie von den wahren Ursachen der Armut der Entwicklungsländer ablenken und daß alle darauf basierenden Programme darauf angelegt sind, die Dritte Welt weiter in Abhängigkeit zu halten.
Das gilt auch für relativ aufgeklärte und fortschrittliche Familienplanungsprogramme wie etwa das tunesische, das wir oben bewußt ausführlich beschrieben haben. Dieses Modell ist auf gesetzlicher Ebene von verschiedenen Maßnahmen begleitet, die die Situation der Frau verbessern sollen: z.B. das Personen-Statut, das Frauen die völlige Gleichberechtigung vor dem Gesetz zugesteht, die Abschaffung der Polygamie, das Recht auf Scheidung, die Heraufsetzung des gesetzlichen Heiratsalters (für Frauen auf 17, für Männer auf 20 Jahre) und die begrenzte Freigabe der Abtreibung (nach dem fünften Kind, bis zum dritten Monat, aus sozialen Gründen).[26] Das Geburtenkontrollprogramm ist zwar auch nicht ganz ohne Druck durchgesetzt worden (s.o.), im allgemeinen wird aber mehr auf Information, psychologische Überzeugungsmittel usw. zurückgegriffen. Ungeheuerlichkeiten wie in verschiedenen lateinamerikanischen Ländern oder in Pakistan und Indien, wo Frauen (und z.T. auch Männer) mit oft unvorstellbarer Brutalität zur Geburtenbeschränkung gezwungen wurden und werden, sind von Tunesien zumindest nicht bekannt.
Sieht man den Sinn von Familienplanung nicht nur in der Beschränkung der Geburtenzahlen, sondern vor allem in der selbstverantwortlichen Kontrolle der Menschen über ihre eigene Fortpflanzung und in der Schaffung eines besseren Lebens für alle, so scheint uns, daß selbst „ganz normale" Programme wie in Tunesien nicht gerade geeignet sind, dieses Ziel zu erreichen. Überhaupt sind US-AID, Ford-Foundation, Population Council, UNO und Weltbank, die auch das tunesische Programm finanzieren, ja nicht gerade Garanten dafür, daß die bestehende Ausbeutung der Dritten Welt aufgehoben wird – allenfalls soll sie auf weniger Köpfe verteilt werden.

Außerdem ist nirgendwo garantiert, daß relativ „sanfte" Programme bei ungenügendem Erfolg nicht durch (international geförderte) staatliche Zwangsprogramme ersetzt werden – wie das Beispiel Indien zeigt. Es ist ja kein Einzelfall, daß die USA kürzlich Pakistan offenbar gedroht haben, ihre gesamte Entwicklungshilfe einzustellen, falls sich die pakistanische Regierung nicht auf eine drastische Begrenzung des Bevölkerungszuwachses konzentriere.[27] Indien, das schon in den 50er Jahren mit seiner Bevölkerung gewiß nicht zimperlich umsprang, verschärft den Druck immer mehr. Aber der eigentliche Druck kommt von noch weiter oben: schon 1965 ordnete der amerikanische Kongreß an, nur noch an solche Entwicklungsländer „Nahrung für den Frieden" zu liefern, die sich aktiv um Geburtenbeschränkung bemühten.[28] Vor diesem Hintergrund muß man die scheinbar unauffällig-freundlichen, um das „Wohl der Bevölkerung" bemühten Programme auch sehen. Ein Druck auf die Bevölkerung findet in jedem Falle statt, will man sie doch um jeden Preis zu etwas bewegen, was vielleicht gar nicht in ihrer Absicht liegt, vor allem nicht unter ihrer Kontrolle steht und zudem der Erreichung des Ziels „Aufhebung der Armut" noch gar nicht mal unbedingt förderlich ist! Für die Befreiung der Frauen – wie der Menschen überhaupt – scheint da nicht mehr allzuviel Raum zu bleiben, werden doch die Entscheidungen, die sie betreffen, nicht von ihnen selbst, sondern nach wie vor in den Chefetagen Manhattans gefällt . . .

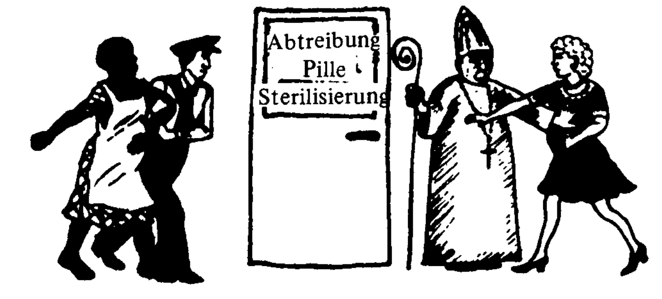


Beirut 1972: Treffen von islamischen Gelehrten und Mitgliedern von „Planned Parenthood", bei dem die Vereinbarkeit der Empfängnisverhütung mit der islamischen Lehre festgestellt wurde.

2. Geburtenkontrolle und Frauenbefreiung

Für die Frauen in der Dritten Welt hat das eine schwierige Situation zur Folge: so sicher, wie die US-AID-Programme keine Selbstbestimmung zulassen, so sicher ist auch, daß eine Frau mit fünf oder sieben oder zwölf Kindern erst recht keine Chance hat, sich selbst zu verwirklichen. D.h. es fehlen ihr jegliche Möglichkeiten, eine Ausbildung zu machen, einen Beruf auszuüben, sich unabhängig von ihrer Familie zu definieren, an politischen Aktivitäten teilzunehmen. Sie ist an ihren Mann, an ihre Kinder gebunden, hat keinerlei Kontrolle über ihren Körper, ist fortwährend anstrengenden Schwangerschaften ausgesetzt und allein auf ihre Gebärfunktion reduziert.

Aber sind die von US-AID verteilten Spiralen und Pillen die Abhilfe? Ein wichtiges Ziel der Familienplanungsbewegung ist es ja auch, die Kleinfamilie zu stärken – durch weniger Kinder, die besser erzogen werden können, denen sich die Mutter besser widmen kann als wenn sie mehrere hätte usw. Am Beispiel Westeuropa und USA läßt sich zeigen, daß *allein* kleinere Familien die Emanzipation der Frau nicht voranbringen. Sie ändern nichts an der Rollenverteilung, denn oft fühlen sich Mütter in kleinen Familien, besonders wenn sie noch berufstätig sind, extra stark verpflichtet, eine „gute" Mutter und Hausfrau zu sein und so dem weiblichen Rollenideal besonders zu entsprechen. Auch in der Frage der Geburtenkontrolle können Frauen in den Industrieländern ja nicht völlig bestimmen, ob, wann und wieviele Kinder sie haben wollen, was schon deutlich wird am Kampf um die Freigabe der Abtreibung oder an den Schwierigkeiten, als unverheiratete, kinderlose junge Frau in der BRD eine Sterilisation zu bekommen. Letzteres scheint uns einen Fall doppelter Moral darzustellen, die ihre Grundlagen in einer allgemeinen Geringschätzung von Frauen hat: in einem Fall sind Frauen wertloses Menschenmaterial, gerade gut genug für medizinische Versuche, im anderen Fall eine völlig einflußlose Gruppe, die vergeblich Kontrolle über ihren eigenen Körper und volle sexuelle Freiheit fordert. Im einen Fall die zynische Verweigerung des Rechts, Kinder bekommen zu können; des Rechts, keine bekommen zu müssen, im anderen. Verbot der Selbstbestimmung von Frauen in beiden Fällen – was für uns den Bezug herstellt zwischen der Unterdrückung der Frauen in der Dritten Welt und unserer eigenen.



Uns scheint, daß die Lösung weder in einer strikten Ablehnung von Familienplanung noch in der Vater-Mutter-2-Kinder-Familie westlichen Typs liegt. Frauenbefreiung beginnt mit ökonomischer Unabhängigkeit vom Mann, mit der Möglichkeit, eine nicht-entfremdete Arbeit zu tun, am politischen Leben teilnehmen zu können und nicht durch Mann und Kinder gefesselt zu sein – seien es jetzt ein Dutzend Kinder in der Großfamilie oder zwei in einer Kleinfamilie. D.h. die Verantwortung für Familie und Haushalt soll nicht mehr allein bei den Frauen liegen, nicht ihnen allein sollen bestimmte Rollen zugeschrieben werden. Zu einer vernünftigen Familienplanung, die wir als unerläßlich für die Befreiung der Frau ansehen, gehört neben der Selbstkontrolle der Betroffenen vor allem ein grundlegender Wandel der gesellschaftlichen Strukturen, ein Abbau des Denkens in Geschlechterrollen, die Frauen so und Männer so definieren. Allgemeiner ausgedrückt: unter kapitalistischen Bedingungen kann es keine völlige Befreiung der Frauen geben, weil dort die Fesselung durch die Kleinfamilie nicht aufgehoben werden kann.

Aber auch in sich sozialistisch nennenden Entwicklungsländern, die aus „antiimperialistischen Gründen" keine Familienplanung zulassen, wie etwa Algerien oder Libyen, befinden sich Frauen in einer „fast unmöglichen Situation", wie eine algerische Soziologin es ausdrückte. „Wenn sie die Einstellung der Regierung gegen Geburtenkontrolle unter-

stützen, weil diese eine repressive Politik darstellt, unterzeichnen sie ihr eigenes Todesurteil. Ihnen wird das Recht auf Empfängnisverhütung, eines der wichtigsten menschlichen Rechte, durch die reaktionären Kräfte im Staat verweigert, die ihren Kreuzzug unter dem Banner des Sozialismus, der Moral und der Religion führen. Dieses Dilemma wird andauern, solange ihre Länder den neokapitalistischen Weg gehen."[29]

Anmerkungen:
1) vgl. Weissman, Steve: Die Bevölkerungsbombe ist ein Rockefeller-Baby In: Kursbuch 33, Oktober 1973, S. 81-94.
2) Zitiert nach einem von der amerikanischen Frauenbewegung nachgedruckten Papier: Barclay, W.; Enright, J.; Reynolds, R. T.: Population Control in the Third World, o.J., o.O., S. 10 (Übersetzung S.H.).
3) Barclay u.a., a.a.O., S. 4.
4) Agency for International Development, Office of Population: Population Program Assistance, Washington D.C., Oktober 1969, S. 28.
5) Barclay u.a., a.a.O., S. 17.
6) Barclay u.a., a.a.O., S. 6.
7) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.2.1976.
8) Zahlenangaben nach: Warneke, Margot: Generatives Verhalten und sozialer Wandel in Tunesien, dargestellt am Beispiel des staatlichen Familienplanungsprogramms, Dissertation Hamburg 1974, S. 16 f. Alle weiteren Zahlenangaben beruhen, sofern nicht anders angegeben, auf dieser Dissertation.
9) Warneke, a.a.O., S. 66.
10) a.a.O., S. 83.
11) a.a.O., S. 81.
12) a.a.O., S. 85.
13) a.a.O., S. 116.
14) Chaudhri, N.O.,: Population Programme in India, in: International Assistance for Population Programmes – Development Centre of the OECD Paris 1970, S. 33-46, hier S. 34.
15) ebenda, auch: FAZ, 17.2.76.
16) a.a.O., S. 36.
17) Neue Zürcher Zeitung, 21.2.1976.
18) Population Reports: „Intrauterine Devices" Series B, No. 2, Januar 1975, S. 26.
19) Aus einem unveröffentlichten Papier der amerikanischen Frauenbewegung.
20) vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.2.1976, Neue Zürcher Zeitung, 21.2.1976, Frankfurter Rundschau, 13.3.1976; und Weissman, Steve, a.a.O., S. 82; Barclay u.a., a.a.O., S. 15.
21) Barclay u.a., a.a.O., S. 16.

22) Frauen gemeinsam sind stark! Texte und Materialien des Women's Liberation Movement in den USA. Frankfurt 1972, S. 79. Außerdem: Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten (ID) Nr. 58, 24.11.1974, S. 22.
23) Brot und Rosen: Frauenhandbuch 1, 2. Auflage Berlin 1974, S. 68.
24) G.A. Hauser in „Medizinische Klinik" Nr. 27, 1970, zitiert nach Brot und Rosen, a.a.O., S. 57.
25) Brot und Rosen, a.a.O., S. 60.
26) Daly, Amor: Tunisia: The Liberation of Women and the Improvement of the Society, in: Familiy Planning Programs – An International Survey, edited by B. Berelson, New York 1969, S. 102-113, hier S. 104.
27) Neue Zürcher Zeitung, 21.2.1976.
28) Nach Brot und Rosen, a.a.O., S. 67.
29) Mahl (Pseudonym): The Super Gadget, in: New Internationalist No. 15 Mai 1975, S. 30.

ZUM FALL KLAUS ZIESCHANK

Der deutsche Student Klaus Zieschank befindet sich seit Ende März in Argentinien in Haft. (vgl. Nr. 54 und 55). Trotz großer Bemühungen vieler Organisationen in der BRD und sogar der Einschaltung des Bundeskanzlers Schmidt hat man bis heute nicht herausfinden können, wo und von wem K. Zieschank gefangengehalten wird. Die argentinische Regierung behauptet, nichts von diesem Fall zu wissen. Außer Klaus Zieschank sind auch zwei andere deutsche Staatsangehörige, nämlich Peter Falk und Max Wettengel, in argentinischer Haft. Ihr Aufenthaltsort ist ebenfalls unbekannt.
Nun ist eine Dokumentation zum Fall Klaus Zieschank erschienen, die über die Verhaftung sowie über Solidaritätsbewegung für die Freilassung der Verhafteten berichtet. Die Dokumentation ist von der Initiative „Freiheit für Klaus Zieschank", Amnesty International und vom Arbeitskreis Dritte Welt - KHG / München herausgegeben. Die Dokumentation (16 S.) kann bei A.E.L.A., Elsässerstr. 9, 8000 München 80, bestellt werden.

SPENDET FÜR DAS UNTER DER DÜRRE LEIDENDE VOLK DER KAPVERDEN!

Der Präsident der Republik der Kapverden, Aristides Perreira, verkündete den fast völligen Ausfall der Ernten des laufenden Agrarjahres, als Ergebnis des weitgehenden Ausbleibens der Regenfälle. Über den nationalen Rundfunk hat der Präsident festgestellt, daß bis zum 15. September auf allen Inseln so gut wie keine Niederschläge gefallen sind.
In einem Appell an sein Volk, sich auf ein schlechtes Agrarjahr einzustellen, hat der Präsident Aristides Perreira – wenige Tage vor dem 20. Jahrestag der PAIGC-Gründung – unterstrichen, daß schon während des Kampfes für die Unabhängigkeit sich die Partei der Schwierigkeiten, welchen das kapverdianische Volk ausgesetzt sein werde angesichts einer unbarmherzigen Natur und der Konsequenzen der völligen Vernachlässigung durch den Kolonialismus, bewußt gewesen sei. Trotz der widrigen Umstände hat der Präsident seine Überzeugung zum Ausdruck gebracht, daß das kapverdianische Volk und seine Partei, die PAIGC, die Herausforderung der Natur annehmen und ein von der Zufälligkeit der Niederschläge unabhängiges Kapverde schaffen werde, nachdem es schon 20 Jahre Opfer für die Erringung der Unabhängigkeit auf sich genommen hat.
Der Präsident Aristides Perreira hat sein Volk aufgefordert, erneut der Welt seine Fähigkeit zu beweisen, noch mehr Opfer und Arbeit auf sich zu nehmen, um die Internationale Solidarität zu mobilisieren, in die er sein ganzes Vertrauen setzt, auf daß dem kapverdianischen Volk bei der Bewältigung dieser neuen schwierigen Prüfung geholfen werde.

Spendenkonto:
297713 Stadtsparkasse Münster
Amilcar – Cabral – Gesellschaft
Stichwort: Hungersnot

FRAUEN GEMEINSAM SIND STARK (?)

Seitdem die UNO das Jahr 1975 zum „Internationalen Jahr der Frau" deklariert hat, ist kaum ein Tag vergangen, an dem nicht in den Massenmedien der Welt von den Problemen der Frau die Rede war, gibt es kaum ein Land, das nicht seinen offiziellen Frauenverband, seinen Frauentag oder eine Regierungskommission für Frauenfragen hat. Allein drei internationale Frauenkonferenzen haben seit 1975 die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit erregt, die UNO-Weltfrauenkonferenz in Mexico City, der Ostberliner „Weltkongreß im internationalen Jahr der Frau", und endlich das von autonomen Frauengruppen organisierte internationale Tribunal über Gewalt gegen Frauen in Brüssel.
Ein richtiger Boom in Sachen Emanzipation also, könnte man meinen, ein Aufblühen der internationalen Frauenbewegung . . . Sieht die Lage wirklich so rosig aus?
Mexico City: erinnern wir uns an die Worte Katharina Fockes: „Die Konferenz ist zu sehr mit internationaler Politik belastet, und die konkreten Probleme der Frau kommen zu kurz" (BZ 27.6.75) anläßlich des Streits um die Schlußresolution, in dem der wichtigste Punkt die Einschätzung des Zionismus war. Hören wir auch Frau Bandaranaike, die sich vor dem Plenum gegen ein „allzu starres System der Gleichheit" von Mann und Frau aussprach und erklärte: „Jeder Versuch, unflexible Einheitsnormen einzuführen, führt zur Tyrannei des Konformismus". (BZ 27.6.75) Die Leiterin der ägyptischen Delegation, Jihan el-Sadat: „Eine kluge Frau wird die Würde und Großartigkeit eines Mannes nie antasten..." (Spiegel 6.10.75) Und wer tauchte als Vertreterin der „iranischen Frauenbewegung" auf? Prinzessin Aschraf, Zwillingsschwester des Schahs, eine Millionenspende für die UNO in der Hand – vielleicht, damit nicht untersucht wird, wieviele tausend persische Frauen in den Gefängnissen des Schahs gefoltert werden und wieviele sich noch im Privateigentum ihres Ehemanns oder Arbeitgebers befinden ...
Weitere Prominenzen aufzuzählen, wollen wir uns hier ersparen, werfen wir lieber einen Blick auf die Ergebnisse der Konferenz. Verabschiedet wurde ein Welt-Aktionsplan, der alle Regierungen auffordert, innerhalb der nächsten 5 bis 10 Jahre die Gleichberechtigung der Frau durchzusetzen (Ausbildung, Wahlrecht, gleicher Lohn für gleiche Arbeit usw.). Wohlgemerkt: keines dieser Ziele wurde mit näheren Auflagen oder Zahlenangaben konkretisiert. Ansonsten stritt man sich getreu dem männlichen Vorbild über Zionismus, Entwicklungshilfe und Weltwirtschaftsordnung. Zur konkreten Situation der Frauen in der Dritten Welt also nur eine Fülle von Unverbindlichkeiten, die für mögliche Veränderungen aber auch gar nichts hergeben. Einig war man sich nur im Mitleid für die „armen Schwestern draußen in der Welt", und daß das nicht besonders viel politische Sprengkraft in sich birgt, mußte schließlich sogar die internationale bürgerliche Presse zugeben.
Die zweite Frauenkonferenz, die 1975 Aufsehen erregte, war eigentlich gar keine: in Ostberlin standen zwar lauter Frauenthemen auf dem Programm, debattiert wurde indes auch hier fast nur über „höhere" Ziele: Kampf für Frieden, nationale Unabhängigkeit und Entwicklung, Abrüstung, Faschismus, Imperialismus usw. Fazit: „Man dürfe den Fehler nicht machen, die Gleichberechtigung der Geschlechter als das Ziel zu betrachten ... (Diese Frage) dürfe nicht isoliert werden von den großen gesellschaftlichen Fragen, zu deren Lösung sich fortschrittliche Männer und Frauen vereinen." (Zitiert nach Basler Nationalzeitung vom 1.11.75) Nun macht man es sich aber allzu einfach, wenn man gänzlich darauf verzichtet, spezifische Frauenprobleme als existent anzuerkennen. Eben das wurde aber in Ostberlin konsequent betrieben. Insofern konnte außer allgemeinen Erklärungen und antiimperialistischen Resolutionen wirklich nichts von diesem Kongreß an die Öffentlichkeit dringen. Auch in Ostberlin wurde Emanzipation also nur als Gleichstellung mit dem Mann in beruflicher, juristischer und politischer Hinsicht verstanden.
Den bisher glücklichsten Versuch, die Unterdrückung von Frauen im internationalen Rahmen aus der Sicht von Betroffenen zu analysieren und Perspektiven für den Kampf gegen Unterdrückung zu entwickeln, stellt für uns das Frauentribunal von Brüssel dar. Auch hier brachen zwar die Widersprüche zwischen sozialistischen und nichtsozialistischen, zwischen Frauen aus Industrie- und Frauen aus Entwicklungsländern offen auf, jedoch wurde versucht, diese Widersprüche als Resultat der unterschiedlichen Bedingungen in den verschiedenen Ländern zu begreifen und sich nicht durch „männliche Interessenpolitik" noch weiter aufspalten zu lassen.
Für die Frauen aus der Dritten Welt wurde anerkannt, daß ihre primären Probleme – anders als bei der europäischen Frauenbewegung etwa – nicht Fragen patriarchalischer Unterdrückung wie Sexualität, Verhütung, Zweierbeziehungen betreffen, sondern vorrangig noch ökonomische und politische Repression beinhalten. Andererseits leugneten die Frauen der Dritten Welt nicht die Notwendigkeit, auch die Frauenunterdrückung durch eine männlich geprägte Gesellschaft zu analysieren und zu bekämpfen. Durch sog. „Zeugenaussagen" von betroffenen Frauen und durch die Möglichkeit, sich in kleinen Gruppen wie im Plenum zu treffen, konnte die Diskussion viel weiter gebracht werden als etwa in Mexico City oder Ostberlin. Was das Tribunal zusammenhielt, waren keine offiziellen Veranstalter oder Funktionäre, sondern allein das Interesse an anderen Frauen und ihrer Situation, der Wunsch, die Gemeinsamkeiten der Frauenunterdrückung quer über den Erdball zu erkennen und Möglichkeiten der Gegenwehr zu entwicklen. „Selbsthilfe" der Betroffenen: unserer Ansicht nach die einzige Möglichkeit eine Befreiung von ihrer Unterdrückung zu erreichen; allenfalls in Brüssel also eine gemeinsame Stärke von Frauen.



FRAUEN IN DER REVOLUTION

Vorbemerkung
Nachdem wir in den vorangehenden Artikeln die wichtigsten Lebensbereiche von Frauen in Ländern der Dritten Welt dargestellt haben, taucht unweigerlich die Frage auf: wie leben Frauen in sozialistischen Entwicklungsländern? Welche Unterschiede bestehen zu der Situation von Frauen in anderen Ländern? Welche spezifischen Verbesserungen bringt ein sozialistisches System für Frauen mit sich? Wo liegen seine Grenzen in Bezug auf die Emanzipation von Frauen (bzw. Menschen)?
Wir haben in die folgende Darstellung bewußt auch Befreiungsbewegungen mit einbezogen. Nicht, weil es uns sonst an Beispielen gemangelt hätte, sondern weil unserer Ansicht nach von den Befreiungsbewegungen ein starker Einfluß auf die Bevölkerung in der Dritten Welt (und auf die Linke in Europa und den USA) ausgeht, und weil die Bewegungen oft die einzigen Kräfte in einem Land sind, die das Problem der Frauenemanzipation in einem etwas anderen Rahmen sehen als die meist reaktionären offiziellen Frauenverbände in diesen Ländern. Ob der Rahmen der Befreiungsbewegungen allerdings mehr Chancen einer Frauenbefreiung zuläßt oder Frauenunterdrückung nur anders, nämlich mit ökonomischen Kategorien, definiert, wollen wir hier untersuchen. Konkret haben wir den Verdacht, daß für die meisten Befreiungsorganisationen die Frau dort emanzipiert ist, wo sie an der Produktion teilhat bzw. mit der Waffe in der Hand an der Seite ihres männlichen Mitstreiters für den Sozialismus kämpft. Diese Vermutung wird im folgenden näher zu begründen sein, darüber hinaus sei der Leser/die Leserin auf die entsprechenden Programme verwiesen.
Wir haben uns bei unserer Arbeit weitgehend darauf konzentriert, herauszufinden, welche Rolle die Kleinfamilie und traditionelle Vorstellungen von Weiblichkeit und weiblicher Sexualität in sozialistischen Entwicklungsländern spielen (wohlgemerkt: **nicht** *in der sozialistischen Theorie, was den Rahmen dieses Artikels sprengen würde[1]). Insofern haben wir die Stellung der Frau in Produktion und Politik nur am Rande berücksichtigt, nicht, weil wir sie für unwichtig hielten oder die realen Fortschritte, die auf diesen Gebieten z.T. gemacht wurden, nicht anerkennen würden, sondern weil für uns Frauenemanzipation sich nicht in einer höheren Beteiligung von Frauen im Berufsleben oder in der Partei erschöpft. Ohne ein radikales Umdenken in Bezug auf Rollenprägung und Sexualität ist unserer Ansicht nach eine Befreiung von Frauen – wie von Menschen überhaupt – nicht denkbar. Aus diesem Grund haben wir uns in den folgenden Artikeln besonders mit diesen Aspekten beschäftigt.*

1) Zu diesem Thema sei nur verwiesen auf das Buch von Mechthild Merfeld, Die Emanzipation der Frau in der sozialistischen Theorie und Praxis, Reinbek 1972

Die Frau in der VR China

Die Situation der Frau im heutigen China läßt sich nur unter dem Einbezug der historischen Dimension, d.h. in Anbetracht der erfolgreichen chinesischen Revolution verstehen und würdigen. Die traditionelle Familie als Ideal-Modell und konkreter Bestandteil der Gesellschaft wurde zerstört[1], eine neue Denkweise wurde zuerst per Gesetz eingeleitet, die als Ziel einer kommunistischen Gesellschaft entsprechen sollte, die nur im fortwährenden Kampf um Gleichheit erreicht werden sollte. Es wäre schlechthin unmöglich, die sozialistische Revolution in China zu begreifen, hätte sie nur die Hälfte der Bevölkerung befreit, die andere Hälfte aber in einem Zustand von Ausbeutung und Sklaverei belassen, wie es in den meisten Ländern noch das Los der Frauen ist.
Die neuen Werte, auf die sich die Familie und die Ehepartner heute stützen, ist die gegenseitige Verpflichtung „an der Arbeit und der Produktion teilzunehmen" und „gemeinsam zu kämpfen . . . für den Aufbau einer neuen Gesellschaft".[2]
„Die Frauen tragen auf ihren Schultern die Hälfte des Himmels und sie müssen sie erobern." (Mao Tse-Tung)

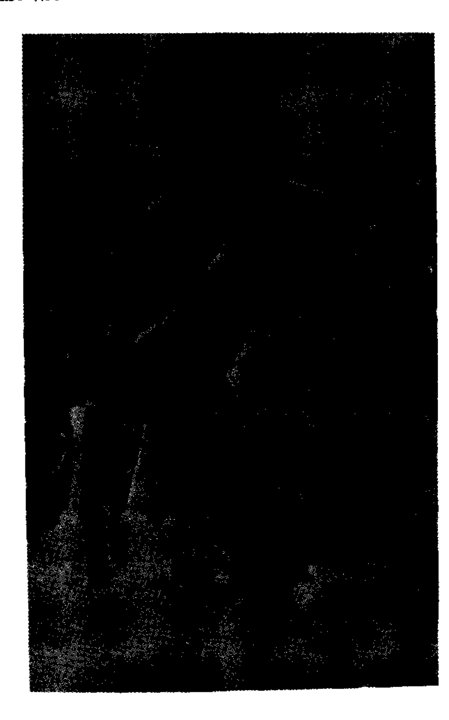
Das Leben der Frauen unter der konfuzianischen Tradition
Diese Philosphie war lange Zeit die offizielle Ideologie und ein Herrschaftsmittel zur Unterdrückung der Frau.
E. MASI unterscheidet zwei Grundfeiler dieser Gesellschaftsordnung[3]
1. Das Kommunikationsmittel im öffentlichen Bereich, die Schriftsprache, war das Monopol einer kleinen Minderheit von Literaten, die dadurch die wichtigsten Funktionen einnehmen konnten.
2. Die Familienstruktur stellte die ideologische Basis der hierarchischen Struktur der Gesellschaft dar; die Herrschenden, die Fürsten, begründeten die patriarchalische Familie mit dem Ziel der Sicherung und Überlieferung von Macht und Eigentum. Diese Zielvorstellung fand ihre Konkretion im Ahnenkult, der den Zwang zu hoher Kinderzahl voraussetzte, denn die Kinder dienten in ihrer Funktion der Ehre und Achtung der Väter und Großväter; keine Kinder zu haben war ein grober Verstoß gegen die kindliche Pietätspflicht.
Die Beziehungen zwischen Mann und Frau waren ein Spiegelbild der Beziehung Herrscher – Untertan. Die Frau speziell hatte während ihres Lebens drei Gehorsamsregeln zu befolgen:
Gehorsam gegenüber dem Vater vor der Ehe, Gehorsam gegenüber dem Mann während der Ehe, Gehorsam gegenüber dem ältesten Sohn während der Witwenschaft.
Die Ehe begründete einen Vertrag zwischen zwei Familien, dessen Vereinbarungen von den Vätern getroffen wurden. Im Alter von 7 Jahren wurden die Kinder von den Eltern getrennt, als ehereif erklärt und in geschlechtsmäßig unterschiedliche Häuser voneinander abgesondert.
Das Prinzip der erzwungenen Heirat (sog. Zwangshochzeit) wurde „sogar von den Männern bekämpft", die oftmals aus ihrer Heimat flohen, um der Einlösung „ihres" Versprechens zu entgehen.[4] Selbsttötungen von jungen Mädchen waren keine Seltenheit. Zur Ehe gehörte der Austausch von Geschenken unter den Familien der Brautleute. In den oberen Schichten stellten materielle Geschenke – wohl nicht unbedeutend – nur einen Teil dar, wichtiger war die Zusammenlegung von Macht und Prestige zur gegenseitigen Unterstützung des Herrschaftssystems. Bei den Armen be-

schränkte sich der Brautpreis auf Geld oder Naturalien, die der Bräutigam der Familie der Braut zahlen mußte. Die Polygamie war für die Han-Nationalität, d.h. 90 % der damaligen chinesischen Bevölkerung illegal. Dagegen war das Konkubinat zulässig. Nach dieser Sitte hatte der Mann (natürlich nur aus den herrschenden Schichten) das Recht, zu heiraten und daneben so viele Konkubinen zu halten, wie ihm Spaß machte. Die Begegnung zwischen den Ehepartnern als solche fand nur im Schlafzimmer statt. Die Konkubinen besaßen die gleichen „Pflichten" wie die Ehefrau, schuldeten dieser, wie auch dem Familienoberhaupt, absoluten Gehorsam. Im Gegensatz zu der legitimen Ehefrau, die aus der gleichen sozialen Klasse kam wie der Ehemann, rekrutierten sich die Konkubinen aus armen Schichten und wurden vom „Benutzer" selber ausgesucht und bei Alter und/oder Gebrechlichkeit ausgestoßen.
Auch bei unterschiedlicher Klassenzugehörigkeit der Frauen läßt sich kennzeichnend für ihre Entrechtung Güterlosigkeit, Ausschluß aus öffentlichen Ämtern, Anteillosigkeit am politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben, körperliche Verstümmelung durch Einbinden der Füße von Frauen aus oberen Gesellschaftsschichten, Verkauf und Verpfändung von Frauen aus den armen Schichten feststellen. Interessant ist, daß hier das Einbinden der Füße nicht vorgenommen wurde, da sie als „Arbeitstiere" benutzt wurden.

Für die Frauen im feudalen China gab es keinen Ausweg. Ihre Unterdrückung beruhte nicht nur auf alten Sitten, auf langen Traditionen, die nicht durchbrochen werden durften, sondern war auch eng mit der Wirtschaftsordnung, dem Großgrundbesitztum, verbunden, durch das die Frauen als Arbeitskräfte ausgebeutet wurden. – Daher konnte die Befreiung der Frauen nicht die Angelegenheit dieser alleine sein; zu viele Dinge waren mit der Ausbeutung verbunden. Die Befreiung konnte nur mit der Revolution stattfinden, sowie die Revolution nur möglich war, wenn man den Aberglauben zerstörte, den Sippenrespekt, den Ahnenkult und die Macht des Mannes, sowie die Macht der Großgrundbesitzer.[5]

Frauen im heutigen China
Die Ehegesetzgebung von 1950 ist eine der ersten legislativen Maßnahmen der Volksrepublik China. In ihrer Bedeutung ist sie mit der Bodenreform zu vergleichen, d.h. also fundamentaler Bestandteil der Revolution.
Das Ziel besteht darin, die alten feudalen Familienstrukturen in der Praxis abzuschaffen. Das Ehegesetz wird durchzogen von dem Gedanken der Gleichheit der Geschlechter untereinander, mit dem ausdrücklichen Schutz der Frauen. Gleiche Rechte erhalten auch die Kinder, die ehelichen und außerehelichen. Durch die Erbregelung, die festsetzt, daß Eltern und Kinder sich gegenseitig beerben, werden beide Generationen auf die gleiche Stufe gestellt. Beide Ehepartner haben das gleiche Anrecht auf Besitz und die gleiche Verfügungsgewalt über Familiengüter.
Die Ehe wird von beiden Partnern durch eigenen Willen geschlossen und nicht durch Absprachen von Dritten. Dabei besteht das Prinzip der strengen Monogamie, dies bedeutet, daß Bigamie und Konkubinat verboten sind. Das gesetzliche Heiratsmindestalter für Frauen beträgt 18 Jahre, für Männer 20 Jahre.
Ein wichtiger und auch folgenreicher Teil des neuen Rechts ist das Scheidungsrecht, welches beinhaltet, daß die Scheidung sowohl von dem Mann als auch von der Frau begehrt werden kann.
Sind beide Partner damit einverstanden, führt die Verwaltung den Scheidungsakt durch. Bei der Beantragung durch nur einen Partner wird sie durch ein Volksgericht ausgesprochen, wenn ein Versöhnungsversuch gescheitert ist.
Das Prinzip der Gleichheit, das das ganze Gesetz bestimmt, wird im Scheidungsrecht durchbrochen. Zu dem Prinzip der Nichtdiskriminierung kommen diskriminierende Klauseln zuungunsten der Männer. C. Broyelle kommentiert in diesem Zusammenhang, daß man, um Gleichheit schaffen zu können,ungleiche Gesetze braucht. So darf z.B. der Mann die Scheidung während der Schwangerschaft seiner Frau nicht beantragen. Die Frau darf sich während dieser Zeit jedoch trennen. Wird das Kind nach der Scheidung der Mutter zugesprochen, muß der Mann ganz oder teilweise für den Unterhalt aufkommen. Andererseits muß das die Mutter nicht, wenn das Kind dem Vater zugesprochen werden soll. Außerdem spricht das Gesetz nur von der Rückgabe der eigenen Güter der Frau nach der Scheidung, nicht aber von denen des Mannes. Der Mann muß mit seinen Gütern für die gemeinsamen Schulden haften, obwohl die Familiengemeinschaft von beiden Partnern getragen wird.[6]
Die rechtliche Privilegierung der Frau in dem neuen Ehegesetz, worin man die Anerkennung der Verschiedenheit, der Ungleichheit zwischen Mann und Frau vermuten könnte, ist im Zusammenhang mit dem erheblichen Widerstand, auch teilweise innerhalb der Führungskräfte, zu sehen, die aufgrund ihrer noch vorhandenen Ideologie, die die Überlegenheit des Mannes über die Frau beinhaltete, die neuen Richtlinien und Werte nicht anerkennen wollten.
Das Bewußtsein der Massen war durch die feudale Ideologie noch deformiert, dieses machte die starke Betonung der Position der Frauen, d.h. der Gruppe, die bisher am stärksten verachtet worden war, notwendig.
Deng Yingschao, die Frau Tschou En Lais, äußerte sich in einem Kommentar über das Ehegesetz 1950 in der Weise, daß sie die Vorantreibung des Studiums allgemein forderte, Regierungs- und Volksorganisationen empfahl, „die Massen umfassend und gründlich zu erziehen und aus der Aktion gegen das feudale Ehesystem eine breite Massenbewegung zu machen."[7]
Familienstrukturen lassen sich per Gesetz nicht ändern und aus diesem Grunde kann das Ehegesetz nur als Mittel zur Realisierung einer Neukonzeption des „Systems Familie" begriffen werden. Der Bevölkerung und insbesondere den Frauen wird empfohlen, in Organisationen, Frauenorganisationen, die neuen Grundsätze zu diskutieren.
Der Preis für die Befreiung war hoch; nach Schätzungen [8] war die Zahl der Frauen, die aus Gründen, die mit der Ehe zusammenhingen, umgebracht wurden oder Selbstmord begingen, 1953 auf siebzig – achtzigtausend angestiegen. Die Scheidungszahlen schnellten durch die dramatischen Widersprüche in die Höhe. Es erforderte viel Mut und Widerstand der Frauen gegen die alten Verhältnisse innerhalb der Familien anzugehen, die im offenem Gegensatz zu den neuen Werten des sozialistischen Chinas standen.
Eine französische Studentin, die zwei Jahre in China lebte, schilderte in einem Interview einige dieser heutenoch vorhandenen Widersprüche, die sich aus der Gesetzesformulierung und der chinesischen Realität ergeben.[9]
Die Frauen nehmen aktiv teil am wirtschaftlichen und politischen Leben, können Führungspersonen werden (obwohl die Anzahl der weiblichen Führungskräfte sehr gering ist), ihre Urteile und Entscheidungen werden aufgrund ihres Frauen-Status nicht mehr infrage gestellt.
Dagegen sind im gesellschaftlichen Umfang die Beziehungen zwischen Männern und Frauen „noch sehr vom Konfuzianismus" geprägt. Männer gehen mit Männern, Frauen halten sich vorwiegend in Frauenkreisen auf.

Constance-Helene charakterisiert die Situation folgendermaßen: „Grundsätzlich ist die Emanzipation der Chinesinnen mit der der Europäerinnen nicht zu vergleichen. Für die chinesische Frau ist wichtig: Sie ist nicht mehr ein Sexualobjekt, sie kann nicht auf der Straße angepöbelt, nicht einfach ins Bett gezerrt werden – von Jugend an wird sie in traditioneller Verteidigungskunst unterrichtet – bei der Arbeit trägt sie die gleichen Kleider wie die Männer . . . sie wird nach ihrer Leistung beurteilt und nicht nach Gesicht und Hintern. Sie ist auch insofern befreit, als sich jeder chinesische Mann der Kinder annimmt, die Kleider wäscht, das Gemüse einkauft, das Kind zur Klinik bringt . . . Die Chinesin kann nicht mehr schlecht behandelt, vergewaltigt, zur Prostitution gezwungen werden."
Sie berichtet, daß Frauen, die heiraten wollen, auf ihre „Jungfräulichkeit" hin untersucht werden. Hatte sie Geschlechtsverkehr mit ihrem Bräutigam, werden beide kritisiert, hatte sie Kontakte mit einem anderen Mann, kann der Bräutigam die Ehe ablehnen, was häufig geschieht. Frauen dürfen ebenfalls keine kurzen Hosen in der Öffentlichkeit tragen, das gilt als „unanständig", bis zu etwa 40 Jahren wird bei ihnen das Rauchen abgelehnt. Es existiert ein Schönheitsideal: schwarze Haare, schmale Hüften, weiße Haut.
Schwangerschaftsabbrüche sind bei verheirateten Frauen schnell und unproblematisch durchzuführen, anders jedoch bei nichtverheirateten. Sie werden gezwungen, den Namen des Vaters zu nennen und moralisch sanktioniert, indem man sie als „schlechte Frauen" charakterisiert.



„Ehebruch" wird gesellschaftlich verachtet. Die Beteiligten werden zumeist räumlich getrennt, so daß Treffen unmöglich werden. Der Staat behält sich das Recht vor, in das Privatleben der Personen einzudringen und zwar dann, wenn das öffentliche Leben tangiert wird, z.B. in Betrieben. Erscheinen Frauen müde und unausgeschlafen und ist ihre Arbeitsleistung dementsprechend gering, so werden Nachforschungen über das Privatleben angestellt. Die Französin kommt zu der Schlußfolgerung, daß es psychologisch noch unterschiedliche Normen zwischen Männern und Frauen gibt, „daß in den Köpfen der Männer die Frauen noch nicht befreit sind."

Die neue Sexualität in China
In China sind **sexuelle Beziehungen** außerhalb der Ehe eindeutig verboten. Diese Tatsache erscheint uns unverständlich. Diese Norm hat ihren Ausgangspunkt in der chinesischen Vorstellung, daß es in der sozialistischen Phase noch keine Gleichheit gibt und von daher alle Maßnahmen darauf abzielen müssen, Gleichheit zu ermöglichen, anzustreben. Die bürgerliche Moral wird einer radikalen Kritik unterzogen, da die Frauen hier am meisten „unter der bürgerlichen Sexualität zu leiden" hatten. Als Gegenpol dazu wird versucht, eine neue, revolutionäre Moral zu entwickeln, die sich auf gegenseitige Achtung der Partner aufbaut.
Männer genießen innerhalb dieser neuen Sexualmoral keine Vergünstigungen, und man übt ihnen gegenüber keine Nachsicht aus. Der ideologische Kampf für eine späte Heirat und der ideologische Verruf sexueller Beziehungen außerhalb der Ehe treffen sie genauso wie Frauen.
Innerhalb der Ehe wird versucht, die „Liebe zu relativieren", d.h. sie in einen „revolutionären Zusammenhang zu stellen." Das Verhältnis zwischen Mann und Frau ist in erster Linie kameradschaftlicher Art. Daraus ergibt sich, daß man sich als Genosse betrachtet, Klassenschwester, Klassenbruder, die zusammenleben und bei gegenseitiger Liebe und gegenseitigem Ermuntern revolutionäre Fortschritte machen. Die Ehepartner, so wird angestrebt, sollen voneinander nicht nur Freundlichkeit erwarten, sondern vor allem sich den Interessen des Volkes widmen und freundschaftliche Beziehungen zur Umwelt unterhalten. Da die Familie immer weniger im Zentrum der Hauptinteressen steht, gelingt es den Partnern auch, für viele Bereiche offen zu sein. Die Beziehungen verlieren ihren egoistischen, isolierten Charakter.
Es fällt schwer, die rigide Handhabung der „ehelichen Treue" innerhalb der Konstruktion der chinesischen Familie zu verstehen. Das Allgemeininteresse, d.h. die Familie als Grundzelle des Staates, stellt sich in den totalen Gegensatz zu den individuell privaten Gefühlen. Innerhalb einer freien, revolutionären und kameradschaftlichen Partnerschaft, die sich den Anspruch der Offenheit in allen Bereichen gibt, ist es u.E. ein Widerspruch, sexuelle Fragen zu tabuisieren und sexuelle Kontakte in dieser ausschließlichen Weise zu monopolisieren.
Freie Sexualität scheint nach chinesischer Auffassung gesellschaftszersetzende Wirkung zu haben, dem mit dem Disziplinierungsmittel „strenge Sexualmoral", d.h. Geschlechtsbeziehungen nur zwischen Ehepartnern, entgegengewirkt werden muß.
Die **Eheschließung** ist gesetzlich ab 18 Jahre für die Frauen und ab 20 Jahren für die Männer zulässig. Über das unterschiedliche Mindestalter wurden keine Aussagen gemacht. Es wird jedoch intensive Propaganda für eine spätere Heirat getrieben – die Frauen heiraten meist zwischen 25 und 28, die Männer mit etwa 30 Jahren – welche im wesentlichen zwei Argumentationsrichtungen verfolgt:
1. Eine der häufigsten und offiziellen Begründungen ist, daß das späte Heiratsalter die Geburtenrate senkt. Mit dieser Argumentation ist C. Broyelle nicht zufrieden, weil allgemein in China großer Wert auf Geburtenkontrolle, Familienplanung gelegt wird (Verhütungsmittel werden kostenlos verteilt, Aufklärungskampagnen gestartet, Abtreibung ist legal, Sterilisation von Männern und Frauen ist erlaubt und problemlos) und es nicht einzusehen ist, daß „sexuelle Abstinenz eine antikonzeptionelle Methode" sein soll. Viel gewichtiger erscheint ihr das 2. Argument: der Emanzipation der Frauen. Durch die gesellschaftlichen Erfahrungen, Arbeit in Kommunen, Studien an Hochschulen, Freundschaften mit verschiedenen Personen, so die

Begründung, erwerben die Frauen einen „sehr weiten gesellschaftlichen Horizont", der sie innerhalb der Ehe unabhängiger und selbstbewußter werden läßt. Diese Regelung wird als „Maßnahme für die Gleichheit" gewertet unter der Annahme, daß in den Jahren vor der Ehe errungene Unabhängigkeit – ökonomisch, politisch und gesellschaftlich – ein Motor ist, der die Frauen, ob verheiratet oder Familienmütter, dazu treiben wird, sich auch weiterhin aktiv für die Emanzipation der Frauen einzusetzen.
Ein weiterer Grund für das späte Heiratsalter könnte u.E. im ökonomischen Bereich liegen. Durch die Unabhängigkeit der jungen Menschen und das Fehlen von emotionalen Beziehungen ist ein gewisses Maß an sozialer Mobilität gewährleistet, welches erlaubt, die Unverheirateten in beliebige, d.h. für die Gesellschaft notwendige Produktionsbereiche zu delegieren. Bei früherem Heiratsalter fiele, bei gleichbleibender Produktionskraft, der Faktor Mobilität weg.
Die offizielle Begründung scheint zutreffend und schlüssig zu sein für das Familienleben in kapitalistischen Staaten – impliziert wird innerhalb der Ehe keine Möglichkeit zur persönlichen Weiterentwicklung gesehen – aber für einen sozialistischen Staat chinesischer Prägung erscheint es doch als eine seltsame Maßnahme, weil Vergesellschaftung der Hausarbeit, der Kindererziehung gewährleistet ist, zudem die Frauen in den Produktionsprozeß integriert sind.
Die Festlegung des Heiratsmindestalters auf 18 bzw. 20 Jahre ist im Grunde auch schwer verständlich, da späte Heirat intensiv propagiert wird und Paare, die früher heiraten (was nur in sehr seltenen Fällen vorkommt) gesellschaftlich sanktioniert werden, es stellt sich also die Frage, wieso das gesetzliche Heiratsalter nicht direkt den „gesellschaftlichen Erfordernissen" gemäß festgelegt wird.
Das unterschiedliche Alter der Männer und Frauen bei Ehebeginn läßt sich u.E. nur als Relikt aus der traditionellen Gesellschaft verstehen – offizielle Erklärungen lassen sich nicht finden –, welches die altersmäßige (und damit verbunden vielleicht die erfahrungsmäßige Überlegenheit des Mannes gewährleisten soll.

Die Aspekte der offenen Familie

Teile der nachfolgenden Darstellungen wurden aus einem Referat von Freiburger Studenten übernommen.

Die Teilnahme am kollektiven Leben

War in der alten Gesellschaft der größte Teil der Bevölkerung, die Frauen und Kinder vom öffentlichen Leben ausgeschlossen, so ist heute jedermann am kollektiven Leben beteiligt.
Der Clan, die patriarchalische Großfamilie mit ihrer strengen Hierarchie und Autorität grenzten den Einzelnen gegenüber der gesellschaftlichen Umwelt ab und verhinderten kollektives Bewußtsein, Handeln und Denken gegenüber Nichtverwandten.
Die zunehmende Zerstörung des alten Systems auf allen Ebenen läßt neue Formen des Zusammenlebens und Beziehungen der Menschen untereinander entstehen; eine unabdingbare Voraussetzung einer kommunistischen Gesellschaft. Die Kommune, das Wohnviertel, die Provinz, die ganze Nation wird als eine große Familie verstanden, als Familie von Gleichen, in der der einzelne durch kollektive Wachsamkeit vor der Unterdrückung durch Stärkere geschützt wird.
Die Prinzipien der neuen Gesellschaft sind überall dieselben, jedoch sind durch die unterschiedlichen Verhältnisse zwischen Stadt und Land die Entwicklung und deren Stand differenziert zu betrachten. Die biologische Kleinfamilie, Eltern und Kinder (gelegentlich auch Großeltern), integriert in das kollektive Leben eines Wohnviertels, ist die Form der heutigen chinesischen Familie. Zur Veranschaulichung ein reales Bild:
Die Volkskommune Tjiliying besteht aus 38 Produktionsbrigaden, 298 Produktionsgruppen, **53200** Bewohner, 9100 Haushalte und 6200 ha Anbaufläche. Es gibt einen zentralen Ort mit Sitz der Kommuneverwaltung, Krankenhaus und zentralen Einrichtungen. Verstreut über das ganze Kommuneareal liegen die Brigaden, die über eine Krankenstation und Gemeindeeinrichtungen verfügen und den Wohnbereich für die einzelnen Haushalte darstellen.
In der Stadt lebt ein Vielfaches an Menschen auf engem Raum und arbeitet unter industriellen Produktionsbedingungen. Das Leben spielt sich in überschaubaren Wohnvierteln ab; ca. 1500 Menschen leben in einem Wohnviertel. Es gibt keine Anonymität, keine Trabantenstädte, weil mitten in den Wohnbereichen kleine Fabriken und Handwerksbetriebe angesiedelt sind. Weitgehend befreit, wird es ihnen möglich, gesellschaftlich produktiv zu sein. Hausfrauen, wie am Beispiel der Fabrik für medizinische Geräte in Peking verständlich wird, wollen nicht außerhalb des revolutionären Aufbaus stehen und haben in diesem Falle „die Tür der Familie aufgestoßen"[11] und ohne technologische Voraussetzungen eine Fabrik gegründet. Ohne auf Aufwendungen und Pläne von „oben" zu warten, wurden von den Bedürfnissen des Wohnviertels ausgehend Wasserkessel produziert. Im Laufe der Jahre erwarben sie sich die Kenntnisse und Mittel, um so wertvolles medizinisches technisches Gerät herzustellen. Auch in den landwirtschaftlichen Kommunen sind die Frauen nicht nur billige Arbeitskräfte, sondern übernehmen häufig leitende Funktionen.



Die 50jährige Arbeiterin Fa Yü-yin fertigt in einer Nachbarschaftswerkstätte elektronische Geräte an. Die technischen Kenntnisse hat sich die frühere Hausfrau in vielen Jahren mühsam angelernt.

Die Vergesellschaftung der Hausarbeit

Broyelle schreibt, um die Gleichheit der Geschlechter zu erlangen, mußte die Frau von der Bürde der Hausarbeit befreit werden. Jedermann in der Familie hat daran teil; der Ehemann wäscht (z.B. wenn die Schmutzwäsche nicht in eine der billigen Wäschereien gebracht wird), putzt, versorgt die Kinder wenn sie nicht im Kindergarten oder in der Kinderkrippe sind; ältere Kinder beaufsichtigen die jüngeren Geschwister etc. Nur wenn sich jeder an der Hausarbeit beteiligt, weiß er diese Arbeit zu schätzen und anzuerkennen. Besorgt die Frau die Hausarbeit alleine, so hat sie, wenn sie außerdem noch in der Produktion tätig ist, zwei Berufe, eine Doppelbelastung, die keine Zeit mehr für irgendwelche Aktivitäten kultureller oder politischer Art läßt.

Eine praktische Art der Kürzung der Hausarbeit besteht in der Möglichkeit, das Essen in einer der zahlreichen Volksküchen einzunehmen, bzw. von dort aus zu holen, die billige und nahrhafte Menues anbieten. Solche Volksküchen gibt es in allen Wohnvierteln und Brigaden. Oft haben auch mehrere Familien eine gemeinsame Küche, in der z.B. ein Großvater mit seiner Enkelin das Essen für die Nachbarschaft mitkocht, womit viel Aufwand und Zeit gespart wird und gemeinschaftliches Denken gefördert wird. Auch bilden Rentner auf freiwilliger Basis Arbeitsgruppen, die die Wohnungsreinigung übernehmen. Kleine Schneidereien leisten gegen geringes Entgelt Ausbesserungsarbeiten. Dieses sind nur wenige Beispiele, die zeigen sollen, wie in China versucht wird, die spezifische Hausarbeit zu reduzieren. Aber auch schon Kinder lernen frühzeitig ihre Essensschälchen selbst zu spülen oder Knöpfe anzunähen – es ist von ihrer Kindheit an eine Erziehung zur Selbständigkeit.

Die Erziehung der Kinder, die auf einer Aufgabenteilung zwischen Familie und Kollektiv beruht

Liegt die Hausarbeit nicht mehr alleine auf den Schultern der Frauen und Mütter, wurde die Mutterfunktion geändert durch die gewandelte Rolle der Frau in der Gesellschaft, so tritt gleichwohl diese Veränderung auch in der Kindererziehung zutage. Damit die Mutter aktiv ihre Rolle in der Gesellschaft behalten kann, hat man adäquate Lösungen gefunden, um die Kindererziehung zu organisieren. Jede Fabrik erhält eine Säuglingsstation, in der die Mütter während der Arbeitszeit ihre Babys stillen. Sind die Kleinen entwöhnt, kommen sie bis zum Alter der Einschulung (6 Jahre) in die Kinderkrippen, die in jedem Wohnviertel, jeder Brigade, sowie in jeder größeren Fabrik zu finden sind. Das bedeutet allerdings nicht, daß ein absoluter Zwang besteht, die Kinder in die Krippen zu bringen.

Die Kinderkrippen sind 24 Stunden am Tag geöffnet, so daß die Mütter die Möglichkeit haben kulturellen und politischen Interessen nachzugehen und ihre Kinder doch behütet wissen.

Zwischen den Müttern und Vätern und dem Krippenpersonal besteht eine enge Kommunikation und öfter gehen die Eltern in die Krippen,um in ihrer Freizeit mitzuarbeiten.

In den Kinderkrippen erlernen die Kinder kollektives Bewußtsein, welches sich darin zeigt, daß sie nicht nur solche Dinge verrichten, die sie selbst betreffen, sondern gemeinschaftsorientiert handeln. Häufig ziehen die Kinder einen Teil des Gemüses selbst, das sie verbrauchen.[12]

Es stehen keine Produktionsüberlegungen dahinter, sondern es ist die Einsicht, das zu lernen, was für das spätere Leben nützlich ist. Dieses bezieht sich nicht nur auf den Gemüseanbau, sondern auch auf die Herstellung kleinerer Pappkartons oder ähnlicher Dinge. So bekommen die Kinder schon früh das Gefühl produktiv zu sein und gewinnen an Selbstbewußtsein und Verantwortungsgefühl. Man erzählt den Kindern oft über die Verhältnisse in der alten Gesellschaft, die Geschichte Chinas und den Klassenkampf. Eine der wesentlichen Aufgaben der Erziehung ja überhaupt der ganzen Jugend, ist die Vermittlung der tiefgreifenden Veränderungen zwischen dem alten und neuen China. Die chinesische Erziehung soll den „neuen Menschen" prägen, der der Gestalter des Morgen ist, ein ökonomisch unabhängiger und selbständiger Mensch mit sozialem Bewußtsein; gegenüber der Familie ein Partner unter Gleichen.

Zusammenfassung

Wie im vorhergehenden gezeigt werden sollte, hat sich mit der Veränderung der chinesischen Gesellschaft nach der Revolution die Rolle der Frau durch die Kollektivierung der Hausarbeit, der Kindererziehung und ihrem Eintritt in das Produktionswesen entscheidend mitverändert. Die Ehegesetzgebung ist die Grundlage für eine neue Konzeption der Beziehungen zwischen Mann und Frau, die auf der Basis von Partnerschaftlichkeit und Gleichheit aufgebaut sind. Die formale Gleichstellung reicht jedoch nicht aus, wie gezeigt wurde, es müssen sich **Bewußtseinsstrukturen** bei Männern und Frauen ändern. Diese Änderung kann nicht per Gesetz erfolgen, sondern nur in der kollektiven Reflexion über noch vorhandene Ungleichheiten. Dieses Problem ging China in der Weise an, daß in Organisationen diese neuen Grundsätze systematisch diskutiert wurden.

Die starke Position der Frau in der Ehegesetzgebung läßt sich auf die chinesische Vorstellung zurückführen, „daß es in der sozialistischen Phase keine völlige Gleichheit" (Broyelle) gibt, die noch etwas „Schwächeren" besonders zu schützen mit dem Ziel,für vollkommene Gleichstellung zu kämpfen. Die späte Heirat der Ehepartner, das gezielte Geburtenkontrollprogramm werden als eng verbunden mit der Befreiung der Frau gesehen, ihrer Teilnahme an der Produktion und ihrer wirtschaftlichen und politischen Gleichberechtigung, mit ihrem erhöhten intellektuellen Niveau und Bewußtsein – so die chinesische Argumentation.

Wir sehen in der Forderung nach später Heirat und in der repressiven Sexualmoral zwei Unterdrückungselemente, die, wenn auch die Situation der Frauen in China unvergleichbar besser ist als in anderen Ländern, erwähnenswert und kritisierbar sein müssen.

hil

Anmerkungen:

1) Masi, Edoarda, Die Familie im alten und neuen China, in: Kursbuch 17, Frau, Familie und Gesellschaft, S. 98
2) Broyelle, Claudie, Die Hälfte des Himmels, Berlin 1973
3) Masi, E. a.a.O., S. 102 ff.
4) Broyelle, C., a.a.O., S. 124
5) Broyelle, C., a.a.O., S. 125
6) Vgl. Broyelle, C., a.a.O., S. 160 und Masi, E., a.a.O., S. 113
7) Broyelle, C., a.a.O., S. 130
8) Masi, E., a.a.O., S. 116
9) „Constance-Helene erzählt von China", Bericht einer französischen Studentin, in: Frauenoffensive, Journal 4, 1976, S. 2 ff.
10) Vgl. Dsch Li Tiän Dija-yun: In einer Volkskommune, Peking 1975, S. 14
11) Broyelle, C., a.a.O., S. 14
12) Broyelle, C., a.a.O., S. 83

Revolution in der Revolution: Frauen in Kuba

Susanne Habicht

„Gefragt, was die revolutionärste Errungenschaft unserer Revolution sei, müßten wir genau dies antworten: die Revolution unter den Frauen in unserem Land . . . Uns wird klar, daß diese potentielle Kraft alles übertrifft, wovon die Optimistischsten von uns je träumten . . ." (Fidel Castro)[1]

I. Kuba vor der Revolution

Werfen wir zunächst einen Blick auf das vorrevolutionäre Kuba: Bis in die fünfziger Jahre dieses Jahrhunderts war Kuba eine tief gespaltene Gesellschaft: die Kluft zwischen reich und arm, zwischen Havanna und dem übrigen Land, zwischen weiß und schwarz, zwischen Männern und Frauen schien quasi unüberbrückbar. Für den Großteil der Bevölkerung, in Havanna wie auf dem Land, waren die Lebensbedingungen sehr schlecht; an der Spitze der sozialen Pyramide stand eine kleine Schicht von Regierungsbeamten, Offizieren, Mühlen- und Plantagenbesitzern und wenigen Geschäftsleuten, die durch Familientradition und halbfeudale Mentalität miteinander verbunden waren. Der Aufstand gegen die Spanier 1895 führte – neben der Erlangung der formalen Unabhängigkeit – nur dazu, die Kolonisatoren auszutauschen: seit 1898 stand Kuba direkt unter US-Einfluß.

Die kubanischen Frauen waren einer kombinierten Unterdrückung aufgrund von Klasse, Geschlecht und Rasse ausgesetzt. Arbeitende Frauen galten als verachtenswert, auch für Männer ihrer eigenen Klasse. Jungfräulichkeit galt als Teil des „Heiratsvertrags" zwischen Brautvater und Bräutigam. Die Kehrseite dieser Moral war das Wuchern der Prostitution in den Städten. (Havanna war – wie Hongkong noch heute – Berichten aus dieser Zeit zufolge , ein einziges Yankee-Bordell.) Im Grunde gab es für Frauen nur drei Möglichkeiten, ihr Leben zu verbringen: als Sklavin im Haus, als Mutter oder als Sexualobjekt.

Trotzdem nahmen gerade auch Frauen an den Kämpfen gegen Sklaverei und den spanischen Kolonialismus aktiv teil (z.B. am Aufstand 1868).[2]

Auch am Sturz der Batista-Diktatur hatten die Frauen wichtigen Anteil; im direkten Guerilla-Kampf waren sie zwar weniger vertreten, dafür spielten sie eine wichtige Rolle als Botinnen, Spioninnen, Köchinnen und Krankenschwestern an der Front.

Auf jeden Fall wird diese Rolle der Frauen in allen Berichten über die kubanische Revolution wie in Statements der Partei immer wieder lobend hervorgehoben. Sie entspricht jedoch auch haargenau dem Frauenbild, das Katholizismus, spanischer „machismo" und nicht zuletzt die Sklaverei hervorgebracht haben und das sich durch eine spezielle Mütterlichkeit auszeichnet: allein in dieser mütterlichen, manchmal heroischen, meist duldenden Rolle konnten Frauen aktiv werden, waren sie sogar wichtig, „um die Dinge zusammenzuhalten"[3] und hatten – aber nur in dieser Rolle – relativ hohes Ansehen. Nicht zu unterschätzen sind dabei wohl die afrikanischen Traditionen, die unter der kubanischen Bevölkerung noch lebendig waren, und die Frauen auch eine gewisse Autonomie zuwiesen (vgl. Abschnitte über weibliche Landwirtschaft und über Stellung der Frau in traditionalen Gesellschaften in diesem Heft; vgl. aber auch Berichte über die Position von schwarzen Müttern im nordamerikanischen Sklavereisystem).

Es läßt sich also auf Kuba eine spezielle Mischung aus afrikanischen und spanischen (d.h. katholischen Kultureinflüssen feststellen, die für den Verlauf der Frauenbefreiung nicht unwichtig war, was im letzten Abschnitt dieses Artikels deutlich werden wird.

II. Kuba nach der Revolution

1. Organisation der Frauen

Die heutige Stellung der Frau in Kuba ist vor allem Resultat der Arbeit der *Föderation kubanischer Frauen FMC* Federacion de Mujeres Cubanas), die 1960, also knapp zwei Jahre nach dem Sturz der Batista-Diktatur gegründet wurde. Wichtig ist, daß diese Organisation *nicht* das Resultat einer starken Frauenbewegung ist (obwohl es auch in Kuba in den 20er Jahren eine Suffragetten – d.h. Frauenstimmrechtsbewegung gegeben hat), sondern eher von oben gegründet wurde. Über die Mitgliederzahlen gibt es widersprüchliche Angaben: Rowbotham nennt 1970 ca. 1 Million Mitglieder, die „internationale" (allerdings 1976) über 2 Millionen, d.h. 77 % aller Frauen über 14 Jahre.[4]

Wichtiger ist wohl die Arbeit der FMC, die neben einem nationalen Zentralkomitee sechs Provinzkomitees und daneben regionale, Stadt- und Blockkomitees umfaßt. Die Arbeit der FMC konzentriert sich vor allem auf praktische Anliegen, wie Errichtung von Kindertagesstätten, Verbesserung des Gesundheitswesens und des Sozialwesens, Alphabetisierungskampagnen usw. Das Ziel ist es, Frauen in die außerhäusliche Welt einzubeziehen, ihnen eine Beteiligung an allen sozialen und politischen Angelegenheiten zu ermöglichen und so ihr politisches Bewußtsein zu erweitern.

2. Frauen in der Produktion

In Kuba sind knapp 600 000 Frauen berufstätig[5] , d.h. nur etwa 25 % der werktätigen Bevölkerung sind weiblich (BRD: ca. 37 %; DDR: ca. 46 %). Die Erklärung für diese vergleichsweise niedrige Zahl ließe sich in traditionellen Einstellungen vermuten – daß also etwa die Ehemänner trotz des großen Arbeitskräftemangels ihre Ehefrauen lieber im Haus als in der Produktion beschäftigt sehen.

Eine männlich-weibliche Arbeitsteilung findet sich auch in Kuba: ein Großteil der Frauen arbeitet in der Leichtindustrie, in der Lebensmittelproduktion, im Erziehungswesen, im medizinischen Sektor und anderen Dienstleistungsberufen und zu einem geringen Teil in der Verwaltung. Praktisch nur mit Frauen besetzt sind Stellen im Kindergarten und in der Grundschule. Die offizielle Rechtfertigung dieser Arbeitsteilung ist bisher die gewesen, Kuba müsse als erstes seine Produktion steigern, erst danach seien soziale Experimente möglich, was offensichtlich von den Frauen auch akzeptiert wird.

Andererseits haben Frauen nicht solche Schwierigkeiten wie in anderen Ländern, Technikerin, Ingenieurin, Automechanikerin, Stadtplanerin usw. zu werden. Höhere Positionen erreichen sie allerdings selten, da Konkurrenz und Ablehnung der Männer groß sind. Schwieriger ist es noch mit Berufen, die große Körperkraft erfordern, wie etwa das Zuckerrohrschneiden.

Generell läßt sich sagen, daß Frauen in hohen Positionen wie in traditionell männlichen Berufen nach wie vor mit Vorurteilen seitens der Arbeitgeber und der Ehemänner zu rechnen haben. Wichtig ist aber, daß von staatlicher Seite die Beteiligung von Frauen am Wirtschaftsleben (und ihre gerechte Entlohnung) als unbedingt notwendig und erstrebenswert propagiert wird, was es für Männer sehr schwer macht, offen dagegen zu opponieren, wollen sie nicht als Konterrevolutionäre angesehen werden. Insofern scheinen die Chancen für Frauen in diesem Punkt nicht allzu schlecht zu stehen.

3. Infrastruktur und Familiengesetzgebung
Selbstverständlich können Frauen am Erwerbsleben nur dann in größerem Umfang teilnehmen, wenn genügend Kindertagesstätten, Kantinen, Internatsschulen, Wäschereien usw. vorhanden sind.
Was die Kinderversorgung angeht, werden offensichtlich Fortschritte gemacht:[6] in den meisten Städten gibt es Kindergärten für Kinder von 6 Wochen bis zum Schulalter. Dort bekommen die Kinder (wie später auch in der Schule) drei Mahlzeiten sowie ärztliche und zahnärztliche Betreuung. Für Schulkinder gibt es Internate und „Halb-Internate", wo die Kinder abends in ihre Familien zurückkehren. In jedem Wohnblock, wie auch in jeder größeren Fabrik und in work-camps gibt es Gesundheitszentren.

An gesetzgeberischen Maßnahmen wäre neben der Erleichterung der Ehescheidung (von der auch recht häufig Gebrauch gemacht wird) vor allem zu nennen der bezahlte Mutterschaftsurlaub 6 Wochen vor und 6 Wochen nach der Geburt des Kindes und die Reduzierung der Arbeitszeit der Mutter (!) im ersten Lebensjahr des Kindes.
Trotz aller dieser Erleichterungen fühlen sich in der Regel die Frauen für den Haushalt verantwortlich. In Bezug auf die Vergesellschaftung der Hausarbeit sind bisher offensichtlich nur wenige Fortschritte erzielt worden. Rowbotham bezweifelt allerdings,daß überhaupt viele Versuche gemacht wurden, Wäschereien und Gemeinschaftsküchen einzurichten.[7] Das Leben in Kommunen wird jedenfalls abgelehnt, die Grundlage der Gesellschaft bildet nach wie vor die Kleinfamilie, wenn auch die Gesellschaft als eine einzige große Familie aufgefaßt wid. Vor allem als Sozialisationsinstanz scheint die Kleinfamilie nach wie vor eine fast ungebrochene Rolle zu spielen, in der nur zu oft noch vorrevolutionäre Werte und Traditionen vermittelt werden.

4. Sexualität, oder: die neue (alte) Weiblichkeit
Die Frage der Sexualität wie die einer Veränderung der Geschlechterrollen scheinen zu den heikelsten Punkten einer jeden Revolution zu gehören (vgl. den China-Artikel in diesem Heft). Fidel Castro spricht in seiner Rede auf dem zweiten Kongreß der CMF 1974 ausführlich von den „objektiven und subjektiven Schwierigkeiten der gesellschaftlichen Integration der Frau". Subjektive Schwierigkeiten sind für ihn „das Problem einer überholten Kultur, das Problem der Gewohnheiten, alter Denkweisen, alter Vorurteile".[8] Sie beziehen sich jedoch sämtlich auf die Stellung der Frau im Produktionsprozeß und im Bildungsbereich. Die Familie bleibt praktisch ausgespart, und zur Mann-Frau-Beziehung fällt Castro nichts weiteres ein, als daß es „ein proletarisches Kavalierstum, die proletarische Höflichkeit und die proletarische Rücksichtsnahme gegenüber der Frau geben" müsse.[9] Denn: „. . . weil die Frau physisch gesehen schwächer ist, weil die Frau die Funktion als Mutter ausüben muß, weil auf ihr außer ihren gesellschaftlichen Pflichten, außer ihrer Arbeit noch die Last der Fortpflanzung ruht . . . , und weil sie alle physischen und biologischen Leiden trägt, die diese Funktionen mit sich bringen, ist es nur berechtigt, daß man der Frau in der Gesellschaft die volle Achtung und alle Rücksichtnahme, die sie verdient, entgegenbringt."[10]
Worin diese Achtung zu bestehen hat, kommt wenige Sätze später: Männer seien verpflichtet, „ihren Sitzplatz einer schwangeren Frau anzubieten, die in den Autobus einsteigt, oder einer alten Frau, die einsteigt, oder einem Mädchen oder einer Frau egal welchen Alters."[11]
Uns will allerdings scheinen, daß sich das vielgerühmte „proletarische Kavalierstum" nicht allzusehr von dem geschmähten „bürgerlichen" bzw. „feudalen" Kavalierstum[12] unterscheidet. In jedem Fall wird doch die Unterlegenheit der Frau – und zwar nicht nur die physische – vorausgesetzt! Nicht nur physisch deshalb, weil die kubanischen Frauen ja nicht nur durch den biologischen Vorgang der Schwangerschaft belastet sind, sondern nach wie vor durch die Verantwortung für Haushalt und Familie, was freilich kein natürliches Phänomen darstellt, in Castros Rede aber glatt unter die biologische Mutterfunktion subsumiert wird. Mit Ritterlichkeit, und sei sie noch so proletarisch, macht man es sich also ein bißchen leicht; die festgelegten Geschlechterrollen werden dadurch nicht angetastet oder auch nur in Frage gestellt.
Wir meinen, es würde den Frauen mehr nützen, wenn sich mehr Männer an der Hausarbeit und Kindererziehung beteiligen würden als gegenwärtig und wenn die „Last der Fortpflanzung" wirklich nur noch darin bestünde, daß die Frau das Kind austrägt und zur Welt bringt, alles übrige aber zwischen Mann und Frau geteilt wird.



Nützlicher als nur Sitzplätze im Autobus wären also neben Veränderungen der geschlechtlichen Arbeitsteilung vor allem Veränderungen der herrschenden Sexmoral und ausreichende Verhütungsmittel für alle Frauen. Das Jungfräulichkeitsgebot für Bräute und die „machismo"-Vorstellungen über Weiblichkeit – passiv, sanft, duldend – und über Männlichkeit – möglichst intensives Sexualleben und viele Kinder – sind mit einer sozialistischen Denkweise einfach nicht zu vereinen! Zu einem System, in dem Menschen ihr Leben tatsächlich selbst bestimmen, würde weiter gehören, daß alle Frauen Zugang zu unschädlichen und wirksamen Verhütungsmitteln haben und diese nach eigenem Ermessen anwenden können, nicht aber durch offizielle Kampagnen dazu gezwungen oder davon abgehalten werden (vgl. Familienplanungsartikel in diesem Heft). In Kuba sind Verhütungsmittel relativ leicht erhältlich, aber kaum verbreitet (nur Pessar und Spirale), es wird darüber informiert, aber die Mittel werden nicht besonders propagiert. Die Pille ist verboten, vermutlich, weil Familienplanung allgemein als nicht besonders wünschenswert angesehen wird und die Pille dann zu kostspielig würde. Abtreibung ist möglich, sofern die Schwangerschaft innerhalb der ersten vier (!) Wochen in einer Klinik gemeldet wird, außerdem muß die Familie der Frau angegeben

werden.[13] Wir können uns nicht vorstellen, daß unter diesen Bedingungen sehr viele Frauen von dieser Möglichkeit Gebrauch machen!
Der Grund für die geringe Propagierung von Familienplanung wird wiederum in den traditionellen Vorstellungen von „wahrer" Mütterlichkeit und „wahrer" Männlichkeit, zu der eben viele Kinder gehören, zu suchen sein. Darüber hinaus ist natürlich auch das Argument von Bedeutung, Geburtenkontrolle stelle nur ein Instrument der Imperialisten dar, die Bevölkerung der Dritten Welt zu dezimieren. Was diese zweifellos nicht unberechtigte Einstellung angeht, so haben wir schon in dem Artikel über Familienplanung betont, welche schwierigen Konsequenzen sie andererseits für die tatsächliche Situation von Frauen in Entwicklungsländern haben kann und wie sie die Emanzipationsmöglichkeiten von Frauen einschränkt.
Zu kritisieren wäre also vor allem, daß diese Widersprüche offensichtlich (noch) nicht öffentlich diskutiert werden, daß die Befreiung des Menschen durch den Sozialismus erneut vor der Frage der zwischenmenschlichen Beziehungen, der Geschlechterrollen und der Sexualität stehenbleibt. In allen anderen Bereichen – Wirtschaft, Erziehung, Kultur usw. – wird an Veränderungen gearbeitet und werden teilweise sehr große Fortschritte erzielt. Frauenbefreiung dagegen wird mit Einbeziehung ins wirtschaftliche und politische Leben einfach gleichgesetzt, ansonsten sind die spanisch-katholischen Einflüsse offenbar noch so stark, daß Frauen nur in einer – wenn auch auf außerhäusliche Bereiche ausgedehnten – Mutterrolle, nicht aber als sexuell befreite Wesen denkbar sind.

Anmerkungen:

1) Fidel Castro, Rede von Santa Clara, 9.12.1966, zitiert nach Rowbotham, Sheila: Colony within the Colony: Women in Cuba, in: Women, Resistance and Revolution, 1972, S. 220-233 (Penguin-Book)
2) Vgl. dazu Rowbotham, a.a.O.
3) Rowbotham, a.a.O., S. 223
4) Rowbotham, a.a.O., S. 224, sowie „Cubas Frauen auf dem Weg zur Gleichberechtigung", in: die internationale, Zeitung des kommunistischen Bundes des proletarischen Internationalismus, Nr. 21 August 1976, S. 14
5) „Die kubanische Frau stellt heute eine gewaltige politische Macht für die Revolution dar", Rede von Fidel Castro auf dem 2. Kongreß der Kubanischen Frauenföderation, Havanna 19.11.1974 Gesellschaftswissenschaftlicher Verlag Havanna 1974, S. 11
6) Vgl. Castro-Rede sowie „Women in the Cuban Revolution", in: Women, a Journal of Liberation, Vol. 3 No. 4, Baltimore 1974, S. 3 f.
7) Vgl. Rowbotham, a.a.O., S. 228
8) Castro, Die kubanische Frau . . . , a.a.O., S. 38
9) Castro, a.a.O., S. 49
10) Castro, a.a.O., S. 47
11) Castro, a.a.O., S. 48
12) Castro, a.a.O., S. 49
13) Vgl. Rowbotham, a.a.O., S. 229

FRAUEN UND BEFREIUNGSBEWEGUNGEN

Wir verzichten auf detaillierte Darstellung und Kritik des Frauenbildes und der Rolle der Frau bei den verschiedenen Befreiungsorganisationen, da 1) das uns verfügbare Material über die Tätigkeiten und Programme dieser Gruppen sehr dürftig ist und 2) wir den Verdacht haben, daß viele Darstellungen gerade in diesem Punkt aus der subjektiven Betrachtungsweise des (ausländischen) Autors geschrieben sind und daher ein widersprüchliches oder verzerrtes Bild geben. Daher sehen wir uns nicht in der Lage, auf die einzelnen Organisationen einzugehen.

1. Viele Frauen bei den Befreiungsorganisationen (oder viele Befreiungsbewegungen und deren Frauenorganisationen) sehen als ihr primäres Ziel, gemeinsam mit den Männern gegen den gemeinsamen Feind – gegen Imperialismus und Kolonialismus – und für nationale Unabhängigkeit zu kämpfen. So sind uns Bilder bekannt von der Palästinenserin oder der MPLA-Kämpferin mit der Waffe in der Hand. Bei diesen Szenen wird oft betont, daß die Frau gleichberechtigt an der Seite des Mannes kämpft und daß sie gleichberechtigt sei.
Uns erscheint diese euphorische Darstellung der Gleichberechtigung der kämpfenden Frau fragwürdig, da auf der anderen Seite über viele Befreiungsbewegungen berichtet wird, daß die Frau dort auch an der Front oftmals lediglich „typisch weibliche" Tätigkeiten (Kochen, Verpflegung etc.) verrichtet.
Wir können dies mangels Material nicht überprüfen. Jedoch können wir vermuten, daß die Gleichberechtigung und Emanzipation der Frau nicht von heute auf morgen vollzogen ist, indem sie die Waffe in die Hand nimmt.
2. Daß das primäre Ziel während des Kampfes die Zerschlagung des Feindes und unmittelbar nach dem Sieg der Aufbau des Landes ist, scheint verständlich zu sein. Wir müssen uns vor Augen halten, daß die konkrete Situation in diesen Ländern ganz anders aussieht als bei uns oder in den Ländern, die die materielle Existenzgrundlage schon abgesichert haben (und sich daher auch der Lösung vieler immaterieller Probleme widmen könnten; daher unsere Kritik z.B. an der VR China). In den meisten dieser Länder ist die erste Aufgabe nach dem Sieg, die primären materiellen Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen wie Nahrung, Wohnen und Alphabetisierung. Daher ist es auch verständlich, daß viele Befreiungsbewegungen die „spezifischen Frauenprobleme" wie Familienplanung, Abtreibung usw. zurückstellen. Wenn während dieser Aufbauphase, wo die gesellschaftliche Organisation nur rudimentär ist (d.h. es fehlt praktisch an allem: an Infrastruktur, an Arbeitsplätzen, an ausgebildetem Personal, an Geld etc.), bei der Befreiung der Frau bis jetzt nicht große Fortschritte gemacht worden sind, so ist das durchaus verständlich.
In vielen Ländern fängt man mit Alphabetisierung und politischer Bildung an, um das Wissens- und Bewußtseinsniveau zu erhöhen, was als Vorbedingung für die Schaffung einer neuen Gesellschaft überhaupt angesehen wird.
Zu kritisieren ist jedoch, wenn diese Aufbauphase langfristig das Zurückstellen der Bestrebungen für die Befreiung der Frau legitimiert. Wir können davon ausgehen, daß – egal in welchem Land oder welcher Befreiungsbewegung – die Männer durch patriarchalische Denkweise charakterisiert sind und es auch der Bewußtseinsbildung bei den Männern bedarf, damit an die spezifischen Probleme der Frau herangegangen werden kann.

Beispielhaft und zur Veranschaulichung veröffentlichen wir ein Interview mit Leila Khaled, einer Kämpferin der Befreiungsbewegung für ein freies Palästina (PFLP) und einen Bericht über die Rolle der Frau auf den Kapverdischen Inseln.



Perspektiven für die Frauen der Kapverden

Von der Gründung der PAIGC im Jahre 1956 an ist der Kampf des guineischen und kapverdischen Volkes durch aufeinanderfolgende Siege gekennzeichnet, und in diesem Kampf hatte die Frau die Möglichkeit, einen wichtigen Beitrag zu leisten. Darüber hinaus wird im Programm unserer Partei anerkannt, daß der Beitrag der Frau eine grundlegende Notwendigkeit für den Fortschritt unseres Befreiungskampfes und der sozialen Revolution ist.
Schon der Genosse Amilcar Cabral sagte, daß „die Kraft unserer Partei mehr wert ist in dem Maße, in dem die Frauen sie fest ergreifen, damit sie auch mit den Männern die Führung übernehmen. Wenn wir wollen, daß unser Volk sich erhebt, dann sind das nicht nur die Männer; denn auch die Frauen sind unser Volk." So kamen am Anfang der Mobilisierung des Volkes die Frauen aus eigener Initiative zu den Guerilla-Basen trotz eines gewissen Widerstandes, der ihnen vor allem von einigen Männern entgegengesetzt wurde, besonders von den Vätern, die aus Respekt vor den Traditionen nicht begriffen, daß die Frauen Aufgaben außerhalb des häuslich-familiären Bereichs übernahmen.
Dieser Widerstand wurde jedoch überwunden, und wir können zahllose Fälle von Heldentaten berichten, die von den Frauen unseres Landes ausgeführt wurden. Darüber hinaus leistete die Frau einen wichtigen Beitrag im Untergrundkampf und in der Verwirklichung konkreter Aufgaben in den Bereichen der Kommunikation, der Erziehung, der Versorgung und der Mobilisierungs- und politischen Aufklärungsarbeit.
Auf den Kapverdischen Inseln, wo der bewaffnete Kampf nicht angewandt wurde, wurde eine umfassende Untergrundarbeit entwickelt im Sinne der Sensibilisierung des Volkes, sowohl im Innern als auch in den Ländern, in denen es Kolonien kapverdianischer Emigranten gibt: in Portugal, den Niederlanden und Frankreich. Diese Untergrundarbeit war nicht weniger wichtig. Sie fand unter beträchtlichen Risiken statt, die der heftigen Unterdrückung durch die Kolonialregierung zu verdanken waren, vertreten durch die berüchtigte PIDE/DGS und den ganzen kolonialen und militärischen Apparat, der zu diesem Zweck eingerichtet worden war.

Die Teilnahme der Frau an diesem Untergrundkampf darf nicht unterschätzt werden, obwohl ihre Mobilisierung mit der Öffnung durch den Staatsstreich am 25. April in Portugal einen breiteren Charakter annahm. Von diesem Moment an fand trotz bestimmter auftretender Schwierigkeiten eine intensive Mobilisierung der Frauen statt. Dabei müssen wir besonders berücksichtigen, daß aufgrund der Auswanderung in verschiedenen Dörfern unseres Landes die Anzahl der Frauen viele Male größer ist. Seit der Gründung der Partei ist in Punkt 5, Absatz 3 des langfristigen Programms festgelegt „die Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz ohne Unterschied der Nationalität oder Volksgruppe, des Geschlechts, der sozialen Herkunft, des kulturellen Niveaus, des Berufs, der Besitzverhältnisse des religiösen Glaubens oder der philosophischen Überzeugung."
Aber die Umsetzung dieser Ziele ist abhängig von der Verwirklichung zweier grundlegender Bedingungen: einerseits von der 1) Schaffung einer wirtschaftlichen Basis, die fähig ist, der Notwendigkeit der Beschäftigung der ganzen Bevölkerung zu entsprechen, ohne die die Frau ihr Ziel einer wahren Befreiung nicht wird konkretisieren können, andererseits von der 2) Neustrukturierung der Gesetzgebung, die die familiären Beziehungen regelt, und von einer umfassenden 3) Politik der Bewußtseinsbildung mit dem Ziel, den von der kolonial-faschistischen Ideologie geschaffenen Mythos zu zerstören, der die Theorie der „angeborenen Unterordnung" der Frau zu rechtfertigen versucht.
Die Frau muß zuerst in ihrem eigenen Bereich die Mentalität der Unterordnung, der politischen Unfähigkeit und der Abhängigkeit, die ihr eingetrichtert wurde, bekämpfen. Auf einer anderen Ebene wird sie aktiv alle die Vorurteile bekämpfen müssen, die der Mann über sie geschaffen hat: das Vorurteil, ihr übergeordnet zu sein, immer fähiger zur Ausführung gleich welcher Aufgabe zu sein, der Wille, sie bewußt oder unbewußt daran zu hindern, daß sie aus dem „Bereich herausgeht", den er ihr reserviert hat. Gemeinsam müssen wir die Integration der Frau in die Partei und die Strukturen der Produktion beschleunigen, denn wir sind davon überzeugt, daß nur eine umfassende Veränderung unserer Gesellschaft die wirkliche Gleichheit zwischen Mann und Frau wird sicherstellen können.
Obwohl der Kampf für die Befreiung der Frau schon im vorigen Jahrhundert angefangen hat, wissen wir, daß sich nur in den Ländern, in denen eine soziale Revolution stattgefunden hat, die Bedingungen zusammenfanden, die der Verwirklichung eines solchen Zieles günstig waren.
Aber was bedeutet schließlich für uns die Gleichberechtigung der Frau rechtlich und tatsächlich innerhalb unserer Gesellschaft?
Für uns kann die Forderung nach Freiheit und Gleichheit nicht einfach auf eine Frage der Gerechtigkeit und der Moral zurückgeführt werden. Sie hat ihren Ursprung in den wirklichen Notwendigkeiten der Gesellschaft, die der Frau die doppelte Funktion, Reichtümer und zukünftige Produzenten zu produzieren, zuteilte. Das Bild der Frau bestimmt die Vorstellung, die man von der zukünftigen Gesellschaft hat, die aufgebaut werden soll. Man muß klar definieren, was wir unter Gleichheit zwischen Mann und Frau verstehen, damit die Verwirrung, die zwischen den Begriffen „Gleichheit" und „Identität" besteht, beseitigt wird.
Wir sind davon überzeugt, daß Gleichheit nicht Einförmigkeit bedeutet. Wir wollen nicht genau wie die Männer



sein! Die Gleichheit der Geschlechter bedeutet nicht, daß die Frau alles tun muß, was der Mann tut und umgekehrt, sondern daß der Frau nichts allein deshalb verboten ist, weil sie Frau ist. Wir müssen die falsche Vorstellung beseitigen, daß die auf der Gesellschaftsordnung beruhenden Unterschiede zwischen Mann und Frau sich herleiten und rechtfertigen ließen durch biologische und physiologische Unterschiede, Unterschiede der „Natur", die eine offensichtliche Realität seien. Nichts legt physiologisch die Mutterrolle und die Vaterrolle fest, die Unterschiede im individuellen Verhalten und in der gesellschaftlichen Rolle der beiden Geschlechter einschließen. Die physischen und psychologischen Fähigkeiten, die Probleme des Temperaments, des Charakters usw. werden grundlegend bestimmt durch die Rolle, die ihnen traditionell innerhalb der Gesellschaft zugeteilt wird. Man muß berücksichtigen, daß die menschliche Natur nicht unveränderlich ist. Die „Natur der Frau" ist das Ergebnis einer historischen Entwicklung. Der Mensch ist das einzige Wesen, das durch sein Leben in der Gesellschaft seine eigene Natur verändert.

Es ist also notwendig, große Anstrengungen zu unternehmen, um die Integration der Frau auf allen Ebenen der Aktivität voranzutreiben. Ihr Zugang zu den verschiedenen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Funktionen entwickelt ihre Möglichkeiten zum gemeinsamen Wohl der einzelnen und der Gemeinschaft.

Nur so wird eine neue Art der Beziehungen zwischen den Menschen bestehen können. Nur so werden in einer neuen Art der Familie die Beziehungen zwischen Mann und Frau aufhören, Herrschaftsbeziehungen zu sein, und dazu übergehen, Beziehungen des Zusammenschlusses zu sein.

(Voz di Povo, 6.3.76)

entnommen aus: Zeitung der Amilcar Cabral-Gesellschaft, Nr. 2, Mai 76, 44 Münster Grevener Straße 432.

Interview mit Leila Chalid

Frage: Welche Rolle spielt die Frau innerhalb der palästinensischen Revolution?

Antwort: Ebenso wie der palästinensische Mann gegen die Besetzung, die die nationale Vergewaltigung darstellt, und gegen die Produktionsverhältnisse, die die wirtschaftliche und soziale Vergewaltigung darstellen, kämpft, kämpft auch die Frau gegen diese doppelte Unterdrückung. Sie hat sogar noch wichtigere Aufgaben, weil sie gegen ihre soziale Situation, gegen die sie fesselnden klassischen Weiblichkeitmerkmale angehen muß, d.h., daß die Frau, nicht nur wie der Mann, der palästinensische und arabische, der Mann der Dritten Welt, vom Kapitalismus oder Feudalismus unterdrückt ist, sondern auch von ihm versklavt ist. Sie lebt unter der Ausbeutung des Mannes.

Mit diesem Vorwort wollte ich die Schwierigkeiten aufzeigen, die die palästinensische Frau hat, wenn sie sich der revolutionären Arbeit anschließen will.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft und die alten Sitten und Gebräuche erschweren der Frau die Entscheidung zur revolutionären Arbeit. Außerdem schafft die Gesellschaft erhebliche Hindernisse auf dem Weg zu dieser Entscheidung. Noch schwerer ist es jedoch, die verschütteten Fähigkeiten der Frau bei der revolutionären Arbeit zu entfalten. Deshalb sind die Schritte, die die palästinensische Frau zurückgelegt hat, erstaunlich groß, wenn man sie mit den Schwierigkeiten vergleicht. Aber dieser Fortschritt ist von einer zur anderen Partisanenorganisation des palästinensischen Widerstandes verschieden. Das hängt von der ideologischen, politischen und sozialen Überzeugung der verschiedenen Organisationen ab.

Die Frage der Rolle der Frau ist eine Frage, die direkt von der ideologischen und sozialen Stellungnahme der jeweiligen Organisation abhängig ist. Wir müssen begreifen, daß die Frauenemanzipation auch die Teilnahme der Frau an der Revolution bedeutet und daß sie nur durch organisierte Arbeit wirklich erreicht wird.

Bei der P.F.L.P. hat die Frau dieselbe gleichberechtigte Stellung wie der Mann. Das heißt, daß sie durch die demokratischen Methoden, die die P.F.L.P. anwendet, den Weg bis zur Führung macht, wenn sie die Fähigkeit dazu hat.

Bei der P.F.L.P. gibt es Kämpferinnen, die schon mehr als einmal bewiesen haben, daß sie wirklich die besten Kämpfer sind. Genossin „Aida Saad" in Gaza – sie wurde auf lebenslänglich verurteilt – war eine der besten, ebenso Genossin „Schadia Abu Gazzaleh" – 1968 in Nablus gefallen –. Alle erinnern sich an Genossin „Amineh Dahbour", die 1969 in Zürich das israelische EL AL Flugzeug angegriffen hat. Und wenn ihr im Al-Wehdat-Lager in Amman fragt, wer den zehntägigen Kampf im September-Massaker 1970 am stärksten geführt hat, werdet ihr von Genossin „N" hören. Die Frau der P.F.L.P. hat nicht nur eine immer größer werdende Bedeutung im bewaffneten Kampf, sondern auch innerhalb der P.F.L.P. bei dem Prozeß de politischen und sozialen Bewußtseinsbildung, bei medizinischen und organisatorischen Arbeiten aller Art. Unsere Frauen haben auf allen Ebenen bewiesen, daß sie aktionsfähig sind. Was ihnen in der Vergangenheit fehlte, waren nicht etwa Fähigkeiten oder Bereitschaft oder Begabung, sondern die Freiheit von den Fesseln der alten Gesellschaft und die Möglichkeit, ihre wichtige Stellung in der revolutionären Organisation einzunehmen. Die Bedeutung, die die Frau bei der Ausbildung der Analphabeten im Flüchtlingslager hat – z.B. Ausbildung der Flüchtlingslagerfrauen an Nähmaschinen, um aus ihnen eine Produktivkraft zu machen –, ist unübersehbar wichtig.

Ich will aber hier ganz deutlich machen, daß dies alles nicht heißt, daß wir die Frage der Befreiung der Frau schon gelöst haben. Aber das, was wir geschafft haben, ist mehr als das, was unsere Feinde erwartet haben, aber noch nicht genug. Diese Form des Kampfes verlangt eine lange Zeit und große Anstrengung, und die Lösung dieser Frage wird erst dann möglich sein, wenn die Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln geändert werden.

Nur dadurch wird die echte Befreiung der Frau möglich, selbstverständlich und zeigt bessere Ergebnisse.

Hiernach kann ich die Frage der Befreiung der Frau erst richtig beantworten:

Die palästinensische Frau, die unter dem Banner der Revolution steht und im Kampf täglich zum Vorbild für die palästinensischen und die arabischen Frauen wird, zeigt ihnen, wie sie sich befreien können, wie sie sich entscheiden können und wie sie die Freiheit richtig gebrauchen können, ohne ihre „Ehre" zu verlieren. Die kämpfende Frau gibt außerdem deshalb ein Beispiel für die palästinensichen und arabischen Frauen, weil sie ihnen klar macht, wie sie sich von der Sklaverei des Mannes im besonderen und von der Sklaverei der Gesellschaft im allgemeinen befreien können. Das Ergebnis zeigt sich dann natürlich

nicht von einem Tag auf den anderen; Wunder darf man nicht erwarten. Am Anfang wirkt es auf die ausgebeutete Frau ganz erstaunlich und unglaublich. Dieses Erstaunen und dieses Nichtglaubenwollen zwingen die Frau, allmählich nachzudenken. Bei ständiger Einwirkung zeigen sich bei einer nach der anderen positive Wirkungen. Das meinen wir, wenn wir von Aida, Schadia, Nadia usw. reden. Sie sind Vorbilder für die anderen palästinensischen und arabischen Frauen und bilden somit den Samen einer neuen Gesellschaft. Diese Samen werden sich vermehren und der Revolution mehr Tiefe und Allgemeinheit geben.

Frage: Wie sieht auf palästinensischer und arabischer Ebene die Einstellung des Mannes zu dieser Veränderung aus?

Antwort: Wir müssen begreifen, daß auch der arabische Mann wegen unserer Klassenverhältnisse ausgebeutet und unterdrückt ist und ohne Zweifel wird seine Befreiung eine Rolle spielen bei der Befreiung der Frau, die eine zweifache Ausbeutung erlebt.

Frage: Hat das Auftreten der palästinensischen kämpfenden Frau eine Wirkung auf die Frau der arabischen Gesellschaft im allgemeinen? Wenn ja, auf welche Weise?

Antwort: Wir müssen hier eine klare Klassenunterscheidung machen. Das Wort „arabische Frau" ist eine Täuschung in diesem Zusammenhang. Von welcher arabischen Frau reden wir überhaupt? Von der Bäuerin im Südlibanon oder von der Studentin an der Amerikanischen Universität in Beirut? .. Von der konservativen Frau in Damaskus oder von der „emanzipierten" Gesellschaftslady in der Al-Hammrastraße (Genußstraße) in Beirut? .. Von der sudanesischen Frau, die mit der nationalen demokratischen Bewegung kämpft, oder von der Beduinin in der Jemen-Wüste??

Meiner Meinung nach müssen wir ein Maß finden, um überhaupt über dieses Problem richtig reden zu können. Angesichts meiner ideologischen Überzeugung als Mitglied der P.F.L.P. ist das Maß für mich nur das Klasseninteresse.

Die erste Ausbeutung, die die Frau erlebt, geschieht durch die, die auch den Mann ausbeuten. Die zweite Ausbeutung geschieht durch den Mann selber.

Es ist ganz sicher, daß der Mann seine Vorteile nicht so leicht aufgeben kann, aber das heißt nicht, daß er sie nicht aufgibt, wenn alle Beweise ihm zeigen, daß hierdurch auf die Dauer seinen Interessen nicht geschadet wird. Im Gegenteil, es ist sicher, daß diese Aufgabe seiner Vorteile ihm einen Weg zu tiefem und rationalem Glück eröffnen wird. Man muß klar sehen, daß ein großer Teil der Befreiung der Frau über die Befreiung des Mannes geht.

Deshalb sagen wir in der P.F.L.P., daß die Emanzipation der Frau eine umfassende und tiefgehende Frage ist, die nicht nur durch Ratschläge, Vorbilder und Anregungen für die Frau gelöst werden kann. Sie ist ein Teil der allgemeinen Aufgaben, die eine Befreiung der Gesellschaft von allen Formen der Ausbeutung und Unterdrückung auf nationaler, wirtschaftlicher und sozialer Ebene zum Ziel haben.

Die Aufgaben müssen auch die Befreiung von den alten Sitten und Gebräuchen, die sich im „Chauvinismus" des Mannes ausdrücken, enthalten. Für viele Männer, vor allem für die der alten Generation heißt Emanzipation der Frau nur Prostitution. Dies ist sehr verständlich, da Kino, Zeitungen, Fernsehen, Illustrierte und der ganze „Kulturstrom" aus dem kapitalistischen Westen die „Emanzipation" so zeigen. Der Unterschied zur alten Situation ist, daß die Sklavin sich hier ihren Herrn wählen kann.

Wir lehnen das natürlich ab, weil der sexuelle Teil der Emanzipation der Frau die tatsächliche und ganze Bedeutung der Emanzipation, für die wir kämpfen, überdeckt.

Dieser „Kulturstrom" aus dem kapitalistischen Westen will, daß die Emanzipation so erscheint, als sei sie auf die Sexualität begrenzt. Diese Art Emanzipation hat nicht nur die Männer bei uns provoziert, sondern auch die Frauen, die diese Art von Emanzipation als sehr weit entfernt von unserer östlichen Konservativität ansehen, denn nicht nur der Mann ist von den Sitten, Gebräuchen und wurzeltiefen Überzeugungen der Beduinen- und Feudalzeit abhängig, sondern auch die Frau.

Deswegen müssen wir gegen die Sklaverei der alten und neuen Gesellschaft und für eine tatsächliche und richtige Befreiung kämpfen.



Nach dieser Erkenntnis kommen wir zu einem sehr interessanten Bild:

Zuallererst sehen wir bei uns eine ablehnende Haltung der Familie gegenüber irgendwelchen Emanzipationsbestrebungen der Frauen, weil eine Änderung ihres Denkens, für das Freiheit der Frau bisher „Prostitutionsfreiheit" hieß, unglaublich schwer und oft sogar unmöglich ist.

Deswegen ist die Loslösung der Frau von ihrer Familie und ihren Fesseln ein dramatisches Ereignis, das mit Schmerz, Elend und Haß verbunden ist. Aber mit der Zeit fängt die Familie zu begreifen an, daß die Emanzipation ihrer Tochter nicht Prostitution und Niedergang bedeutet, sondern das Gegenteil. Diese neue Einstellung wird häufig durch den Einfluß eines jüngeren Bruders in der Familie erreicht. Die Familie sieht allmählich,daß die Tochter mehr Selbstvertrauen, eine stärkere Persönlichkeit, den Respekt ihrer Genossen und Selbstbewußtsein gegenüber dem Mann gewonnen hat. All das zwingt die Familie, ihre alten Vorurteile auszuräumen. Viele meiner Genossinnen haben das Problem erlebt. Dieser beschriebene Mechanismus läuft langsam, jedoch beständig ab. Es gibt natürlich auch Ausnahmen.

Frage: Welche Schwierigkeiten siehst Du, die die Veränderung der Rolle der Frau in der arabischen Gesellschaft in Zukunft verhindern können? Übt die internationale Emanzipationsbewegung auf diese Veränderung eine Wirkung aus?

Antwort: Ich habe auf die vorherige Frage geantwortet, daß wir im Emanzipationskampf der Frau nicht nur gegen nationale und soziale Unterdrückung gegen alte Sitten und Gebräuche kämpfen, sondern auch gegen das verfälschte

Bild der Emanzipation, das vom kapitalistischen Westen verbreitet wird. Ich meine die sexuelle Prostitution und Modedikatur, die höchsten Warenabsatz bezweckt. Das Bild der Frau als „Puppe", als „Genuß", stellt die Emanzipation als glänzende Wiederholung des Modells der alten Unterdrückung dar, als hieße Emanzipation offener Busen und nackte Schenkel. Der Emanzipationskampf der Frau ist schwer und die Diskussion, die darum geführt wird, ist lang. Wenn einige behaupten, die Lösung der Emanzipation geschähe dadurch, daß man die Frau der Kultur näherbringt, so stimmt das nicht, denn auch gegen diese Kultur muß der Kampf geführt werden. Ich will jetzt nicht so erscheinen, als lehnte ich die ganze, aus dem Westen kommende Kultur ab, besonders was die Frau betrifft. Ich will aber darauf hinweisen, daß wir die Phase hinter uns haben, in der wir uns von diesem Kultureinfluß überwältigen ließen.
In Zukunft kommt es darauf an, alle Revolutionsfaktoren unserer Gesellschaft zum Aufstand zu erwecken, um die alten Produktionsverhältnisse zu sprengen, die unsere Gesellschaft fesseln. Die Frauenemanzipation kann nicht aus diesem Zusammenhang gerissen werden, weil die Befreiung der Frau ein Teil der gesamten Befreiung ist.

Entnommen aus: „Unser Weg", Palästina-Broschüre: Emanzipation der Frau

FRAUENEMANZIPATION UND WELTWEITER KAMPF UM BEFREIUNG

Durch den Kolonialismus und den westlichen Einfluß wurde das europäische bzw. westliche Rollenbild in die Dritte Welt übertragen. Vorher waren viele dieser kolonisierten Gesellschaften in ihrem Interaktionsmuster zwischen den Geschlechtern völlig verschieden von den westlichen Ländern. Vor allem in Afrika hatten die Geschlechter wenig miteinander zu tun; sowohl die Arbeit als auch die Freizeit wurden unter den Gleichgeschlechtlichen verbracht. Die neuen westlichen Verhaltensweisen brachten auch die Betonung der Männerherrschaft mit sich. Die Gesellschaften wurden nun auch in der Dritten Welt nur durch die Männer geprägt und definiert: die Sprache, die Kultur, die Wirtschaft, die zwischenmenschlichen Beziehungen. Die Frauen wurden primär als biologische weibliche Wesen definiert. Ihnen wurde lediglich eine Rolle bei der Aufrechterhaltung und Reproduzierung der Familie zugesprochen. Obwohl die Trennung der Geschlechter zum Beispiel in den traditionellen afrikanischen Gesellschaften sehr ausgeprägt war, hatten die Frauen doch – da sie eben hauptsächlich unter sich waren – relativ gute Entfaltungsmöglichkeiten und in gewissen Bereichen auch Entscheidungsautonomie. Durch die Betonung der männlichen Herrschaft verloren die Frauen dieses Potential und sind nunmehr dieser Herrschaft unterworfen.
Die von den Männern weltweit beherrschte Gesellschaft ist in unserem Denken so eingeprägt, daß sie gar nicht in Frage gestellt wird und daß sie sogar als natürwüchsig erscheint. Und doch gibt es immer Frauen, die diese paradoxe Situation bekämpfen und sich von der Unterdrückung befreien wollen.
Was heißt dann Befreiung und Emanzipation?
Wenn wir zuerst diese Frage primär auf die Frauen beschränken, können wir einige Momente aufzählen.
– Wir gehen davon aus, daß die Teilung in Geschlechtsrollen den individuellen Aktionsradius einschränkt, sowohl der Frau als des Mannes. In diesem von Rollenverteilung bedingten Leitbild wird die Frau primär durch ihre Sexualität als Lust- und Sexualobjekt und durch ihre Rolle als Mutter definiert. Das Sein der Frau ist demnach mehr biologisch als das des Mannes, der durch Stärke, Macht, Geist und Intelligenz charakterisiert wird. Da diese Rollenteilung die Frau auf die Ebene der Sexualität und Biologie reduziert und ihr damit die Existenz als Mensch abspricht, ist es notwendig, das Rollendenken überhaupt zu verwerfen. Wir glauben, daß wir an erster Stelle Individuen sind und erst an zweiter Stelle Männer und Frauen.
– Der wichtigste Aspekt der Befreiung der Frau vom Mann und von der durch die Männer definierten Gesellschaft ist das Recht darauf, ein selbständiges, autonomes Individuum zu sein. Wir meinen, daß Frauen viel mehr unmittelbar von der Unterdrückung betroffen sind als Männer, denn es sind gerade die Männer, die diese Unterdrückung in einer hierarchisch organisierten Gesellschaft auf die Frauen weiterleiten. Konkret heißt das, daß Frauen überall in der Welt in ihrem Denken, in ihren Handlungen und Meinungen von den Männern beeinflußt und abhängig sind. Um als Frau Individuum sein zu können, muß es der Frau möglich werden, autonom Entscheidungen zu fällen und selbständig zu handeln.
Wir sind uns völlig bewußt, daß die Menschen überhaupt, also auch die Männer, nicht frei von Unterdrückung und Bevormundung sind (was nicht nur ein Phänomen des Kapitalismus ist). Diese Unterdrückung ist eng mit der Produktionsweise und mit der sozialen Organisierung der Gesellschaft verbunden. Dort, wo es gesellschaftliche Antagonismen und Klassen gibt, gibt es auch Unterdrückung. Wenn wir von Emanzipation reden, können wir diese Frage also nicht nur auf die Frauen beschränken (hier muß noch gesagt werden, daß wir Gleichberechtigung und Emanzipation unterscheiden: für uns heißt Gleichberechtigung bloß die formale, juristische und politische Seite, die auch im Kapitalismus möglich wäre). Es geht um die Befreiung und Emanzipation des Menschen überhaupt. Es geht darum, nach einer neuen Gesellschaft zu streben, die frei von jeglicher Unterdrückung, Ausbeutung und Entfremdung ist.
Wenn wir diese Erkenntnis auf analytischer Ebene herausgearbeitet haben, müssen wir uns unweigerlich die Frage stellen, wie diese Befreiung zu verwirklichen sei. Wir glauben im Gegensatz zu vielen Feministinnen, daß der Kampf um die Emanzipation – da es um die Emanzipation und Befreiung des Menschen überhaupt geht – nicht allein von Frauen durchgeführt werden kann. Da es aber die Frauen sind, die doppelt unterdrückt werden – von der Gesellschaft und vom Mann – müssen sich die Frauen ihrer Situation bewußt werden und sich organisieren. Die Frauen haben dabei die Aufgabe, den Bewußtwerdungsprozeß der Männer im Bezug auf Emanzipation zu fördern und gemeinsam mit ihnen zu kämpfen. Ohne die Befreiung des Mannes gibt es keine Befreiung der Frau und auch keine freie Gesellschaft.
Auf die Dritte Welt bezogen, können wir die Probleme der Frauen dort nicht isoliert von unseren Problemen betrachten. Die Interdependenz der Länder der Dritten Welt und der reichen Länder ist auf der politischen und ökonomischen Ebene nicht auflösbar, so daß Teillösungen nicht möglich sind. Es gilt daher, weltweit für eine gerechtere Gesellschaft zu kämpfen.

Red.

Leserbrief

Zur Chile-Solidarität

(gekürzt)

Die Redaktion der BLÄTTER DES Iz3W hat in ihrer Nummer 56/76 eine Polemik gegen den Artikel „Nieder mit der Junta! Nieder mit dem Imperialismus!" der Zeitung der Chile-Komitees „Chile-Solidarität" Nr. 5/76 veröffentlicht und damit auch gleich eine falsche Position eingenommen. Ich will ebenfalls in der notwendigerweise scharfen polemischen Form auf einige der wichtigsten Kritikpunkte der Redaktion eingehen und zeigen, daß die Selbstverständlichkeit, mit der die Redaktion ihre „Umschuldungsforderung" begründet, tatsächlich jeglicher Grundlage entbehrt.
Die Redaktion schreibt: „Entweder, Umverschuldung ist gleichgültig, dann ließe sich die Forderung nach ihrer Beendigung leicht durchsetzen, es wäre nicht illusionär, sie an die Bundesregierung zu stellen. Oder das internationale Kapital hat Interesse an der Umverschuldung, dann kann sie nicht gleichgültig sein für das chilenische Volk, da die Interessen des Imperialismus ja gerade darauf gerichtet sind, das Land weiterhin in Abhängigkeit zu halten und das Ringen um Unabhängigkeit zu behindern."...
Die Umverschuldung ist tatsächlich g l e i c h g ü l t i g f ü r das chilenische Volk, i n s o f e r n, als tatsächlich o h n e einen breit entfalteten und gut vorbereiteten Kampf seitens der revolutionären Kräfte Chiles sich politisch im Lande selbst entweder garnichts ändert – was wahrscheinlich ist, oder die Junta wird ersetzt durch irgendeine andere politische Kraft. Das entscheidet in diesem Moment der Imperialismus, weil wir ja gerade vorausgesetzt haben, daß das chilenische Volk noch nicht in der Lage ist, die Macht zu erkämpfen....
Mit oder ohne unsere Redaktion: ich bin sicher, es wird sowieso nie dazu kommen, daß wegen der Solidaritätsbewegung die Imperialisten die Junta zu beseitigen ‚helfen'. Sie tun es z.B. im südlichen Afrika nicht. Und wenn es nur ein imperialistisches Land täte, hätte es sowieso keinen Zweck. Also: eher gibt es in den imperialistischen Ländern die Revolution, als daß alle Imperialisten gemeinsam zu einem Boykott gegen die Junta zu gewinnen sind (oder zu zwingen).
„Sich einer Kreditvergabe der BRD an Chile oder der Umverschuldung zu widersetzen – schreibt die Redaktion –, heißt dahe in jedem Fall, sich einem imperialistischen Akt zu widersetzen, der neokoloniale Abhängigkeit schafft oder vertieft." Ja, mein Gott! „sich einem imperialistischen Akt" zu widersetzen", welch eine ehrenwerte Sache! Oder hatte die Redaktion etwa im Hinterkopf den nicht ausgesprochenen – ketzerischen – Gedanken der völligen Schuldenstreichung. Dies ist zwar die einzig richtige Forderung in diesem Zusammenhang, die ja deswegen auch die Länder der 3 Welt immer mehr fordern, die sogar der „maoistische" KBW unterstützt und die auch das chilenische Volk erhebt (und unter der UP-Regierung gegenüber der ITT und den imperialistischen Kupferkonzernen angewandt und durchgesetzt hat) und es ist dies sogar eine der Forderungen, an der das chilenische Volk die Junta-Regierung politisch messen und angreifen kann. Aber die Redaktion wird dabei aller Voraussicht nach nicht mitmachen.

Überhaupt ist ja eines komisch: der triefende Ö k o n o m i s m u s dieser auch von der Redaktion propagierten Strömung innerhalb der Solidaritätsbewegung: Im Kampf gegen die US-Aggression in Indochina ist man ohne ähnliche Forderungen ausgekommen. Selbst nach der Fabrik, die in der BRD Stacheldraht für die Zäune der Thieu-Wehrdörfer geliefert hat, hat man nicht besonders geschaut – weil jeder wußte, daß Thieu seinen Draht auch woanders besorgen konnte.... Ebenso im Fall Südafrikas: (Obwohl hier die politische Situation etwas anders ist, weil es sich um illegale Kolonialisten-Regierungen handelt, und daher die auch ökonomische Isolierung gerechtfertigt ist, dennoch aber politisch oder taktisch keine entscheidende Frage ist.) Der KBW hat 4 Lastwagen und eine Handvoll Landrovers der ZANU schenken können. Er hat sich ebensowenig wie andere Kräfte der Solidaritätsbewegung damit aufgehalten, vor den hunderten von Fabriken und Konzernen, die sich auch im südlichen Afrika herumtummeln, den Boykott zu propagieren.
Und schon macht sich das Vertrauen auf die revolutionären Völker im südlichen Afrika „bezahlt": die Weißen Ratten verlassen das sinkende Schiff und die Völker im südlichen Afrika werden sogar – wie z.B. im Falle des Cabora-Bassa-Staudammes – alle von den Imperialisten beschlagnahmten Reichtümer, die Fabriken, selbst übernehmen können. Eine feine Sache. Und schließlich noch ein letztes Beispiel. Wenn die westdeutsche Arbeiterklasse den US-Imperialismus in Westdeutschland mit direkten Aktionen angreifen will, zieht sie sinnvollerweise auch nicht vor Opel oder Ford in Köln, schon eher vor das Headquater der US-Streitkräfte in Heidelberg. Am besten aber tut sie, wenn sie die richtige und notwendige Forderung: „US-Imperialismus – raus aus Westdeutschland" gleich in einem Aufwasch mit der proletarischen Revolution in Westdeutschland mit erledigt. Sie wird auch nicht die Arbeiterklasse in USA bitten, die US-Konzerne für einen Boykott der Bundesrepublik zu gewinnen....
Diese ganze Taktik hat natürlich ihren Anstoß bei der chilenischen Gewerkschaft CUT gefunden, die sie selbst in die Welt setzte. Das macht die Sache damit aber um keinen Deut richtiger, nur trauriger. Es ist ja bekannt, daß dort vor allem Leute die Führung innehaben, die einige Verantwortung für die Niederlage des chilenischen Volkes tragen.

Noch eines: die Junta brauche Geld für die Waffenkäufe, oftauch vor allem für Waffenkäufe. Hat jemand schon einmal erlebt, daß reaktionäre Kräfte keine Waffen gefunden haben für ihre Unterdrückungstätigkeit?...
Ich erlaube mir sogar eine zwar komisch wirkende, aber nicht absurde Idee: im Falle Chiles, wo keinerlei offene Grenze für eine Waffeneinfuhr existiert unter den gegenwärtigen politischen Umständen in Lateinamerika, sind die deutschen Pistolen vom Typ Walter „HPK" die einzige Versorgung des chilenischen Volkes mit Waffen, sobald der Widerstand versteht, sie sich zu nehmen.
Und wenn man mal kein Geld hat, bekommt man von Freunden sicher auch einmal Waffen geschenkt. Aufs Geld kommt es also nicht in erster Linie an!

Ulrich Dressel
Chile-Komitee Bochum

KLEINANZEIGEN

Nichtkommerzielle Kleinanzeigen veröffentlichen wir kostenlos. Vorlagen bitte maschinengeschrieben einreichen!

(Noch vor Weihnachten will die Anti-Apartheid-Bewegung AAB eine Rundreise mit einer schwarzen Studentin aus Soweto durchführen. Wer daran Interesse hat, wende sich an: AAB, Hermannstraße 21, 5300 Bonn)

★

„Diplom Sozialwirt, Spezialgebiet: Theorie der Unterentwicklung; Erziehungswesen und -reformen in der Dritten Welt (Diplomarbeit aus diesem Gebiet) mit Lateinamerika-Erfahrung, sucht zum 1.12. oder später Stelle oder Mitarbeit in wissenschaftlichem Projekt. Angebote unter Chiffre Nr. 1"

SCHWARZE PROTOKOLLE ZUR BEWEGUNG DER LINKEN THEORIE

Zeitschrift gegen Dogmen & Herrschaft

Nr. 14/Nov. 76: Revolutionäre u. Irre – die wahnsinnige Revolution und das normale Auschwitz + Geschichte als Fiktion + Die vier Ausbruchsversuche des p.p. zahl + Der junge Axelbrod – Kurzgeschichte + Ouvrez les fenetres de votre coeur – Buchbesprechung v. Bommi und Großer Basar + u.v.a. +

\+ + +

Die SP kosten je Heft 4,50 DM, ein Abo (vier Hefte) 18,– DM.
Redaktion: Peter Ober, 1 Berlin 31, Johann-Georg-straße 3; PSK: Bln 332525.
Lieferbar sind die Nummern 9, 11, 12 und 13. Bei Bestellungen bitten wir um Vorauszahlung.

FRIEDENSKALENDER 1977

Die DFG – VK Gruppe Karlsruhe (Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner e.V.) bietet für das kommende Jahr wieder einen von Jürgen Grefe gestalteten Friedenskalender an. Der Kalender enthält neben Dokumentaraufnahmen auch Portraits von Martin Niemöller, Joan Baez, Salvadore Allende, Alfred Grosser, Toivo ja Toivo und Frere Roger Schutz. Auf dem Rückblatt sind deutsch-englische Kurzinformationen zu den einzelnen Personen und Kontrastbildern aufgeführt. Der Kalender hat Posterformat (40 x 62 cm) und ist spiralgebunden. Die Auslieferung erfolgt im November/Dezember 76.
Der Kalender kann bezogen werden über:
DFG – VK, Postfach 2046, 75 Karlsruhe 1
Der Preis von 14,90 DM (einschließlich Porto und Verpackung) sollte im voraus auf das Postscheckkonto der Karlsruher Gruppe überwiesen werden:
Postscheckamt Karlsruhe, Konto Nr. 99566 – 754 Kennwort: „Friedenskalender 1977"

AUTONOMIE
Materialien gegen die Fabrikgesellschaft

Die AUTONOMIE ist eine linksradikale Zeitschrift in der Tradition der antiautoritären Bewegung. Sie konzentriert sich auf eine Diskussion und eine kämpferische Realität, die hierzulande immer zu kurz gekommen ist: auf den Kampf gegen die Arbeit, auf die Verweigerung, auf die Revolte
und die Subversion. Wir versuchen, die verschüttete Tradition dieser Kämpfe und Bewegungen aufzuspüren; ebenso befassen wir uns mit diesen oft organisationsfeindlichen, aber revolutionären Kräften, die sich heute im Innern der Gesellschaften – im Osten wie im Westen – entwickeln. Zu ihnen gehört für uns auch die Alternativ- oder Gegenkulturbewegung. Die Zeitschrift soll ein theoretischer Beitrag für die Herausbildung einer neuen und erfahrenen Revolte sein.
Die AUTONOMIE erscheint unregelmäßig, mindestens jedoch gibt es jährlich vier Hefte. Aus dem Inhalt der beiden letzten Nummern:

3. – Arbeitslosigkeit und Krise: zur aktuellen Diskussion
   – Für eine revolutionäre Ideologie der Region
   – Sardinien – eine Kolonie?
   – Die Region am Oberrhein
   – Kuh und Computer. Für eine befreiende Technologie?
   – Selbstbefriedigung (über das Buch von Pilgrim)
4. – Archipel Gulag, Archipel Buback: Briefe politischer Gefangener
   – Politik und Leben
   – Stammheimer Landfriedensordnung
   – Knastrevolten in Italien
   – P.P. Zahl: Brief an meine Schwester Verena
   – Den Reformismus benutzen?
   – Subkultur Berliner Erdarbeiter um 1830
   – Sozialistische Alltagsrepression in der DDR
   – Musik-Underground in der CSSR
   – Über „Köchin und Menschenfresser" von A. Glucksmann

* * * * * * * * * *

AUTONOMIE: Einzelheft DM 6,00. Abonnement 5 Hefte: DM 30,00. Zu beziehen über: Trikont-Verlag, Josephsburgstr. 16, 8 München 80. Konten: M. Rohner, Postscheckamt München 31 2214 - 809, Hypo-Bank München Ostbahnhof 4280126972

Broschüre:
DER WESTDEUTSCHE IMPERIALISMUS PLÜNDERT CHILE AUS

Unter dem Mantel der Humanität und der weltweiten Zusammenarbeit sorgt die SPD/FDP-Regierung für einen größeren Anteil westdeutscher Konzerne an der Ausbeutung des Landes und des chilenischen Volkes.
herausgegeben vom Chile-Komitee Bochum und vom Chile-Komitee Kiel.
Bestellungen beim Chile-Komitee Kiel
c/o AStA der C.A.U.
Westring 385
2300 Kiel

sozialmagazin

SOZIALMAGAZIN will einen Kommunikations-Zusammenhang zwischen Sozialpädagogen und Sozialarbeitern aus verschiedenen Arbeitsbereichen herstellen, indem es

- neue Praxis-Ansätze vorstellt
- Praxis theoretisch aufarbeitet
- Ansätze öffentlich macht, die bisher unpubliziert sind, bzw. die keine Chance haben, publiziert zu werden
- theoretische Beiträge zur Diskussion stellt.

SOZIALMAGAZIN braucht deshalb die Leser als Autoren: als Informationsträger, als Theoretiker, als Kritiker.



Dazu erscheinen als ständige Rubriken in SOZIALMAGAZIN:

- Projekte - Selbstdarstellungen aus der Praxis
- Modelle - exemplarische Aufarbeitungen von Alternativen zur traditionellen Sozial-Arbeit: Gruppendynamik, Familientherapie, Ästhetische Erziehung, Gemeinwesenarbeit ...
- Magazin aktuell - die Redaktion wertet alle Fach- und Verbandszeitschriften aus und faßt die wichtigsten Informationen zusammen. Dazu: sozialpolitische Nachrichten, die in anderen Medien oft nicht erscheinen (dürfen)
- Medienteil - vollständiger Überblick über alle Neuerscheinungen. Rezensionen
- Enzyklopädie der Sozial-Arbeit: In dieser ständigen Rubrik werden neue Fachbegriffe bzw. wichtige Termini stichwortartig erklärt

Themen aus den ersten Heften:

- Das Elend der Kinder
Über die offene und versteckte Gewalt im Alltag von Kindern? Thesen, Materialien ... Auswege
- Neustrukturierung der sozialen Dienste
"Reform von Oben" soll die Aktivitäten der Basis einbinden, kanalisieren. Sozialarbeiter berichten
- Tagebuch aus dem Knast
Selbsterfahrung eines Strafgefangenen, der darum gekämpft hat, in drei Jahren Knast nicht kaputt zu gehen
- Solidarität lernen, Leben lernen, Kämpfen lernen. Arbeitsvorschläge und Perspektiven aus dem Unabhängigen Jugendzentrum Kornstraße in Hannover - ein Bericht von Alvons Diemer
- Was wir bei den Nonnen erlebten. Über die Zustände in einem Erziehungsheim, über ihre Versuche, dem Heim zu entkommen und ihre Situation zu verändern, berichten Mädchen aus dem Dortmunder Vincenz-Heim

---

Ich möchte die neue Zeitschrift SOZIALMAGAZIN kennenlernen und bestelle

☐ **ein Jahresabonnement zum Einführungspreis von DM 28,-** (79)

(statt DM 40,-) inkl. Versandkosten und MwSt. Voraussetzung für diesen vorteilhaften Preis: **Die Bestellung muß bis 31. 12. 76 erfolgen.**
Wenn ich nach Erhalt des ersten Heftes feststelle, daß mir das Magazin nicht gefällt, schicke ich Ihnen die unbezahlte Rechnung zurück und der Fall ist für mich erledigt.

☐ **ein Probeabonnement** (80)

(4 Hefte) zum Vorzugspreis von DM 10,- inkl. Versandkosten und MwSt.

Bitte beachten: Nach Ablauf des verbilligten Jahresabonnements und des Probeabonnements liefern wir zum regulären Bezugspreis (Jahresabonnementspreis DM 40,- inkl. Versandkosten und MwSt.) weiter, falls 8 Wochen vor Ablauf der verbilligten Abonnements keine Abbestellung bei uns erfolgt.

Bitte nicht ausfüllen!

Unterschrift ______ 10 11 12 15 16 17 18 18a 19a 20

Absender:

Name ______

Vorname ______

Straße ______

PLZ/Ort ______

Schreiben Sie an:
Beltz Verlag
Postfach 112o
694o Weinheim